

Ich darf bitten, diesen Antrag durch zwei weitere Unterschriften zu vervollständigen und ihn dann dem Fachauschuß I zu überweisen.

Von den 5 Anträgen, die ich heute morgen verlesen habe, ist der Antrag der Büroinspektoren Beckershoff und Beruche durch Entschliebung des Provinzialauschusses vom 15. Juli 1922 erledigt.

Der Antrag des Vorstandes der Mittelstandsvereinigung zu Odenkirchen geht über unsere Zuständigkeit hinaus. Es handelt sich da um die Zuteilung von Sitzgügen an eine bestimmte Station. Ich schlage vor, den Antragstellern mitzuteilen, daß der Landtag nicht zuständig ist.

Daselbe gilt von dem Antrage des Innungsausschusses Andernach, der den Provinziallandtag ersucht, darauf hinzuwirken, daß eine andere Gewerbesteuer in Andernach eingeführt wird. Auch dafür sind wir nicht zuständig.

Den Antrag der Leitung der Volkshochschule zu Weglar auf Gewährung eines jährlichen Zuschusses bitte ich dem Provinzialauschuß und den Antrag des Bürgermeisters von Kettwig auf Bereitstellung der Mittel zur Pflasterung von zwei Straßenzügen der Provinzialverwaltung als Material für den nächsten Haushaltsplan zu überweisen.

Es wird hier beantragt, den Antrag bezüglich der Hochwaldgemeinden des Kreises Trier zunächst dem Provinzialauschuß zu überweisen. Ich habe nichts dagegen einzuwenden.

Das Wort hat der Herr Vorsitzende des Provinzialauschusses.

Abgeordneter Dr. Adenauer: Ich bitte die Mitglieder des Provinzialauschusses, um 1/24 Uhr zu einer Sitzung in unserem gewöhnlichen Sitzungssaal zusammenzutreten.

Vorsitzender Dr. Farres: Ich bitte dann die Herrschaften vom Fachauschuß IIb, sich schon um 1/4 vor 4 zu versammeln.

Soeben ist folgender Antrag des Abgeordneten Hoffmann eingegangen:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen, die von dem 63. Provinziallandtag bewilligte Summe für die staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf auf 300 000 Mk. zu erhöhen.“

Diesen Antrag bitte ich auch dem Provinzialauschuß zu überweisen. — Das ist beschloffen.

Wir kommen zur Festsetzung der Tagesordnung für morgen. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir die sämtlichen vorhin verlesenen und heute von dem Herrn Landeshauptmann gemeinsam behandelten Punkte auf die Tagesordnung dieser Sitzung setzen, ebenso auch die Wahl des Landesverwaltungsrats Dr. Kitz zum Landesrat. — Das ist beschloffen.

Wenn das Wort nicht weiter gewünscht wird — das stelle ich fest —, schließe ich die Sitzung.

(Schluß 2 Uhr 50 Minuten.)

Dritte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Dienstag, den 19. Dezember 1922.

(Beginn 11 Uhr 50 Minuten.)

1. Eingänge.
2. Antrag des I. Fachauschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialauschusses, betreffend die Erhebung einer Nachtragsumlage für das Rechnungsjahr 1922.
3. Antrag des I. Fachauschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialauschusses, betreffend die Ausgabe von Rheinprovinz-Anleihscheinen.
4. Antrag des I. und III. Fachauschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialauschusses, betreffend die Bereitstellung eines Betrages von 800 Millionen Mk. zum Zwecke der Herstellung von Kleinpflaster auf den Provinzialstraßen.
5. Antrag des I. Fachauschusses zu dem Antrag des Abgeordneten Graf Adelman u. a., betreffend Kleinpflasterung des ungepflasterten Restteiles der Provinzialstraße in der Gemeinde Horchheim (Coblenerstraße).
6. Antrag des I. Fachauschusses zu dem Antrag der Handelskammer zu Coblenz und des Abgeordneten v. Stedman u. a., betreffend Ausbau der Landstraße Siegen-Siegburg.
7. Antrag des I. Fachauschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialauschusses, betreffend Erhöhung der Beteiligungssumme des Provinzialverbandes an der Rheinischen Wohnungsfürsorge G. m. b. H.
8. Antrag der Fachauschüsse I und IIb zu dem Bericht und Antrag des Provinzialauschusses, betreffend Aufgabe des Betriebes der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Galkhausen.
9. Antrag des I. Fachauschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialauschusses, betreffend Unterstützung des Oberschlesischen Hilfsbundes durch eine Spende von 500 000 Mk.

10. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrag des Abgeordneten Theißen u. a. auf Bewilligung von 500 000 Mk. zur Beschaffung von Nahrungsmitteln pp. für die Kinder der streikenden Arbeiter der Badischen Anilinwerke Ludwigshafen.

11. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Wahl des Landesverwaltungsrats Dr. Ritz zum Landesrat.

Vorsitzender Dr. Farres: Die Sitzung ist eröffnet. Die Niederschrift über die gestrige Sitzung liegt auf dem Tische des Hauses zur Einsicht offen.

Beisitzer für die heutige Sitzung sind die Herren Abgeordneten Hauck und v. Stedman. Ich bitte die Herren, hier Platz zu nehmen. (Geschieht.)

Für die heutige Sitzung hat sich Herr Bausch wegen Krankheit entschuldigt.

In Ergänzung der gestrigen Beschlüsse bitte ich endgültig zu beschließen, den Antrag der Büroinspektoren Beckershoff und Peruche auf die Tagesordnung des nächsten Provinziallandtages zu setzen.

Das Verzeichnis der Sachausschüsse I, IIb und III liegt gemäß § 10 der Geschäftsordnung nunmehr vor. Wenn kein Wert darauf gelegt wird, daß ich die Namen der Mitglieder verlese — das scheint nicht der Fall zu sein —, dann lege ich es zur Einsicht hier offen.

Dann habe ich mitzuteilen, daß die Auszahlung der Diäten auf Zimmer 38 erfolgt.

Der Ältestenrat hat sich soeben mit der heutigen Tagesordnung befaßt. Er schlägt Ihnen vor, unter Aufrechterhaltung des gestrigen Beschlusses die Punkte 2 bis 7 sowie 9 und 10 der heutigen Tagesordnung zu gemeinschaftlicher Behandlung zu verbinden. Es sind das die Anträge der Sachausschüsse, betreffend: die Nachtragsumlage, die Ausgabe von Rheinprovinz-Anleihscheinen, die Bereitstellung eines Betrages von 800 Millionen Mark zum Zwecke der Herstellung von Kleinpflaster auf den Provinzialstraßen, den Antrag der Handelskammer Coblenz sowie des Abgeordneten Grafen Adelman u. a. wegen Kleinpflasterung des ungepflasterten Restteiles der Provinzialstraße in der Gemeinde Horchheim, den Antrag des Abgeordneten v. Stedman über den Ausbau der Landstraße Siegen—Siegburg, die Erhöhung der Beteiligungssumme des Provinzialverbandes an der Rheinischen Wohnungsfürsorge-G. m. b. H., die Unterstützung des Obereschlesischen Hilfsbundes und den Antrag des Abgeordneten Theißen auf Bewilligung von 500 000 Mk. zur Beschaffung von Nahrungsmitteln für die Kinder der streikenden Arbeiter der Badischen Anilinwerke. Diese Punkte sollen, wie gesagt, gemeinschaftlich beraten werden; der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, die Rededauer für jede Fraktion für diese verbundenen Gegenstände auf 45 Minuten zu beschränken.

Punkt 8: Bericht und Antrag der Sachausschüsse I und IIb, betreffend Aufgabe des Betriebes der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Galkhausen, soll dann besonders für sich behandelt werden. Hier schlägt Ihnen der Ältestenrat vor, die Redezeit für jede Fraktion auf 15 Minuten zu beschränken.

Zum Schluß würde dann Punkt 11: Wahl des Landesverwaltungsrats Dr. Ritz zum Landesrat, kommen.

Wenn ich keinen Widerspruch höre, nehme ich an, daß Sie mit diesen Vorschlägen des Ältestenrats einverstanden sind und ebenso die Rededauer, wie vorgeschlagen, endgültig festlegen. Das ist der Fall.

Ferner schlägt Ihnen der Ältestenrat vor, die Herren Berichterstatter zu diesen verbundenen Gegenständen zunächst zu Worte kommen zu lassen und alsdann die Fraktionen. — Auch hiermit sind Sie einverstanden.

Ich erteile nunmehr zu Punkt 2: Nachtragsumlage dem Berichterstatter Herrn Dr. Saassen das Wort.

Abgeordneter Dr. Saassen: Meine Damen und Herren! Aus der Drucksache Nr. 1 haben Sie entnommen, daß die Ausgaben der Provinz gegenüber dem ursprünglichen Etat von 747 Millionen Mark — rund gerechnet, die bereits im letzten Landtag um 188 Millionen erhöht worden sind —, eine weitere Steigerung um 1046 Millionen erfahren haben. Die Steigerung ist in der Hauptsache auf die seit dem letzten Landtage wieder gewaltig in der Steigerung begriffenen Personalausgaben zurückzuführen. Es hat wenig Zweck, über die einzelnen Punkte, aus denen diese Steigerung besteht, zu debattieren, da auch diese Zahlenangaben naturgemäß nur Schätzungen sein können und die weitere Zunahme der Geldentwertung bis zum Schluß des Rechnungsjahres eine weitere Steigerung der Ausgaben herbeiführen wird. Der I. Sachausschuß legt aber Wert darauf, zu betonen, daß er, was die Gehälter betrifft, in Uebereinstimmung mit dem Provinzialausschuß auf dem Standpunkte steht, daß trotz der gewaltig gestiegenen Zahlen auch heute noch für die unteren Gehaltsgruppen die jetzigen Sätze auf die Dauer nicht als ausreichend erachtet werden können.

Der I. Sachausschuß legte bei seinen Beratungen den Hauptwert auf die Behandlung der Frage der Verteilung des Mehrbetrages. Bis jetzt ist die Umlage lediglich nach dem Realsteuerjoll unterverteilt worden. Gegen diesen Verteilungsmaßstab lassen sich ernste Bedenken erheben, die auch von verschiedenen Kommunen geltend gemacht worden sind. Sie stützen sich in der Hauptsache darauf, daß das Realsteuerjoll sich einmal aus dem Grund- und Gebäudesteuerjoll zusammensetzt, das immer noch, soweit die Grundsteuer in Frage kommt, auf der Veranlagung von 1861 beruht, während das Gewerbesteuerjoll ständig neu eingeschätzt wird.

Die Gegenüberstellung in der Ihnen zugegangenen Druckfache zeigt deutlich, daß hier starke Ungerechtigkeiten hervortreten, die auch an Zahlenbeispielen im I. Sachausschuß näher erläutert worden sind. Aber auch gegen die Unterverteilung nach dem garantierten Betrage der Einkommensteuerüberweisung lassen sich Bedenken erheben.

Der I. Sachausschuß hat versucht, einen Ausgleich zu schaffen. Er ging hierbei davon aus, daß es für rechtlich unzulässig erachtet werden muß, den Provinzialausschuß zu beauftragen und zu bevollmächtigen, an Stelle des Landtages den Verteilungsmaßstab zu beschließen. Er hielt es sowohl für das alleinige Recht als auch für die vornehmste Pflicht des Provinziallandtages selbst den Verteilungsmaßstab festzusetzen.

Bei dem Vorschlage, der Ihnen in der Druckfache Nummer 8 zugegangen ist, hat der I. Sachausschuß versucht, einen Ausgleich der widerstreitenden Interessen dadurch zu finden, daß er vorschlägt den bisherigen Betrag der Provinzialumlage von 226 Millionen, der bisher einzig nach dem Realsteuerfoll durch Erhebung einer Umlage von 260% umgelegt war, in Zukunft endgültig zur Hälfte nach dem Realsteuerfoll und zur anderen Hälfte nach dem garantierten Betrag der Einkommensteuerüberweisung zu verteilen und daneben den Betrag von 310 Millionen, der heute neu umzulegen ist, ausschließlich nach dem garantierten Betrag der Einkommensteuerüberweisung unterzuteilen. Das Ergebnis dieser Verteilungsart ist, daß von der gesamten Provinzialumlage des Jahres 1922 in Höhe von 537 262 150 Mk. ein Betrag von rund 113 Millionen auf die Realsteuern umgelegt wird und ein Betrag von 424 Millionen rund auf die Einkommensteuer, oder, in Prozentzahlen ausgedrückt, würden von der Umlage rund 21% nach dem Maßstab der Realsteuern und rund 79% nach dem Maßstab der Einkommensteuer unterverteilt werden.

Der I. Sachausschuß glaubt dem Landtage vorschlagen zu sollen, diesen Vorschlag zum Beschluß zu erheben, da er trotz aller Bedenken, die auch hiergegen geltend gemacht werden können, der Auffassung ist, daß er, nach den heutigen Verhältnissen gerechnet, das beste Kompromiß darstellt. Sie haben dann die Möglichkeit, durch die endgültige Verteilung der Umlage des Jahres 1921, die etwa 85 Millionen betrug und die einstweilen allein nach dem Realsteuerfoll unterverteilt ist, demnächst noch einen Ausgleich zu schaffen. Eine weitere gleiche Möglichkeit haben Sie auch noch bei der Unterverteilung der Umlage des nächsten Jahres, des Jahres 1923.

Von den in Druckfache 8 enthaltenen Anträgen des I. Sachausschusses muß ich noch Ziffer 3 erwähnen, wonach der festgesetzte Betrag von ursprünglich 221 Millionen nachträglich auf 226 Millionen festgesetzt werden muß, weil sich ergeben hat, daß der Prozentsatz von 260, verrechnet nach dem endgültigen Soll, einen höheren Betrag ergibt, einstweilen aber seitens des Ministeriums nur der Betrag von 221 Millionen genehmigt ist.

Außer diesen Anträgen hat sich der Sachausschuß noch mit einem Antrage der Sozialdemokratischen Fraktion beschäftigt, der an den preußischen Landtag und den preußischen Finanzminister eine Anregung für den Verteilungsmaßstab des Ertrages der Kraftfahrzeugsteuer geben möchte. Der I. Sachausschuß bittet, dem preußischen Landtage vorzuschlagen, den Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer einmal nach Maßgabe der Straßenlänge und zweitens nach Maßgabe der Zahl der in der Provinz vorhandenen Kraftfahrzeuge auf die Provinzen unterzuteilen. Dieser Verteilungsmodus ist nach den getroffenen Feststellungen für die Rheinprovinz der günstigste. Aus diesem Grunde wird gebeten, eine entsprechende Anregung nach Berlin zu senden.

Der I. Sachausschuß beantragt deshalb:

„Der Provinziallandtag wolle den Bericht und Antrag mit folgenden Aenderungen annehmen:

1. In Ergänzung des Beschlusses des 63. Provinziallandtages vom 15. Juli 1922 wird der durch Provinzialumlage zu deckende Steuerbedarf auf 226 278 691 Mk. festgesetzt.
2. Der durch Provinzialumlage zu deckende Mehrbedarf zur Herbeiführung des Gleichgewichts zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Haupt-Haushaltsplans für 1922 wird auf 310 983 459 Mk. festgesetzt und wird ganz nach dem Maßstabe der den einzelnen Stadt- und Landkreisen zusammen mit den zugehörigen Gemeinden im Jahre 1920 zugewiesenen Anteile an der Reichseinkommen-, Lohn- und Körperschaftssteuer verteilt.
3. Der in Ziffer 1 festgesetzte Betrag von 226 278 691 Mk. wird zur Hälfte ebenfalls nach vorstehendem Maßstabe, zur anderen Hälfte nach dem Maßstabe der Realsteuern verteilt.
4. Ueber die endgültige Verteilung der für 1921 umgelegten Provinzialabgabe wird bis zum Ablauf des Jahres 1923 Bestimmung getroffen.
5. Der Verteilungsmaßstab des Ertrages der Kraftfahrzeugsteuer ist in der Straßenlänge und der Zahl der in der Provinz vorhandenen Kraftfahrzeuge zu suchen. Ein entsprechender Antrag ist an den preußischen Landtag und den preußischen Finanzminister zu senden“.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich erteile zu

Punkt 3: Antrag, betreffend die Ausgabe von Rheinprovinz-Anleiheſcheinen

Herrn Dr. Hartmann das Wort als Berichterstatter.

Abgeordneter Dr. Hartmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es liegt auf der Hand, daß wie bei den Gemeinden so auch bei der Provinz infolge der Geldentwertung der Geldbedarf in außer-

ordentlichem Maße gestiegen ist, und zwar bei fast allen Zweigen der Provinzialverwaltung. Es handelt sich hierbei um so große Summen, daß es ausgeschlossen ist, diese Summen aus dem ordentlichen Haushalt zu nehmen, sie also im Wege der Steuerumlage zu decken. Vielmehr muß die Deckung im Wege einer Anleihe gefunden werden. Dies ist umso unbedenklicher, als die Zwecke, für die die Summen bereitgestellt werden sollen, sich nicht etwa periodisch wiederholen, sondern nur ausnahmsweise, um nicht zu sagen: einmalig, hervortreten.

Die Vorlage, die Ihnen zugegangen ist, faßt diese Zwecke in sechs Punkten zusammen. Zunächst wird eine Erhöhung der Beteiligung des Provinzialverbandes bei der Landesbank verlangt. Die Beteiligung beträgt bisher 50 Millionen und soll bis zu 400 Millionen gesteigert werden. Dies stellt eine Verstärkung der Betriebsmittel der Landesbank dar, die umso begreiflicher ist, als, wie Sie aus der Drucksache ersehen haben werden, der Umschlag der Landesbank im letzten Jahre auf mehr als 300 Milliarden gestiegen ist und die fremden Gelder in den letzten Monaten die stattliche Höhe von 3 bis 4 Milliarden erreicht haben. Daß bei solchen Summen, um ein richtiges Verhältnis herzustellen, eine Erhöhung des Stammkapitals geboten ist, bedarf keiner näheren Begründung und ist eine Erscheinung, die wir fast tagtäglich bei den privatwirtschaftlich arbeitenden Kreditbanken zu beobachten haben. Letzten Endes liegt auch die ganze Transaktion im Interesse der rheinischen Kommunen, die bei ihrem großen Bedarf an kurzfristigen Anleihen jetzt mehr als früher auf die Hilfe der Landesbank angewiesen sind.

Dann erheischen zwei Vorlagen, die Ihnen heute vorgelegt werden, die Bereitstellung größerer Summen: Das ist die vermehrte Herstellung von Kleinpflaster auf den Provinzialstraßen, die eine Ausgabe von 800 Millionen verursacht, und die erhöhte Beteiligung des Provinzialverbandes an der Wohnungsfürsorge, für die bis zu 50 Millionen mehr verlangt werden.

Ferner wird ein Betrag von 200 bis 300 Millionen für die Durchführung von Beschlüssen des 62. und 63. Landtages, die sich auf die Gewährung von Arbeitgeberzuschüssen zu dem Bau von Wohnungen für die Beamten und Angestellten der Provinz beziehen, sowie für verschiedenartige Verbesserungen in den Anstalten gefordert, über die wir demnächst Beschluß fassen werden. Es geht nicht länger an, daß diese Ausgaben wie bisher im Wege des Vorschusses bei der Landesbank gedeckt werden; es muß vielmehr jetzt ihre endgültige Deckung im Wege der Anleihe erfolgen.

Endlich macht die Provinz bei ihren Betrieben die Erfahrung, daß infolge der Geldentwertung Betriebsfonds bereitgestellt werden müssen, um die Betriebe wirtschaftlicher arbeiten zu lassen. Auch hier hat bisher die Landesbank mit Vorschüssen ausgeholfen, die mit 12% verzinst wurden. Es erscheint aber wirtschaftlicher und rationeller, diese Mittel, die bei den 30 Provinzialanstalten sich schätzungsweise auf 200 bis 300 Millionen belaufen, im Wege der Anleihe zu beschaffen.

Rechnet man diese Summe zusammen, so ergibt sich ein Bedarf von 17 bis 1800 Millionen Mk. Es erscheint aber ratsam, auch Vorsorge für die Zukunft zu treffen und diese Summe auf 2 Milliarden abzurunden. Deshalb erscheint es auch zweckmäßig, das nachzusuchende Privilegium auf diese Summe von 2 Milliarden zu erstrecken.

Es ist nun in der Vorlage vorgesehen, mit Rücksicht auf die unsicheren Geldverhältnisse, unter denen die Provinz wie die Gemeinden zu leiden hat, die Beschlußfassung über die nähere Ausgestaltung, also über die Festsetzung der Verzinsung, die Höhe der Tilgung, die Art der Stückelung und den Begebungskurs, dem Provinzialausschuß vorzubehalten.

Der Antrag des Provinzialausschusses, den sich die I. Sachkommission zu eigen macht, lautet deshalb dahin:

- „Der Provinziallandtag wolle den Provinzialausschuß ermächtigen,
1. das Privilegium zur Ausgabe von Rheinprovinz-Anleihe Scheinen bis zur Höhe von 2 Milliarden Mk. nachzusuchen,
 2. die näheren Bestimmungen über Art und Zeit der Ausgabe, Ausgabekurs, Stückelung, Verzinsung und Tilgung festzusetzen“.

Ich bitte, dem zuzustimmen.

Stellvertretender Vorsitzender Ullenbaum: Das Wort zu

Punkt 4: Antrag, betreffend die Bereitstellung eines Betrages von 800 Millionen Mk. zum Zwecke der Herstellung von Kleinpflaster auf den Provinzialstraßen

hat als Berichterstatter Herr Abgeordneter Gold.

Abgeordneter Gold: Meine Damen und Herren! Infolge Ihres gestrigen Beschlusses im Plenum hat sich die I. und III. Sachkommission mit dem hier zur Beratung stehenden Punkte beschäftigt. Die Genehmigung des Antrages ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit und liegt durchaus im Verkehrsinteresse.

Aus der vorliegenden Drucksache ist aber auch ersichtlich, wie stark die Straßen insbesondere durch die Lastkraftwagen in Anspruch genommen werden und ganz besonders, wie stark der Lastkraftwagenverkehr in Jahresfrist zugenommen hat; die Steigerung beträgt etwa 44%. Dabei sind die Preise für die Lastkraftwagen ganz

enorm gestiegen; z. B. kostet gegenwärtig ein Lastkraftwagen von 5 t Inhalt — das sind die gebräuchlichsten — etwa 16 bis 18 Millionen; ein 4 t Lastkraftwagen etwa 15 Millionen Mk.; ein Kilo Benzol kostet 886 Mk. Meine Herren, aus diesen Zahlen geht ganz eklatant hervor, daß die Preise für die Lastkraftwagen in ganz enormer Weise gestiegen sind. Dennoch wird die Zunahme des Lastkraftwagenverkehrs infolge der leichteren Beförderung auch für die Zukunft eine ganz erhebliche sein. Das liegt zum größten Teil daran, daß man bei diesem Verkehrsmittel nicht an den Ort der Verladung und an eine bestimmte Zeit gebunden ist, sowie an der schnelleren Beförderung der zu transportierenden Güter. Der Transport der Kohlen aus dem Industriebezirk — es handelt sich bei dieser Vorlage vorwiegend um die Straßen aus dem Industriebezirk nach den angrenzenden Städten — wird auch in Zukunft eine ganz enorme Steigerung erfahren, besonders wenn erst die Zwangswirtschaft in der Kohle, unter der wir bekanntlich heute noch stehen, aufgehoben wird. Es ist viel leichter möglich, die Kohle auf dem Landwege zu beziehen, als sie durch die Eisenbahn zu bekommen. Insbesondere sind es die kleineren Betriebe und die Verbraucher für den Hausbrand, die die Kohle durch die Lastkraftwagen viel lieber beziehen, als durch die Eisenbahn.

Die I. und III. Sachkommission haben gestern nach eingehender Erörterung unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse beschlossen, Ihnen die unveränderte Annahme der Vorlage zu empfehlen.

Persönlich möchte ich noch den Herrn Landeshauptmann bitten, auch in Zukunft dieser wichtigen Angelegenheit seine Aufmerksamkeit zu schenken. Ich begrüße es ganz besonders, daß die Provinzialverwaltung dazu übergegangen ist, Kleinpflaster anstatt der chauffierten Straßen zu wählen. Es dürfte bekannt sein, daß der Verschleißkoeffizient bei den chauffierten Straßen ungefähr doppelt so groß ist wie bei den Straßen mit Kleinpflaster.

Stellvertretender Vorsitzender Ullenbaum: Zu

Punkt 5: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage des Abgeordneten Grafen Adelman u. a., betreffend Kleinpflasterung des ungepflasterten Restteiles der Provinzialstraße in der Gemeinde Horchheim, ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Hölken. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Hölken: Meine Damen und Herren! Die Bereitstellung von 800 Millionen zur Herstellung von Kleinpflaster für die Provinzialstraßen bringt natürlich eine ganze Reihe von Wünschen mit sich, die an sich wohl berechtigt sein mögen, aber im Rahmen der zu bewilligenden 800 Millionen nicht alle durchführbar sind. Die Summe von 800 Millionen soll zunächst für die Instandsetzung der schlechtesten Straßen benutzt werden. Der Provinzialausschuß und die Provinzialverwaltung werden dann zu prüfen haben, ob dem Antrage Adelman, betreffend Kleinpflasterung des ungepflasterten Restteiles der Provinzialstraße in der Gemeinde Horchheim noch entsprochen werden kann.

Der Sachausschuß I empfiehlt Ihnen, zu beschließen:

„Der Provinziallandtag wolle den Antrag dem Provinzialausschuß zur weiteren Erledigung überweisen.“

Stellvertretender Vorsitzender Ullenbaum: Auch zu

Punkt 6: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Handelskammer zu Koblenz und des Abgeordneten von Stedman u. a., betreffend Ausbau der Landstraße Siegen—Siegburg, ist Berichterstatter derselbe Herr Abgeordnete. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Hölken: Meine Damen und Herren! Dasselbe trifft zu für den Antrag von Stedman, betreffend Ausbau der Landstraße Siegen—Siegburg. Auch hier empfiehlt der Sachausschuß I:

„Der Provinziallandtag wolle den Antrag dem Provinzialausschuß zur weiteren Erledigung überweisen“.

Stellvertretender Vorsitzender Ullenbaum: Auch zu

Punkt 7: Antrag, betreffend Erhöhung der Beteiligungssumme des Provinzialverbandes an der Rheinischen Wohnungsfürsorge-G. m. b. H. ist Herr Abgeordneter Hölken Berichterstatter. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Hölken: Meine Damen und Herren! Die Beteiligungssumme der Provinz an der Rheinischen Wohnungsfürsorge wurde vom 62. Provinziallandtag von 1 Million auf 3 Millionen erhöht. Die Geldentwertung und das Wachsen des Geschäftsumfanges des Unternehmens machen eine weitere Erhöhung des Gesellschaftskapitals notwendig, damit die Gesellschaft ihre Tätigkeit fortsetzen und weiter ausdehnen kann. Der finanzielle Stand der Gesellschaft ist gesund, und es bestehen keine Bedenken, die Beteiligungssumme der Provinz auf 50 Millionen zu erhöhen.

Ueber die Tätigkeit der Gesellschaft brauche ich hier nichts zu sagen. Sie finden in Drucksache 4 eine kurze Uebersicht über die Aufgaben der Rheinischen Wohnungsfürsorge. Zu wünschen wäre nur, daß die Gesellschaft die Baustoffbewirtschaftung weiter ausdehnt, damit sie so in etwa wenigstens dem Baustoffwucher entgegenwirken kann. Ebenso wäre der Wunsch an die staatliche Forstverwaltung zu richten, mehr als bisher an diesem gemeinnützigen Unternehmen entgegenzukommen. Für die Förderung des Kleinwohnungswezens ist die

Rheinische Wohnungsfürsorge von großer Bedeutung. An die Gemeinden und Baugenossenschaften muß deshalb die Bitte gerichtet werden, soweit sie dazu in der Lage sind, das Unternehmen im weitesten Maße zu unterstützen, damit es seine Tätigkeit viel weiter ausdehnen kann, als es bisher der Fall gewesen ist.

Die Sachkommission I empfiehlt Ihnen die unveränderte Annahme der Vorlage.

Stellvertretender Vorsitzender Allenbaum: Mit den Anträgen 2—7 sollen nach Ihrem Beschluß von vorhin auch die Anträge 9 und 10 gemeinsam beraten werden.

Berichterstatter zu

Punkt 9: Antrag, betreffend Unterstützung des Oberschlesischen Hilfsbundes durch eine Spende von 500 000 Mk.

Ist Herr Abgeordneter Dr. Hagen. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Hagen: Meine Damen und meine Herren! Es würde die Absichten, die mit diesem Antrage verbunden sind, abschwächen, wenn ich ein Wort zu seiner Begründung noch sagen wollte. (Bravo!) Ich brauche Ihnen nur mitzuteilen, daß im I. Sachausschuß Einstimmigkeit darüber herrschte, daß dieser Antrag zu bewilligen ist. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender Allenbaum: Weiter ist Herr Abgeordneter Dr. Hagen Berichterstatter zu

Punkt 10: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrag des Abgeordneten Theissen u. a. auf Bewilligung von 500 000 Mk. zur Beschaffung von Nahrungsmitteln für die Kinder der streikenden Arbeiter der Badischen Anilinwerke Ludwigshafen.

Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Hagen: Der Antrag des Abgeordneten Theissen auf Bewilligung von 500 000 Mk. zur Beschaffung von Nahrungsmitteln für die Kinder der streikenden Arbeiter der Badischen Anilinwerke Ludwigshafen ist von dem I. Sachausschuß beinahe einstimmig abgelehnt worden (Pfei-Rufe bei den Kommunisten), mit Rücksicht darauf, daß dieser Streik nach Ansicht auch fast sämtlicher Gewerkschaften Deutschlands ein durchaus unberechtigter war und infolgedessen der Sachausschuß zu einem derartigen Antrage keine zustimmende Stellung nehmen konnte. (Zuruf des Abgeordneten Blichem: Das ist Ihre persönliche Meinung, das ist da nicht zum Ausdruck gebracht worden!)

Stellvertretender Vorsitzender Allenbaum: Ich eröffne jetzt die gemeinsame Beratung über die Punkte 2—7 und 9—10. Dem Vorschlage des Ältestenrats haben Sie ja zugestimmt, daß zu diesen Punkten den einzelnen Fraktionen bezw. deren Rednern insgesamt 45 Minuten Redezeit gewährt wird. Ich möchte die Herren Redner bitten, sich danach einzurichten. Als erster Redner hat sich Herr Abgeordneter Schäfer gemeldet, Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Schäfer: Meine Damen und Herren! Nach dem Bericht des Provinzialausschusses hat der Haushaltsplan der Provinz das gleiche Schicksal erlitten wie die Haushalte aller öffentlichen Körperschaften, d. h. es ist das eingetroffen, was seinerzeit schon bei der Einführung des Haushaltes der Herr Landeshauptmann ausführte: In der Tat haben sich die Zahlen des Haushalts lediglich als Buchungsstellen erwiesen, und sie sind heute eben weiter nichts mehr als eine schöne Erinnerung. Man kann höchstens sagen, daß die Geldentwertung noch alles das übertroffen hat, was sich die schlimmsten Pessimisten haben vorstellen können. Allerdings darf man diesen Zahlen gegenüber kaum eine andere Einstellung einnehmen als die Einstellung, daß es sich hier lediglich um eine Geldentwertung handelt und daß man irgendwelche Schlüsse auf die Steigerung der Leistungen, auf die Verbesserung der Anlagen usw. nicht ziehen darf. Ja, man kann sogar sagen, wenn es möglich wäre, in die Steuern einen gleitenden Faktor hineinzubringen, wären alle Nach Haushalte mehr oder weniger überflüssig. Wenn man bis vor kurzem noch sagen konnte, daß die Selbstverwaltungskörper vor dem Zusammenbruch ständen, so muß man heute leider sagen, daß wir schon mitten im Zusammenbruche sind und daß die meisten Selbstverwaltungskörper nicht mehr wissen, wie sie die nächsten Tage leben sollen. Diese Verhältnisse haben sich auch noch keineswegs dadurch gebessert, daß nunmehr endlich das Reich ernstlich bemüht ist, den Kommunen wieder eine gewisse Selbstständigkeit zu gewähren und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Einnahmen mit ihren Ausgaben in Einklang zu bringen. Genau in derselben Lage ist auch die Provinz. Während die Provinz früher für die Aufgaben, die sie vom Staate übernommen hatte, wenigstens in einem recht erheblichen Umfange Dotationen bekommen konnte und bekommen hat, ist später die Dotation in ein geradezu lächerliches Verhältnis herabgesunken, sodaß sie heute nur noch einen ganz geringen Bruchteil der gesamten Ausgaben darstellt. Heute betragen die Gesamtdotationen, die die Provinz bekommt, etwas 3% ihrer gesamten Ausgaben. Sie stehen also in gar keinem Verhältnis mehr zu dem Bedarf der Provinz.

Angesichts dieser außerordentlichen Tatsachen, mit denen wir zu rechnen haben, und angesichts einer Entwicklung, die geradezu wie ein Schicksal alles zermalmt, was sich ihr entgegenstellt, kann ich es mir verjagen, auf Einzelheiten dieses Etats einzugehen, denn angesichts dieser ungeheuren Ueberschreitung wird es kaum Zweck haben, zu versuchen, an den einzelnen Positionen hier und da ein paar tausend Mark herunter zu

handeln. Wir glauben aber auch, auf die Prüfung des Nachtragshaushalts im einzelnen umso eher verzichten zu können, als wir die Ueberzeugung haben dürfen, daß der Herr Landeshauptmann bereits alle die Mittel erschöpft hat, die dazu führen könnten, sei es die Ausgaben zu vermindern, sei es die Einnahmen zu erhöhen.

Ich möchte mir nur gestatten, einige wenige Punkte herauszugreifen und auf diese Punkte die Aufmerksamkeit des Herrn Landeshauptmanns zu lenken.

Zunächst wäre es mir erwünscht gewesen, zu erfahren wie die Anregungen, die seinerzeit bei der Beratung des Haushaltsplans im Juli gegeben worden sind, gewirkt haben. Insbesondere wäre es mir erwünscht, zu erfahren — alle Kommunalverwaltungen haben daran ein großes Interesse —, ob inzwischen die Provinzialbeamten zur 48stündigen Arbeitswoche übergegangen sind. Im ganzen Lande ist diese Arbeitszeit eingeführt, und ich glaube, bei den außerordentlichen Kosten, die die Provinzialverwaltung auch den Städten aufbürdet, ist es kein unbilliges Verlangen, wenn die Städte und auch die Kommunalbeamtenschaft Gewicht darauf legen, daß die Arbeitsleistung eine ebenbürtige ist. (Sehr richtig! rechts.)

Dann, meine Damen und Herren, muß ich noch einmal auf die Dotation zurückkommen. Wir haben seinerzeit eine sehr schöne Resolution gefaßt, die nach Berlin geschickt worden ist, und energisch dagegen protestiert, daß die Erhöhung der Dotation nach dem alten Maßstabe verteilt werden sollte. Nach langem Hin und Her ist dann eine etwas entgegenkommende Erklärung von Berlin aus abgegeben worden, und der Herr Landeshauptmann hat uns im Ausschuß mitgeteilt, daß man nach den ihm gewordenen Mitteilungen wohl damit rechnen könne, daß das sog. Wiesbadener Abkommen der Verteilung zugrunde gelegt werde. Unsere weitergehenden Anträge, die durchaus berechtigt waren, haben also keine Berücksichtigung erfahren. Es scheint, daß sich aber in dieses Wiesbadener Abkommen eine Möglichkeit eingeschlichen hat, die dazu führt, andere Provinzen auf Kosten der Rheinprovinz sehr erheblich zu begünstigen. Der Herr Landeshauptmann hat uns im Ausschuß mitgeteilt, daß es Provinzen gibt, denen es ganz erheblich besser geht als uns. Er nannte uns u. a. die Provinz Ostpreußen und führte an, daß diese Provinz bei einer Einwohnerzahl — wenn ich recht verstanden habe — von 2,5 Millionen eine Dotation von 53 Millionen bekommt, während die Rheinlande mit einer Einwohnerzahl von über 6 Millionen eine Dotation von 63 Millionen bekommen. Meine Damen und Herren, es liegt auf der Hand, daß das überhaupt kein Verhältnis ist. Nun könnte der Minister sagen, daß Ostpreußen einen Zuwachs an Gebiet und auch an Bevölkerung bekommen hat. Das ist aber jedenfalls nicht in dem Umfange der Fall gewesen, daß es sich rechtfertigen könnte, eine derartig ungeheure Bevorzugung gegenüber der Rheinprovinz eintreten zu lassen. Wie außerordentlich diese Dotation im Haushalt von Ostpreußen wirkt, geht daraus hervor, daß Ostpreußen 33% seiner gesamten Ausgaben aus dieser Dotation decken kann, während bei uns eben nur 3% der Ausgaben daraus gedeckt werden können. Wir bitten den Herrn Landeshauptmann dringend, darauf zu bestehen, daß diese Verhältnisse nachgeprüft werden und daß der Rheinprovinz auch in dem Punkte wird, was ihr gebührt.

Der Herr Landeshauptmann hat dann weiter ausgeführt, daß die Regierung bereit sei, die Dotation um eine Milliarde auf 1,5 Milliarden zu erhöhen. Meine Damen und Herren, diese Erhöhung ist durchaus unzureichend. Wenn die Erhöhung der Geldentwertung folgen und auch den Bedürfnissen der Provinz einigermaßen gerecht werden wollte, dann würde eine Erhöhung von wenigstens 5 Milliarden in Frage kommen. Meine Fraktion bittet auch hier den Herrn Landeshauptmann eindringlichst, in Berlin vorstellig zu werden, daß diesen durchaus berechtigten Forderungen der Provinz Rechnung getragen wird.

Ich möchte dann noch auf einen Punkt eingehen, der von dem Herrn Berichterstatter zu Punkt 1 erwähnt worden ist, nämlich die Frage der Stellung der unteren Beamten. Ich möchte da den Herrn Landeshauptmann bitten, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten auch seinerseits darauf hinzuwirken, daß die unteren Beamten jedenfalls das bekommen, was sie zum Leben unbedingt brauchen. Ich weiß, daß Bindungen durch das Sperrgesetz bestehen; aber es wird doch vielleicht möglich sein, daß er seinen Einfluß auf eine Aenderung dieser Bestimmungen geltend macht.

Dann habe ich eine Klage vorzubringen, die vielleicht auch den Herrn Landeshauptmann bereits erreicht hat. Es wird sehr darüber geklagt, daß die Zahlung der Pensionen außerordentlich schleppend erfolge und daß dadurch in die Familien der Ruhegehaltsempfänger und der Witwen manche Not einziehe. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß es ganz ungeheuer schwer ist, bei dem großen Beamtenapparat den dauernden Aenderungen der Gehälter und Ruhegehälter nachzukommen, und ich weiß, daß es Städte gibt, in denen dauernd 30 oder noch mehr Beamte tätig sind, die weiter nichts tun, als beständig die Umrechnung der Gehälter und Pensionen vorzunehmen. Ich möchte aber doch den Herrn Landeshauptmann bitten, in eine Prüfung einzutreten, ob eine Beschleunigung möglich ist. Daß die Wünsche restlos befriedigt werden, glaube ich nicht; dafür ist die Arbeit zu groß. Im allgemeinen wird es nicht möglich sein, nicht eingearbeitete Kräfte plötzlich an die Stelle zu setzen, weil das ganze Besoldungswesen inzwischen so kompliziert geworden ist, daß es fachkundige Kräfte erfordert.

Dann, meine Damen und Herren, hat der Herr Landeshauptmann in durchaus schlüssiger Weise nachgewiesen, daß es notwendig sei, die Pflegefälle in den Provinzialanstalten etwas schneller an die Geldentwertung anzupassen, und er hat bei der Gelegenheit die Einführung eines gleitenden Pflegefalles in Aussicht gestellt. Ich darf hier erwähnen, daß es bereits eine Reihe von Städten gibt, die den gleitenden Pflegefall eingeführt haben. Man kann als durchaus gutes Kriterium den Lohn des ungelernten Arbeiters nehmen, denn er pflegt nach der Auffassung der Wirtschaftler am schnellsten zu reagieren. Man hat, wenn man diese Löhne zugrunde legt, die Möglichkeit, je nachdem, ob man bis an die Grenze der Selbstkosten gehen oder unterhalb der Grenze der Selbstkosten bleiben will, das Mittel zu finden. Es ist ja damals ausgesprochen worden, daß man den Etat der Pflegeanstalten nicht so betrachten könne, wie etwa den Etat einer anderen Anstalt. Es wird darauf Rücksicht genommen werden müssen, daß die Anstaltskosten in den Anstalten bereits eine solche Höhe erreicht haben, daß sie zu einer außerordentlich großen Belastung für die Gemeinden und ebenso für die Angehörigen geworden sind, und daß es doch wohl nicht zweckmäßig wäre, bis an die Höhe der Selbstkosten heranzugehen, sondern namentlich bei zahlungsschwachen Kreisen unter den Selbstkosten zu bleiben. Das wird sich bei einer derartigen gleitenden Formel ohne besondere Schwierigkeiten einrichten lassen.

Nun meine ich, was der Herr Landeshauptmann für seine Anstalten in Anspruch nimmt, nämlich die Anpassung an die Geldentwertung, das müßte er auch den Privatanstalten zubilligen, in denen er seine Pflegelinge unterbringt, wobei er zweifellos finanziell viel besser fährt, als wenn er eigene Anstalten aufmache. Wie mir von glaubwürdiger Seite versichert wird, bleiben in der Beziehung noch allerhand Wünsche offen. Vielleicht überlegt der Herr Landeshauptmann einmal, ob die Einführung eines gleitenden Pflegefalles nicht auch bei den Privatanstalten zweckmäßig ist. Es würden dann auch die Privatanstalten nicht immer genötigt sein, Bittgänge anzutreten, um schließlich das Geld erst dann zu bekommen, wenn es wieder weiter entwertet ist, wodurch der Etat der Anstalten immer mehr in Unordnung gerät. Die Aufrechterhaltung des Etats dieser Anstalten liegt aber nicht allein im Interesse der Anstalten selbst, sondern auch im Interesse der Provinz, denn sie fährt viel besser dabei, wenn sie eine Reihe von leistungsfähigen Privatanstalten zur Verfügung hat.

Nach dieser Abschweifung, meine Herren, möchte ich zu dem eigentlichen Etat zurückkommen. Ich unterstelle die Richtigkeit der Zahlen, die der Herr Landeshauptmann angegeben hat, wie sie in der Drucksache aufgeführt sind, und nehme an, daß in der Tat ein Fehlbetrag von 310 983 459 Mk. zu decken ist.

Meine Damen und Herren! Ueber die gesetzliche Grundlage der Verteilung der Umlage hat der Herr Berichterstatter zu Punkt 1 schon das Erforderliche gesagt. Ich werde darüber nichts weiteres sagen. Ich möchte nur mit einem Worte andeuten, daß in unserer Fraktion natürlich auch das Für und Wider erörtert worden ist und daß es durchaus möglich ist, festzustellen, daß die eine Gemeinde den Maßstab nach der Verteilung der Einkommensteuer wünscht und die andere den Maßstab nach der Realsteuer, je nach ihren Interessen. Aber es hat sich doch in unserer Fraktion die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß dieser Maßstab hier nicht zugrunde gelegt werden kann, daß hier nicht lokale Interessen eine Rolle spielen dürfen, sondern nur die Interessen, wie sie vom Standpunkte des Allgemeinwohls und der Provinz zu betrachten sind. Da glaubt meine Fraktion, jedenfalls in ihrer Mehrheit, daß der Vorschlag, wie er vom I. Sachausschuß gemacht worden ist, eine brauchbare Grundlage bietet und auch wahrscheinlicher zu besonderen Härten nicht führen wird. Im übrigen ist ja darauf hinzuweisen, daß diese Rechnung lediglich für das Jahr 1922 gilt und daß, wenn sich besondere Härten herausstellen sollten, die Möglichkeit besteht, zu einem anderen Verfahren überzugehen. Es würde danach so sein, daß die erste Umlage je zur Hälfte auf Einkommensteuer und Realsteuer zu legen ist und die zweite Umlage ganz auf die Einkommensteuer. Das bedeutet natürlich eine außerordentlich starke Verteilung nach der Einkommensteuer. Auf die Einzelheiten will ich hier nicht weiter eingehen.

Zu den einzelnen Berichten, die erstattet worden sind, nimmt meine Fraktion folgende Stellung ein: Dem Vorschlage 1 stimmt sie zu, ebenso 2, 3, 4, 5 und 7. Sie stimmt auch mit der Auffassung der I. Sachkommission in der Ablehnung des Antrages auf Bewilligung von 500 000 Mk. für die Kinder der Streikenden in Ludwigshafen überein.

Meine Damen und Herren! Wenn ich mich bei meinen Ausführungen streng an das Statistische gehalten und keinerlei Ausflüge in das politische Gebiet gemacht habe, selbst auf die Gefahr hin, daß ein späterer Redner feststellen könnte, daß er des trockenen Tones nun satt sei, so geschah dies besonders aus dem Grunde, weil meine Fraktion das Bestreben hat, in diesen schweren Tagen, die über uns liegen, alles zu vermeiden, was zu einer Eröffnung der erhebenden Bewegung, die durch die Rheinlande gegangen ist, Veranlassung geben könnte. (Bravo!) Und ich glaube, meine Damen und Herren, daß es ganz besonders zweckmäßig ist, wenn ich hier noch ausspreche, daß meine Fraktion einig ist darin, daß die Gedanken, die der Herr Oberpräsident bei seiner Einführung hier gesprochen hat, in uns den vollsten Widerhall gefunden haben (Bravo!) und daß wir glauben, durch Zurückstellung aller kleinlichen Dinge — und kleinlich sind alle Dinge gegenüber den großen Fragen, die uns heute bewegen — dem Vaterlande und uns den besten Dienst zu erweisen. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender Ullenbaum: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Gestatten Sie mir, kurz auf die vielen Anregungen, die der Herr Vorredner mir übermittelt hat, zu antworten.

Zunächst hat er die Anfrage gestellt, wie es mit der Einführung der 48stündigen Arbeitswoche bei den Beamten der Provinzialverwaltung bestellt sei. In dieser Hinsicht möchte ich zunächst darauf aufmerksam machen, daß in dem letzten Provinziallandtage vor allem betont worden ist, daß die Regelung der Arbeitszeit, wenn irgend möglich, im Einvernehmen mit dem Beamtenausschuß erfolgen müsse. Infolgedessen haben sich die Verhandlungen, da es sich hier um eine Verlängerung der Arbeitszeit von 45 auf 48 Stunden handelt, nicht so glatt gestaltet. Nunmehr aber hat der Provinzialausschuß beschlossen, daß die 48stündige Arbeitswoche eingeführt werden soll, so daß damit diese Frage nach der materiellen Seite hin erledigt ist. Es handelt sich jetzt nur noch um die Verhandlungen mit dem Beamtenausschuß über die Anordnung der einzelnen täglichen Stunden, so daß in der nächsten Zeit auch mit der praktischen Durchführung der 48stündigen Arbeitswoche gerechnet wird.

Was die Frage der Dotationsverteilung und der Dotationserhöhung angeht, so ist das ja ein Schmerzenskind unserer Finanzverwaltung, auf das ich schon hingewiesen habe. Ich kann nur unterstreichen, was der Herr Vorredner ausgeführt hat, daß wir in keiner Weise mit der bisherigen Behandlung der Frage in Berlin zufrieden sein können, weder mit der Behandlung der Rheinprovinz in bezug auf die Verteilung der Summe unter die verschiedenen Provinzen — ich will es mir versagen, auf Einzelheiten einzugehen — noch mit der geringen Bemessung der Gesamtdotation, die weit mehr erhöht werden muß als um eine weitere Milliarde. Ich werde die Ansichten, die auch der Provinziallandtag in diesem Punkte hat, in Berlin vortragen und hoffe, daß, wie schon die etwas günstigere Verteilung, die bei der letzten Erhöhung erfolgte, wohl wesentlich nur auf das Eintreten des Provinziallandtages zurückzuführen ist, auch jetzt die Geltendmachung der Wünsche des Provinziallandtages an dieser Stelle eine weitere günstigere Verteilung für uns erwirken wird.

Die Beschwerden über die zu späte Bezahlung der Pensionen muß ich zum Teil als berechtigt anerkennen. Es handelt sich allerdings bei den Beschwerden, soweit sie mir zu Ohren kommen, nicht um die Pensionen der Beamten der Provinzialverwaltung, sondern um die Pensionen aus den verschiedenen Ruhegehaltsklassen, die von uns verwaltet werden, den Pensionsklassen der Kommunalverbände, der Landgemeinden und der zahlreichen Vereine und juristischen Personen, die an diese Klassen angeschlossen sind. Der Grund liegt darin, wie auch der Herr Vorredner schon andeutete, daß auf diesem Gebiete die Arbeit uns derart über den Kopf wächst, daß sie kaum zu bewältigen ist. Etwa alle 14 Tage haben wir doch jetzt mit einer neuen Gehaltsregelung zu rechnen, und etwa alle 14 Tage müssen sämtliche Pensionen umgerechnet werden. Nun habe ich, wohl in Übereinstimmung mit Ihnen, das allergrößte Bedenken gegen die Einstellung weiterer Beamtenkräfte, soweit es sich irgendwie vermeiden läßt. Infolgedessen muß versucht werden, mit der Einstellung von möglichst wenig neuen Kräften die Sache zu bewältigen. Ich habe in der Vorlage schon ausgeführt: Die Abteilung, die diese Sachen bearbeitet, hatte vor dem Kriege 5 Beamte und hat jetzt 24 Beamte und 10 Angestellte. Die Zahl der dort tätigen Kräfte ist also schon reichlich vermehrt worden; anscheinend reicht sie aber noch nicht. Wir müssen uns hier etwas behelfen und versuchen, den Wünschen, soweit als möglich, gerecht zu werden.

Die Einführung des gleitenden Pflegesatzes in den Anstalten wird wahrscheinlich heute noch vom Provinzialausschuß beschlossen werden. Der Herr Vorredner hat den Wunsch geäußert, wir möchten uns an den Lohn des ungelerten Arbeiters als Grundlage halten. Das hat aber für die Provinzialverwaltung deshalb keine Schwierigkeiten, weil wir die Pflegesätze doch für die verschiedenen Anstalten, die in den verschiedensten Bezirken der Rheinprovinz liegen, wo die Löhne der ungelerten Arbeiter verschieden hoch sind, gleich feststellen müssen. Infolgedessen glaube ich, daß wir eher an die Reichsindexziffer herantommen werden als an diesen Maßstab, der an sich bei der Regelung der Sätze in einer einzelnen Stadt ja wohl angemessen sein kann.

Die Klagen der Privatanstalten über zu geringe Pflegesätze sind mir schon häufig vorgehalten worden. Ich möchte demgegenüber darauf hinweisen, daß doch bisher keine Privatanstalt, die mit der Provinz in enger Weise zusammengearbeitet hat, zugrunde gegangen ist, sondern wir haben, wenn eine Notlage vorlag, doch immer wieder geholfen. Daß wir in bezug auf die Bewilligung der Pflegesätze zurückhaltend sein müssen und nicht einfach die Multiplikation mit der Indexziffer anwenden können, werden Sie verstehen. Das würden unsere Finanzen in keiner Weise aushalten, wenn Sie bedenken, daß wir etwa 5 Millionen Pflegeetage in Privatanstalten haben. Wir haben aber vor allem den Privatanstalten stets in Aussicht gestellt, daß sie Vorschüsse in beliebiger Höhe anfordern können, die demnächst verrechnet werden, und davon wird auch reichlich Gebrauch gemacht. Zurzeit pflegen wir aber Verhandlungen mit den Privatanstalten, um zu einem gleitenden Pflegesatz zu kommen und damit diese Beschwerden auszuräumen.

Stellvertretender Vorsitzender Ullenbaum: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Meine Damen und Herren! Auch meine Freunde sind der Ueberzeugung, daß es der Sachlage entspricht, wenn wir alle politischen Erörterungen nach Möglichkeit ausschließen.

Ich bitte Sie deshalb, wegen der Trockenheit des Tones, der auch meinen Ausführungen von vornherein anhaften wird, um Entschuldigung. Ich werde bemüht sein, mich nach Möglichkeit an den Etat und die einzelnen Vorlagen zu halten.

Was die Zahlen des Etats angeht, so kann niemand, der die Verhältnisse überfieht, überrascht sein über das ungeheure Anschwellen. Solange die Ursache der Geldentwertung nicht aus der Welt geschafft ist, wird es vollkommen unmöglich sein, wie der Herr Vertreter des Zentrums schon ausgeführt hat, irgendeinen Etat im eigentlichen Sinne aufzustellen. Unter diesen Umständen beschleicht uns auch hier in der Provinz wie in allen Körperschaften die schwere Sorge, wie lange sich dieses System überhaupt noch aufrecht erhalten lassen wird, wie lange wir überhaupt noch in der Lage sein werden, die Aufgaben zu erfüllen, die der Provinz in der ordnungsmäßigen Verwaltung vor allem unjerer Anstalten gestellt sind. Wir stehen, wenn nicht mitten im Zusammenbruch, so doch jedenfalls vor den schwersten Verhältnissen, vor die jemals irgendeine Körperschaft gestellt worden ist.

Unsere Einnahmen zu vermehren, ist uns unmöglich. Auf die Frage der Dotation noch einmal zurückzukommen, halte ich für überflüssig, nachdem der Herr Landeshauptmann bereits vorhin erklärt hat, daß er den Wünschen, die wir auch auf der letzten Tagung nach dieser Hinsicht ausgesprochen haben, nachdrücklich nachgeben wird. Ich möchte ihn auch meinerseits bitten, in Berlin nochmals zum Ausdruck zu bringen, daß der Provinziallandtag der Rheinprovinz es als eine Unbilligkeit empfindet, daß die Provinz bei der Verteilung der Dotation in dieser Weise ins Hintertreffen geraten ist.

Wenn wir die Einnahmen nicht vermehren können, so werden wir umso mehr darauf angewiesen sein, Sparsamkeit walten zu lassen und billig zu arbeiten. Meine Damen und Herren, es ist für einen Provinziallandtagsabgeordneten, der nicht Mitglied des Provinzialausschusses ist, keine ganz leichte Aufgabe, die Frage zu beantworten, ob die Verwaltung als solche billig arbeitet oder nicht. Das ist bei der Provinz noch sehr viel schwerer als bei einer städtischen Körperschaft. Die Provinz, die außerordentlich weitverzweigte und vielgestaltige Anstalten unterhält, ist in der Beziehung viel schwerer einer Kontrolle zu unterwerfen. Wir haben durchaus das Vertrauen, daß die Provinzialverwaltung bemüht ist, auf allen Gebieten zu sparen, soweit es in ihrer Kraft steht. Ich möchte aber doch leise die Frage streifen, ob bezüglich der Zahl der Beamten tatsächlich alles geschehen ist, was die Provinzialverwaltung tun kann. Ich möchte dabei hervorheben, daß es uns durchaus fern liegt, etwa behaupten zu wollen, daß die Provinzialbeamten nach irgendeiner Richtung ihre Pflicht nicht erfüllten. Aber wenn ich richtig gerechnet habe, so geht aus dem Bericht der Provinzialverwaltung hervor, daß trotz des Verlustes von Eupen und Malmedy und trotz der großen Einbuße, die wir im Saargebiet erlitten haben, die Zahl der Beamten gegenüber der Zahl vor dem Kriege sich immerhin um 28% vermehrt hat. (Hört! Hört! rechts.) Es ist ohne weiteres anzuerkennen, daß die Einführung des Achtstundentages in unseren Anstalten, die Arbeitsbereitschaft und alles, was damit zusammenhängt, eine Vermehrung des Personals mit sich bringt. Immerhin scheint mir eine Vermehrung um diesen Prozentsatz — und ich glaube nicht, daß hier ein wesentlicher Irrtum vorliegt — eine recht erhebliche zu sein. Wir begrüßen es deshalb, daß die Provinzialverwaltung uns mitteilt, daß sie bereits einen Ausschub eingesetzt hat, der prüfen soll, ob eventuell einzelne Beamte entbehrlich sind und ob mit derjenigen Intensität in den einzelnen Büros gearbeitet wird, wie das in dieser Zeit der tiefsten Not von jedem deutschen Manne unter allen Umständen verlangt werden muß. (Bravo! rechts.) Wir bitten die Provinzialverwaltung, auf diesem Gebiete mit Energie fortzufahren.

Aber, meine Damen und Herren, wir sind uns klar darüber, daß eine Ersparnis von einigermaßen erheblichem Ausmaße kaum zu erreichen sein wird, wenn hier und da einige Beamte weniger arbeiten und weniger saläriert werden. Gewiß ist es erstrebenswert, aber es ist nicht ausschlaggebend. Da stehen wir vor der außerordentlich traurigen Tatsache, daß wir uns werden entschließen müssen, ganze Zweige, ganze Anstalten unserer Provinz mehr oder weniger still zu legen und außer Betrieb zu setzen. Es ist unendlich zu bedauern, daß heute zum ersten Mal ein derartiger Antrag, betreffend die Anstalt Galkhausen, auf der Tagesordnung steht. Ich will mich über diese Einzelfrage nicht verbreiten, nachdem mitgeteilt worden ist, daß über sie besonders referiert und gesprochen werden soll. Aber ich möchte doch sagen, daß wir, so außerordentlich schwer es uns auch wird, auf diesem Wege fortzufahren, doch sehr dunkel in die Zukunft sehen und daß wir befürchten müssen, wie es der Bericht des Provinzialausschusses auch bereits ausspricht, daß dies nicht der erste und letzte Schritt auf diesem Wege sein wird. Es muß das in der Öffentlichkeit auch deshalb ausgesprochen werden, damit man überall erkennt, wie tief tatsächlich die Not auch der Rheinprovinz ist. Es wird auch außerhalb dieses Saales jeder verstehen, daß uns nichts schwerer wird, als derartige Kulturaufgaben hintanzusehen, weil es uns einfach an dem nötigen Gelde fehlt.

Meine Damen und Herren! Wenn wir aber auch nicht in der Lage sind, in dem früheren Maße unsere Pflichten zu erfüllen, und wenn wir auch jede Ausgabe, die einigermaßen entbehrlich ist, heute sparen müssen, so möchte ich doch einige Worte dem Antrage widmen, der uns hier unterbreitet ist, eine halbe Million

für unsere Brüder in Oberschlesien zu spenden. (Abgeordneter Krawinkel: Bravo!) Ich glaube, wir dürfen froh sein, daß wir bei aller Armut noch soviel übrig haben, daß wir denen abgeben können, denen es zurzeit vielleicht noch schlechter geht als uns.

Bei der Gelegenheit möchte ich auch aus der Mitte des Provinziallandtages heraus all den Männern und den Behörden in Reich, Staat und Stadt unseren Dank aussprechen, die uns in den letzten Wochen und Monaten durch sovieler Kundgebungen den Mut gestärkt und uns zugerufen haben, daß Reich und Land zu uns halten, wie wir für alle Zeiten zu Land und Reich halten. (Lebhafte Bravo!)

Ein kleiner Schatten fällt durch den Zusatzantrag Theissen auf die Spende für Oberschlesien. Ich glaube, nach der ganzen Stimmung des Hauses ohne weiteres über den Antrag der Kommunisten mit Schweigen hinweggehen zu dürfen. Ich möchte den Kommunisten nur eins sagen: Der Rheinische Provinziallandtag, meine Herren, ist nicht der Ort, um Ihnen die Kastanien aus dem Feuer zu holen! (Antwort eines kommunistischen Abgeordneten: Aber Ihnen!)

Meine Herren! Die weiteren Anträge unter 2—5 stehen in einem innigen Zusammenhang. Es wird uns hier die Vorlage gemacht, für die Rheinprovinz eine Anleihe in der auch unter den heutigen Zeiten noch außerordentlichen Höhe von 2 Milliarden auszugeben, und es wird uns in den Anträgen bezüglich der 800 Millionen für Kleinpflaster und der 50 Millionen für die Wohnungsfürsorge gleichzeitig ein Teil der Verwendungszwecke hier zur Beschlußfassung vorgelegt.

Gestatten Sie mir, daß ich auf die Frage der Anleihe mit einigen Worten eingehe. Es ist der Vorschlag gemacht worden, den Provinzialausschuß zu ermächtigen, daß er zunächst das Privileg des Staates zur Ausgabe von Anleihefcheinen bis zu 2 Milliarden erwirbt und daß er dann seinerseits den Ausgabekurs, die Stückelung, die Einzelheiten und den Zeitpunkt der Ausgabe feststellen möge. Wir möchten nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, eine wie außergewöhnlich große Verantwortung der Provinzialausschuß hiermit übernimmt. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist zweifellos einer der schwierigsten, die überhaupt jemals in einer Volkswirtschaft dagewesen sind, um nach der Richtung tatsächlich das Richtige zu treffen. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr wahr!) Wir möchten auf der einen Seite daran erinnern, daß der Zinsfuß eine Höhe erreicht hat, wie noch nie zuvor, und daß es immerhin fraglich ist, ob gerade der gegenwärtige Augenblick zur Ausgabe einer derartigen Anleihe der geeignete ist. Wir möchten auf der anderen Seite öffentlich feststellen, daß die bisherigen Anleihen der Rheinprovinz vor allen anderen Stadt- und Provinzianleihen sehr günstig bewertet worden sind. Wenn ich nicht irre, hat eine der Anleihen der Rheinprovinz stellenweise den Kurs von 200 überschritten. Wir möchten deshalb glauben, daß es dem Provinzialausschuß gelingen sollte, diese Anleihe zu verhältnismäßig sehr günstigen Bedingungen zu emittieren.

Es wurde in unserer Fraktion angeregt, ob es vielleicht richtig sei — ohne selbstverständlich irgendwie die Kompetenz des Ausschusses berühren zu wollen —, der Wichtigkeit der Sache wegen den Ausschuß zu bitten, daß er, bevor er die nötigen Schritte tut, den I. Sachausschuß anhören möge. Wir haben diese Anregung nicht zu einem Antrage verdichtet. Ich trage sie hier nur vor, um den Herren vor Augen zu führen, welche Wichtigkeit wir der Vorlage beimessen und wie groß wir die Schwierigkeiten einschätzen, die der Provinzialausschuß bei der Erledigung der Sache zu überwinden haben wird.

800 Millionen der Anleihe sollen für Kleinpflaster verwendet werden. Wir sind mit dieser Vorlage einverstanden. Wir bitten, den Antrag des Herrn von Stedman bezüglich Siegburg-Siegen dem Ausschusse zu überweisen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen — es ist auch im Sachausschuße bereits geschehen —, daß ja zweifellos die Vorlage so, wie sie uns jetzt unterbreitet ist, eine gewisse Bevorzugung eines kleinen Teiles der Rheinprovinz, insbesondere des eigentlichen Industriebezirks, bedeutet. Auf der anderen Seite sehen wir ein, daß gerade dieses Gebiet in erster Linie mit Kleinpflaster belegt werden muß. Die Zweckmäßigkeit- und Rentabilitätsfrage steht natürlich in erster Linie. Wir möchten aber doch dem Provinzialausschuß nahe legen, daß er im Rahmen der verfügbaren Mittel nach Möglichkeit auch den Wünschen des südlichen Teiles der Rheinprovinz, die vor allem aus dem Regierungsbezirk Koblenz geäußert worden sind, und den Wünschen, die in dem Antrage des Herrn von Stedman zum Ausdruck kommen, nachkommen möge. (Abgeordneter Krawinkel: Bravo!)

Bezüglich des Antrages über die Beteiligungssumme des Provinzialverbandes an der Rheinischen Wohnungsfürsorge darf ich mich darauf beschränken, Ihnen mitzuteilen, daß wir diesem Antrage zustimmen.

Nun, meine Damen und Herren, zur Deckungsfrage. Es ist ja gestern im Sachausschuß nach dieser Richtung hin ein Kompromiß zustande gekommen, und wir werden uns, wenn auch nicht ohne Bedenken und nicht ohne daß einige meiner Freunde ihren früheren Standpunkt nach der Richtung nicht glauben verlassen zu können, in unserer Mehrheit diesem Kompromiß anschließen.

Ich glaube aber, daß es nicht ganz ohne Nutzen ist, wenn man auch noch einmal in der Öffentlichkeit darauf hinweist, welche schwere Ungerechtigkeit in der Verteilung der Lasten nach den Realsteuern liegt. Es

liegt mir hier ein Schreiben vor, dessen Richtigkeit wohl kaum bezweifelt werden kann. Danach ist zurzeit das Gewerbesteueraufkommen auf den Kopf der Bevölkerung in Barmen — um mit meiner Heimatstadt anzufangen — 15,47 Mk., in M. Gladbach 31,83 Mk., dagegen in Duisburg 6,11 Mk., in Essen 6,78 Mk. und in Hamborn 1,86 Mk. Meine Herren, die Stadt Hamborn, die wesentlich über 100 000 Einwohner zählt, ist also nur mit 1,86 Mk. auf den Kopf belastet, während die Stadt M. Gladbach, die, soviel ich weiß, keineswegs eine nennenswert höhere Einwohnerzahl hat, mit 31,83 Mk. belastet ist. Das sind Unterschiede, die zum Himmel schreien. Interessant ist aber auch für den Beschluß, den wir zu fassen im Begriffe stehen, wie die Verhältnisse im Jahre 1921 gelegen haben. Da bitte ich Sie, folgendes zu berücksichtigen: Im Jahre 1921 hat die Stadt M. Gladbach — um wieder diese Beispiele zu nehmen — 805 577 Mk. aufgebracht, die Stadt Duisburg, die soviel größer ist, 922 953 Mk. und Hamborn nur 103 014 Mk. (Hört! Hört! rechts.) Also das gleiche, geradezu lächerliche Verhältnis, das für das jetzt laufende Jahr gilt, ist auch bereits im Jahre 1921 vorhanden gewesen.

Nun sind wir ja durch die keineswegs glückliche und sehr schwankende Gesetzgebung einigermaßen in unseren Beschlüssen gehemmt. Einig sind wir wohl darüber — und ich hoffe, daß das ganze Haus dem zustimmen wird —, daß wir zwar für das Jahr 1922 ein Provisorium schaffen wollen, daß wir aber die Möglichkeit behalten wollen, über das Jahr 1921 im Jahre 1923 einen Ausgleich zu schaffen, falls sich Ungleichheiten ergeben sollten. Der Herr Landeshauptmann hat zwar gestern, wenn ich ihn recht verstanden habe, dafür plädiert, daß man ein völliges Definitivum schaffen möge, und er hat dies geschickt damit begründet, daß es zweckmäßiger sei, jetzt ein für alle Mal einen Grundsatz theoretisch aufzustellen, bevor die Unterlagen vorhanden sind, weil er befürchtet, daß, wenn erst die einzelnen Städte und Kreise in der Lage sind, auszurechnen, was nun auf sie entfällt, die Schwierigkeit der Lösung vielleicht wachsen würde. Die Gerechtigkeit ist blind, und theoretisch sind wir alle immer am gerechtesten. Ich möchte aber andererseits glauben, daß, wenn man ein Rechtsurteil fällen will, man auch den Tatbestand kennen muß. Deshalb halten wir unter allen Umständen daran fest, daß ein Provisorium bezüglich der Steuer von 1921 aufrecht erhalten bleibt, damit wir im nächsten Jahre in der Lage sind, etwa vorhandene Ungerechtigkeiten auszugleichen.

Das, meine Damen und Herren, ist es, was ich Ihnen zum Etat im allgemeinen auszuführen habe. Wir werden allen Beschlüssen zustimmen.

Ich schließe mit dem gleichen Wunsche, den mein Herr Vorredner ausgesprochen hat, daß, wenn wir uns wieder in diesem Saale als berufene Vertreter des rheinischen Volkes versammeln, hellere Sterne über dem Rheinlande leuchten mögen, daß wir uns dann wieder fühlen mögen als Bürger einer Provinz, die sich im wirtschaftlichen Aufstieg und im Aufstieg zur Freiheit befindet. (Lebhafter Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender Ullenbaum: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Meine Damen und Herren! Die ungeheuere Steigerung der Ausgaben zeigt die kolossale Geldentwertung und gleichzeitig die immer stärker um sich greifende Verarmung Deutschlands. Diese Verarmung Deutschlands führt dazu, daß es überhaupt nicht mehr möglich ist, die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, und man muß, wie es auch heute hier beschlossen werden soll, zu großen Anleihen greifen. Gleichzeitig mit diesen großen Anleihen wird aber auch immer mehr die Frage in den Vordergrund gerückt: Was erhalten wir von Reich und Staat? Es ist ganz besonders, soweit der Staat in Frage kommt, die Dotationsfrage eine brennende. Es ist ja gestern schon seitens des Herrn Landeshauptmanns und auch heute seitens des ersten Redners dargelegt worden, daß der Verteilungsmaßstab, der bisher bei den Dotationen angewandt worden ist, ein sehr ungerechter ist und daß er unter allen Umständen geändert werden muß. Meine Damen und Herren! Es ist auch begreiflich, daß in einer Zeit wie der heutigen man auch über Sparmaßnahmen aller Art sehr oft und sehr viel spricht, daß sogenannte Sparprogramme aufgestellt werden, um alles das, was man an Ausgaben vermeiden kann, zu vermeiden. Bei diesen Sparmaßnahmen gehen natürlich die verschiedensten Redner von den verschiedensten Gesichtspunkten aus. Die wirtschaftliche und politische Einstellung ist selbstverständlich dabei sehr stark ausschlaggebend. Für meine Freunde möchte ich erklären, daß man bei diesen Sparmaßnahmen nicht immer und immer wieder lediglich den 8-Stundentag oder die volle Ausnutzung der 48-stündigen Arbeitswoche in den Vordergrund stellen soll, sondern daß es nach unserer Auffassung auch noch eine Anzahl anderer Mittel gibt, die mindestens ebenso wert sind, in den Vordergrund gestellt zu werden. Dabei haben wir früher schon hier in diesem Hause darauf hingewiesen, daß wir dafür eintreten, daß beim 8-stündigen Arbeitstag auch wirklich intensive Arbeit geleistet wird. Das haben wir früher getan und tun es auch heute; das verlangen wir nicht allein von den Arbeitern, sondern von allen, die tätig sind, ob sie nun geistig oder körperlich tätig sind. Wir verlangen es ganz besonders auch von unserer Beamtenschaft. Aber, meine Damen und Herren, ich möchte doch darauf hinweisen, daß meiner Ueberzeugung nach in vielen Verwaltungen noch manches zu sparen wäre, wenn man alles daran setzte, um den Verwaltungsapparat zu vereinfachen und vor allen Dingen, soweit es eben geht, an Oberbeamten, an sogenannten

Vorgefetzten, zu sparen. Wir haben tatsächlich in unseren Kommunalverwaltungen sowohl, wie auch hier in der Provinzialverwaltung eine Anzahl von Büros und Betrieben der Verwaltung, wo man durchaus nicht sagen kann, daß Oberbeamte oder Vorgesetzte zu wenig wären, sondern wo man oftmals mit gutem Grunde sagen kann: Es sind ihrer zu viele. Man sollte auch nach der Richtung versuchen zu sparen.

Des weiteren möchte ich in diesem Zusammenhange auch auf die Gehälter hinweisen. Ich möchte vor allen Dingen betonen, daß nicht allein die Anhänger der sozialdemokratischen Partei, sondern auch eine erhebliche Anzahl von Anhängern der bürgerlichen Parteien mit uns auf dem Standpunkt stehen, daß die gleichmäßige, automatische Erhöhung aller Beamtengehälter auf die Dauer nicht zu ertragen ist. (Sehr richtig! in der Mitte.) Es ist schon von einem Berichtserstatter ausgeführt worden, daß die I. Sachkommission der Meinung ist, daß die Gehälter in den unteren Gehaltsgruppen zu gering sind. Es wäre meiner Ueberzeugung nach notwendig gewesen, hinzuzufügen, daß die Mitglieder der Sachkommission I auch auf dem Standpunkt stehen, daß die Gehälter in den obersten Gruppen zu hoch sind (sehr gut! links), daß sie zu hoch geworden sind durch die gleichmäßigen Zuschläge, die durch das Reich festgelegt werden. Ich weiß, daß daran die Kommunen und die Provinz so leicht nichts ändern können. Aber es ist notwendig, das einmal auszusprechen und dabei vor allen Dingen diejenigen, die in den Reihen der bürgerlichen Parteien mit uns der gleichen Meinung sind, aufzufordern, nach dieser Richtung hin innerhalb ihrer Fraktionen und innerhalb ihrer Partei zu wirken, damit man in Berlin vorstellig wird, daß diese gleichmäßigen Zulagen nicht mehr eintreten. Es muß meiner Ueberzeugung nach auch bei den obersten Beamten, ob sie nun in Reich, Staat, Kommune oder Provinz tätig sind, zum Ausdruck kommen, daß wir ein armes Volk geworden sind, und dies kann meiner Ueberzeugung nach bei denen am stärksten zum Ausdruck kommen, die es am ehesten ertragen können.

Es ist zu bedauern, daß wir versuchen müssen, auch auf kulturellem und sozialem Gebiete Ersparnisse zu machen, daß wir durch die Not der Zeit gezwungen sind, eine Anzahl kulturelle und soziale Aufgaben einzuschränken, wogegen wir sie eigentlich ausbauen müßten. Je stärker wir verarmen, je größere Volksschichten nach unten gedrückt werden und je größer die Zahl derjenigen ist, die von dieser Not und diesem Elend in Mitleidenschaft gezogen werden, desto notwendiger wäre es, die sozialen Einrichtungen in weitestem Maße auszubauen. Aber leider sehen wir, daß wir da mit der Vorkriegszeit nicht Schritt halten können, sondern daß wir tatsächlich, wenn wir es in Goldmark umrechnen, weit hinter der Vorkriegszeit zurückbleiben. Es soll heute über die Schließung der Anstalt Galkhausen besonders beraten werden; ich will deshalb darüber nichts sagen. Aber ganz allgemein gesprochen, möchte ich betonen: Wir würden bedauern, wenn noch mehr derartige Anstalten in der Zukunft geschlossen werden müßten (sehr richtig! rechts), weil tatsächlich zu befürchten ist, daß der Gesundheitszustand unserer Bevölkerung im allgemeinen wesentlich zurückgeht, und wir auf Grund dessen in den nächsten Jahren eigentlich mehr Anstalten haben müßten, um das größte Uebel abwenden zu können. Wenn wir aber aus finanziellen Sorgen und Nöten gezwungen sind, mehrere dieser Anstalten zu schließen, so ist das tief bedauerlich, und wir haben in jedem Einzelfalle eingehend zu prüfen, ob wir es nicht vermeiden können. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Das Weitere kann darüber nachher bei der Erörterung dieser Spezialfrage gesagt werden.

Einige Worte zu dem Rufe des Herrn Oberpräsidenten an alle diejenigen, die dazu in der Lage sind, zu helfen, die heutige Not zu lindern. Da müssen wir sagen: Dieser Ruf wird sehr viel tauben Ohren gepredigt. (Abgeordneter Drlopp: Sehr gut!) Wir haben während des Krieges und nach dem Kriege eine große Anzahl Menschen in Deutschland bekommen, die zu den sogenannten neuen Reichen gehören, die sicherlich sehr leicht an ihren Besitz gekommen sind und deshalb die doppelte Pflicht hätten, nunmehr auch, wo weiteste Volksschichten in größter Not sind, von ihrem Besitz etwas zu opfern. (Abgeordneter Wallraf: Sehr richtig!) Aber in den meisten Fällen predigt man hier, wie gesagt, tauben Ohren. Aus diesem Grunde ist es begreiflich, wenn die sozialdemokratische Partei immer stärker betont, was sie früher immer und immer wieder gesagt hat, daß man mit der Freiwilligkeit nicht weit kommt, sondern daß gesetzliche Zwangsmaßnahmen notwendig sind, um demjenigen, der zuviel hat, zu nehmen und es demjenigen zuzuführen, der zu wenig hat. (Sehr richtig! links.) Ich erinnere da an die Steuergesetzgebung. Ich bin der Meinung, die letzten Verhandlungen im deutschen Reichstage über die Einkommensteuer und im preussischen Landtage über die Grundsteuer haben bewiesen, daß es Tausende und Abertausende von Besitzenden gibt, die immer noch nicht einsehen wollen, in wie großem Elend wir stecken. Aus diesem Grund werden wir auch hier aussprechen müssen, daß die bürgerlichen Mitglieder, soweit sie sich unserer Auffassung anschließen, alles daranzusetzen haben, um auf ihre Fraktionen in Berlin einzuwirken, daß eine solche Steuergesetzgebung, wie man sie in den letzten Wochen betrieben hat, nicht mehr durchführbar ist.

Meine Damen und Herren! Es würde nicht zu verstehen sein, wenn man in einem Parlament der Rheinprovinz, das ja regelmäßig alljährlich einmal, aber in den letzten Jahren, durch die Verhältnisse gezwungen,

alljährlich zweimal zusammengetreten ist, nichts sagen würde über die wichtigste Frage, über die Lebensfrage, über die Schicksalsfrage des rheinischen Volkes, über diejenige Frage, die in den letzten Monaten und Wochen uns alle unstreitig am stärksten bewegt hat: die Rheinlandsfrage. Ich darf wohl sagen: Die fortwährenden Drohungen Frankreichs haben es fertig gebracht, daß sich alle Bevölkerungsschichten und alle Parteien der Rheinlande immer mehr und mehr mit dieser Frage beschäftigt haben und immer stärker auf dem Plan getreten sind, um die Pläne Frankreichs entschieden abzulehnen. (Lebhaftes Bravo!). Darüber sind sich meiner Uebersetzung nach alle Parteien von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten einig. Sollte Frankreich seine Drohpolitik, seine Vergewaltigungspolitik, die mit Demokratie und mit Selbstbestimmungsrecht der Völker auch nicht ein Atom zu tun hat, sondern ein direkter Hohn auf die Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht ist (Zustimmung), nicht lassen, dann — davon bin ich überzeugt — werden die Rheinländer immer stärker in dieser Entrüstung fortschreiten. Man wird lawinenartig dasjenige weitertreiben, was sich in den letzten Wochen im Rheinland gezeigt hat. (Bravo!) Es ist notwendig, dies vor allen Dingen nach außen recht deutlich zu sagen. Ich darf im Namen meiner Parteifreunde hinzufügen, daß in diesem Abwehrkampfe die rheinische Arbeiterschaft Wert darauf legt, in der Zukunft genau so, wie bisher, in erster Linie zu stehen und zu marschieren. (Lauter Beifall.)

Wir werden alles daran setzen, um eine weitere Vergewaltigung der Rheinlande hintanzuhalten und vor allen Dingen eine Zerreißung Deutschlands zu verhindern. Die deutsche Arbeiterschaft und auch die rheinische Arbeiterschaft weiß, daß durch eine Zerreißung Deutschlands die Not und das Elend bei der Arbeiterschaft und bei weiten Volksschichten darüber hinaus sowohl im Westen Deutschlands als auch im übrigen Deutschland immer größer und größer werden müßte. (Zustimmung.) Wir würden es als ein nationales Unglück betrachten, wenn die Pläne Frankreichs verwirklicht werden sollten. (Lautes Bravo!) Wir wenden uns gegen die politischen Maßnahmen sowohl wie auch gegen die wirtschaftlichen Maßnahmen Frankreichs ganz entschieden, und wir werden in dieser Abwehr nicht erlahmen.

Meine Damen und Herren! Ich kann in diesem Zusammenhange leider nicht meinen Vorrednern folgen, die gesagt haben: Das muß die Frage sein, vor der alles andere zurücktritt, und wir wollen keine anderen Fragen in die Debatte werfen, um dadurch nicht die Einigkeit zu stören. Der Kollege Schäfer vom Zentrum hat gesagt, er wolle alle Kleinigkeiten zurückstellen, um keine Uneinigkeit herbeizuführen, und der Kollege Wesenfeld hat erklärt, alle politischen Erörterungen müßten unterbleiben.

Ich bin gezwungen, wenn ich auch auf der einen Seite die Einigkeit in den Rheinlanden als das Allernotwendigste hinstelle, so doch auf der anderen Seite mich an diejenigen zu wenden, die nach unserer Auffassung diese Einigkeit nicht genügend würdigen, und nicht alles tun, um von ihrer Seite diese Einigkeit nicht zu stören. Das Vorgehen der bürgerlichen Parteien in den Personalfragen, die in den letzten Monaten im Rheinlande zu erledigen waren, ist meiner Uebersetzung nach nicht von dem Geiste der Einigkeit getragen gewesen. Dieses Vorgehen hat in unserer Partei eine derartige Mißstimmung hervorgerufen, daß ich keinen Zweifel darüber lassen darf und will, daß meine Parteifreunde, wenn diese Frage in der Zukunft weiter so behandelt wird, wir die Einigkeit im Rheinlande auf das stärkste gefährdet erachten. Bei der Besetzung der wichtigsten Posten in der Rheinprovinz sind in der letzten Zeit die bürgerlichen Parteien am günstigsten weggekommen; ganz besonders ist die Besetzung zu Gunsten einer der bürgerlichen Parteien, des Zentrums, ausgefallen. (Sehr richtig! links.) Eine solche Personalpolitik ist von mir und meinen Freunden auf die Dauer nicht mehr tragbar. Ich will hier kurz darauf hinweisen, daß wir 11 Hauptposten in der Rheinprovinz haben: den Staatssekretär des besetzten Gebietes, den Reichskommissar des besetzten Gebietes, den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, 5 Regierungspräsidenten, den Landeshauptmann, den Vorsitzenden des Provinzialausschusses und ein Reichsratsmitglied. Alles politische Posten. Von diesen 11 hervorragenden Posten in der Rheinprovinz hat nach der neueren Verteilung nicht mehr und nicht weniger als neun allein die Zentrumsfraktion inne. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Nach der Zusammenetzung dieses Hauses würden ihr höchstens 5 derartiger Posten zustehen, denn sie hat nicht die Mehrheit hier im Hause. Die Arbeitsgemeinschaft hat von diesen Posten einen und die Sozialdemokratie auch einen. (Zuruf von den Kommunisten: Die kommunistische Partei hat gar keinen!) Meine Damen und Herren, die Kommunisten haben bisher, soviel ich weiß, keinen Anspruch darauf erhoben, sondern haben sich im Provinzialausschuß unseren Vorschlägen angeschlossen, und ich erkenne an: ihr Vertreter hat nicht allein mit Worten, sondern nachher bei der Abstimmung auch in der Tat für unsere Vorschläge gestimmt. (Bravo! links.) Meine Damen und Herren, wenn die bürgerlichen Parteien in ihrer Mehrheit — ich betone ausdrücklich: „in ihrer Mehrheit“, denn ich weiß, es sind viele darunter, die nicht dieser Meinung sind — glauben, diese Personalpolitik so weiter treiben zu können, so sehen meine Parteifreunde darin eine durchaus ungerechte Behandlung, und sie erklären: Wir können unter keinen Umständen die Linie, die wir bisher gewahrt haben, in Zukunft weiter wahren.

Wir verlangen eine vollständige Gleichberechtigung und Parität (Zustimmung links.) Natürlich kann nicht die eine oder andere politische Partei sagen: der muß den ersten und der den zweiten Posten haben. Darüber läßt sich nur unter Berücksichtigung aller Posten reden. Man muß aber ehrlich darangehen und ehrlich nach der Parteistärke in etwa die politischen Posten verteilen und darf es nicht so machen, daß die eine Richtung alles, und die anderen Richtungen überhaupt nichts bekommen. Verehrte Anwesende, wenn Sie sich nicht zu diesem Grundsatz der ehrlichen Verteilung durchringen können, dann müssen meine Parteifreunde, das als eine Kampfansage betrachten. Sie werden dann gezwungen, den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen, und die Folgen haben Sie zu tragen, nicht wir.

Verehrte Anwesende! Wenn man sich die sozialdemokratische Partei und darüber hinaus auch die kommunistische Partei betrachtet, die unstreitig auch Wähler vertritt, die zur Arbeiterschaft gehören, also den Teil, der links von der Mitte des Hauses sitzt, dann darf man mit Fug und Recht sagen: Dieser Teil der rheinischen Bevölkerung ist nicht mehr ein kleiner Splitter, sondern es ist ein starker Balken. Wird dieser starke Balken in der Hand der Opposition richtig angewandt, wozu Sie unsere Partei treiben, so wird das, davon bin ich überzeugt, in der heutigen schweren Zeit im Rheinlande eine große Gefahr bedeuten. Weil wir uns der Tragweite voll auf bewußt sind, haben wir diesen gefährlichen Balken bisher nicht so gehandhabt, wie es eigentlich im Interesse unserer Partei gelegen hätte. (Sehr richtig! links.) Wir haben nach dieser Richtung hin manchmal unser Parteiinteresse zurückgestellt und im Interesse des Ganzen zurückstellen müssen. Aber, meine Damen und Herren, wir verlangen das auch von den übrigen Parteien, wir verlangen Gleichberechtigung auch in dieser Frage. Die Sozialdemokratie ist bereit mitzuarbeiten, und sie hat bewiesen, daß sie mitarbeiten kann. Wenn wirklich die eine oder die andere Partei oder der eine oder andere Parteivertreter sagen sollte: Da und dort ist ein Mann seitens der Sozialdemokratie in einen Posten hineingekommen, der sich nicht als das erwiesen hat, was man von ihm erhoffte, so erinnere ich daran, daß es im alten Staate derartiger Beamten auch sehr viele gegeben hat (Abgeordneter Bamberger: Sehr richtig!) und daß auch heute noch aus dem alten Staate Beamte vorhanden sind, von denen man das sagen kann. (Sehr richtig! links.) Wenn wirklich hier und da einmal ein Mißgriff vorgekommen sein sollte — soweit ich unterrichtet bin, und ich kenne mich in der Personalpolitik ganz Preußens ziemlich aus, sind nur ganz vereinzelte Mißgriffe zu verzeichnen —, so erinnere ich Sie daran, daß dies zu einem großen Teil, man darf wohl ruhig sagen zu 95%, darauf zurückzuführen ist, daß im früheren Staate die Sozialdemokratie überhaupt zur Mitarbeit nicht zugelassen wurde. Erst gestern habe ich einem Vertreter der Arbeitsgemeinschaft, der behauptete, man habe früher wegen seiner Gesinnung keinen Beamten entlassen, den Nachweis gebracht, daß man sozialdemokratische Postsekretäre auf dem Disziplinarwege aus dem Amte entfernt hat, weil sie den Mut hatten, zu sagen: Wir sind Sozialdemokraten. (Zwischenrufe links.) Ja, so war es sogar bei jedem Nachtwächter und bei jedem Schutzmann. Wenn die Sozialdemokratie in der heutigen Zeit, wo sie eigentlich in den Organisationen der Arbeiterschaft ihre Kräfte selbst notwendig braucht, bereit ist, gute Kräfte an die Verwaltung abzugeben, dann bin ich der Meinung, müssen Sie, wenn Sie gerecht sein wollen, der Sozialdemokratie Gelegenheit geben, dieses zu tun. Wir können uns da nicht mit einigen wenigen Konzessionsschulzen zufrieden geben, wie das manch einer von den bürgerlichen Parteien glaubt. Ich habe das Gefühl — darüber hat sich auch die christliche Arbeiterschaft schon ausgesprochen —, daß bei vielen Mitgliedern der bürgerlichen Parteien eine ausgesprochene Antipathie gegen den Arbeiter in dem Augenblicke besteht, wo er in den Verwaltungsdienst eintreten will oder soll. Das muß beseitigt werden.

Es ist nicht möglich, heute in dieser kurzen Redezeit, besonders, wo ich meinem Nachfolger auch noch etwas überlassen muß, auf alle diese Dinge eingehend einzugehen. Aber ich möchte offen die Warnung aussprechen: So, wie Sie bisher verfahren sind, dürfen Sie nicht weiter verfahren, wenn Sie Wert darauf legen, daß Einigkeit bestehen soll, die heute mehr denn je notwendig ist. (Lebhafter Beifall links.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat der Herr Abgeordneter Lüchem.

Abgeordneter Lüchem: Meine Herren und Damen! Wenn man sich die Ausführungen der Vorredner vor Augen führt, dann kommt einem so recht zum Bewußtsein, daß ein Gespenst durch unsere deutschen Lande geht, das allüberall, wo es herschreitet, blutige Spuren hinterläßt. Allüberall, wo wir hinschauen, können wir feststellen, daß bei uns nicht bloß ein Niedergang, soweit wie die Verfassung der einzelnen Menschen in Betracht kommt, sondern auch ein Niedergang in allen Verwaltungskörpern, die wir in unserem deutschen Vaterlande haben, zu verzeichnen ist. Auch die Provinz hat heute genau wie die übrigen Gemeinden, die schon lange mit Finanznöten zu kämpfen hatten, mit der Finanznot zu kämpfen. Im allgemeinen hat man sich mit der Tatsache abgefunden, daß sich die Provinz in finanziellen Nöten befindet. Man hat sich aber auch allseitig zu der Ansicht durchgerungen, daß es keinen anderen Weg gäbe, als die Fehlbeträge durch Umlage zu decken. Keiner der Vorredner und auch keiner der Redner in den Sachausschüssen hat irgendwie ernsthaft geprüft, ob nun die Kreise, auf die die Fehlbeträge umgelegt werden sollen, in der Lage sind, diese Fehlbeträge aufzubringen.

Die Gemeinden in ihrer Gesamtheit sind durch die Auswirkungen des Krieges derart in finanzielle Schwierigkeiten geraten, daß es ausgeschlossen ist, sie noch in irgendeiner Weise zu belasten. Es ist Ihnen allen bekannt, daß durch die Erzberger'sche Steuerreform den Gemeinden das Rückgrat total zerbrochen worden ist und daß heute die Gemeinden auf Einnahmequellen angewiesen sind, die früher nebensächlicher Art waren. Hinzu kommt, daß das alte Kommunalabgabengesetz noch besteht. Ich will da nur einen Fall herausgreifen, der typisch ist: Eine Gemeinde, die in ihrem Haushaltsplan an ihrem Einkommensteueranteil eine Summe von 1 600 000 Mk. einsetzen konnte, mußte 800 000 Mk. allein an Kreisabgaben bezahlen. Nun soll durch Umlage der Prozentsatz noch um 350 erhöht werden. Es ist etwas Selbstverständliches, daß in den Gemeinden, die sowieso schon schwer genug herangezogen werden, die Beträge, die man aus der Einkommensteuer vereinnahmt, restlos draufgehen; man wird noch nicht einmal damit auskommen. Und wir haben nicht lauter Gemeinden und Gemeindebezirke, wo man mit großen industriellen Anlagen zu rechnen hat. Wir haben auch Gemeinwesen, wo man nur mit kleinen, zwerghaften Betrieben zu rechnen hat. Auf Grund dessen sind die Erträge, die man aus der Gewerbesteuer zieht, minimaler Natur, sie reichen nicht aus. Im allgemeinen ist ja das Aufstellen der Haushaltspläne bloß noch eine Formsache. Alles ist heute in Fluß, und zwar nach der schlimmsten Seite hin. Heute setzt man den Haushaltsplan fest, über 14 Tage oder drei Wochen ist er schon um Millionen überholt. In den Gemeinden kann man das allwöchentlich feststellen, wenn man praktisch dort mittätig ist. Es ist, wenn man ernstlich und objektiv die Sachlage prüft, ausgeschlossen, daß man die Gemeinden weiter derartig belasten kann. Und wenn dies der Fall ist, dann muß man sich doch unbedingt einmal die Frage vorlegen und sich auch hier im Hause einmal darüber unterhalten: Wieso ist es denn möglich, daß man die Gemeinden, die doch das meiste dazu beigetragen haben, daß unser Land technisch und industriell zu dieser Blüte gekommen ist, so total verkommen läßt? Und man läßt sie verkommen. Der Staat versagt den Gemeinden und auch der Provinz gegenüber total, und es ist an der Zeit, daß auf der ganzen Linie die Gemeindeverwaltungen mit den Stadtverordnetenversammlungen und die Provinzialverwaltungen mit den Landtagen zusammentreten und der Reichsregierung einmal zurufen, daß es so wie bisher nicht weiter geht, daß man von ihr verlangt, daß sie bedeutendere Mittel zur Verfügung stellt, damit die Gemeinden wieder in die Lage versetzt werden, eine ordentliche, gesunde, allen Kulturaufgaben gerecht werdende Finanzpolitik zu machen. Da wird man selbstverständlich besonders von bürgerlicher Seite bis weit hinein in die S. P. D. mit dem Einwand kommen: Das Reich selbst hat ja kein Geld; wie kann es da den Gemeinden und Provinzen noch größere Beträge zuführen? Das Reich selbst hat durch seine außenpolitischen Verpflichtungen gar nicht die Möglichkeit, da zu helfen. Man versucht dann stets und ständig den Versailler Friedensvertrag für all die Nöte, die uns umgeben, verantwortlich zu machen. Das ist aber nicht restlos berechtigt. Es wäre dem Reich möglich gewesen, seinen außenpolitischen Verpflichtungen besser als bisher nachzukommen und auch innerpolitisch den Gemeinden und Provinzen mehr zukommen zu lassen, wenn man es verstanden hätte, innerpolitisch eine andere Finanzpolitik zu machen, als man es bisher getan hat. Und der größte Teil dieses Hauses, dessen Vertreter auch in den gesetzgebenden Körperschaften sitzen und an der finanziellen Gebarung in den gesetzgebenden Körperschaften teilgenommen haben, trägt mit Schuld daran. Die Vertreter dieses Hauses sind verpflichtet, in ihren Parteien dafür zu sorgen, daß ihre Fraktionen im Reichstage eine andere Finanzpolitik machen, und zwar dahingehend, daß nicht die minderbemittelte Klasse restlos belastet wird. Man muß vielmehr ganz energische Maßnahmen dahingehend ergreifen, daß auch der Besitz belastet wird, und da hat man total versagt. Wir haben auf allen Gebieten mit einer ungesunden Preisgebarung zu rechnen, und diese ungesunde Preisgebarung bringt es mit sich, daß die Haushaltspläne der Gemeinden und der Provinzialverwaltungen über den Haufen geworfen werden, denn diese ungesunden Preisgebarungen bedingen es von selbst, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger versuchen müssen, entsprechend ihre Bezüge zu steigern. Diese Tatsache an und für sich bringt schon unsere ganze Finanzgebarung in Unordnung. Da muß man sich die Frage vorlegen: Wäre es, wenn man auf finanzpolitischem Gebiete konsequent gewesen wäre, nicht möglich gewesen, Wege zu gehen, die uns in den Stand versetzten, allen Aufgaben gerecht zu werden? Diese Frage muß bejaht werden. Die ungesunde Preisgebarung, die wir zu verzeichnen haben, ist darauf zurückzuführen, daß man auf der ganzen Linie seit Bestehen der Wiederaufbaupolitik krampfhaft an der Individualwirtschaft festgehalten und es rundweg abgelehnt hat, irgendwie die Gemeinwirtschaft von Staatswegen zu vollziehen. Nein, man geht sogar dazu über und versucht, große Betriebsanlagen, die gemeinwirtschaftlich betrieben werden, wieder der Individualwirtschaft zuzuführen. Anstatt eines Fortschritts ein Rückschritt! Es wäre, wenn man dem Wucher die Wurzeln entziehen wollte, unbedingt notwendig gewesen, die Schlüsselindustrien von Staatswegen den einzelnen Individuen aus der Hand zu nehmen und sie gemeinwirtschaftlich durch den Staat betreiben zu lassen. Man hätte auf diese Art und Weise den Egoismus bei der Urproduktion ausgeschaltet, worauf sich die gesamte andere Wirtschaft aufbaut. Man hat es unterlassen. Die Sozialisierungsidee, die im Anfange einen breiten Raum einnahm, hat man allmählich in der Versenkung verschwinden lassen und hat letzten Endes die einzelnen Industriellen schalten und walten lassen, wie sie wollten,

und es ist heute soweit gediehen, daß eine kleine Gruppe von Industriellen — das gilt vor allen Dingen für den Westen — das ganze volkswirtschaftliche Leben an der Strippe hat und auf Grund dessen die ganze Volksgemeinschaft ausplündert bis zum äußersten. Es muß einmal offen ausgesprochen werden, daß diese Herrschaften ihr egoistisches Interesse in so rücksichtsloser Weise in den Vordergrund stellen, daß sie großen Gemeindeverwaltungen einfach durch ihre wirtschaftliche Macht den Todesstoß versetzen. Ich verweise nur auf das R. W. G., welches hier in nächster Nähe ist, auf die Urproduktion und die Kohle. Die Herren Zechenbarone verlangen, sobald die Arbeiterschaft eine 50prozentige Lohnerhöhung bekommt, daß die Kohlenpreise um 100—200% gesteigert werden. Die Besitzer der Kohlengruben sind auch die Besitzer der Hüttenwerke. Dann kommen die Herrschaften und begründen die Steigerung ihrer Erzeugnisse aus den Hüttenwerken mit der Tatsache, daß die Kohlenpreise gestiegen sind. Nebenher sind sie die Besitzer der Ferngasversorgung. Dann kommen sie und erhöhen den Ferngaspreis mit der Motivierung: Die Kohlenpreise sind gestiegen. Ferner sind sie die Erzeuger der elektrischen Energie. Auch diese wird mit der Motivierung im Preise gesteigert: Die Kohlenpreise sind in die Höhe gegangen; wir stehen vor der Tatsache, es muß geschehen, und der Reichswirtschaftsrat ist ihnen gefügig. Diese Clique beherrscht nicht nur die Produktionsanlagen, sondern, gestützt auf die wichtigsten Produktionsanlagen des Staates, beherrscht sie den Staat als solchen, und der Staat als solcher ist bloß ein Herrschaftsinstrument dieser besitzenden Gesellschaft, die über den Nerv der Wirtschaft verfügt. Da müßte man unbedingt eingreifen, diese wichtigen Schlüsselindustrien der Individualwirtschaft entziehen und sie der Gesamtheit zuführen. Dann wäre der Wucher, den wir heute in so krasser Form vor uns haben, nicht zu verzeichnen, und auch der Preisgebarung in dieser ungesunden Weise wäre die Grundlage zum größten Teil entzogen, denn auf diesen Tatsachen baut sich die ganze Preisgebarung der übrigen Bedarfsgegenstände auf.

Nebenher hat das Reich in seiner Steuererhebung das Äußerste getan, um den Besitz zu schonen, und fast reiflos nur die Minderbemittelten herangezogen.

Nicht bloß wir erheben diese Forderungen, sondern auch die A. D. B. G. und der Gewerkschaftskongress, der über 8 Millionen Arbeiter umfaßt, haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Sachwertfassung vor wie nach von ihnen zu propagieren und an dieser Forderung festzuhalten ist. Durch die Erfassung der Sachwerte wären, selbst wenn man nur bis zu 30% gegangen wäre, dem Reich Mittel zugeflossen, wodurch es in die Lage versetzt worden wäre, seinen außenpolitischen Verpflichtungen rechtzeitig nachzukommen, und es hätte auf der anderen Seite durch die Steuereinnahmequellen, die es sich verschafft hätte, Gelegenheit gehabt, den übrigen Aufgaben im Lande selbst gerecht zu werden. Aber auch hier wagt man es nicht von der gesetzgebenden Versammlung, sich irgendwie Eingriffe zu gestatten; man lehnt dies rundweg ab.

Wir, die wir hier als Fraktion der kommunistischen Partei im Provinziallandtage tätig sind, können nicht für die Provinzialumlage stimmen, und zwar aus dem Grunde, weil die Kreise, auf welche diese Umlage umgelegt werden soll, am erstickten sind; sie sind nicht in der Lage, diese Summen aufzubringen. Hinzu kommt noch, daß die Regierung den Gemeinden die größten Schwierigkeiten bei Aufstellung ihrer Haushaltspläne macht. Die Regierung berücksichtigt auch nicht im entferntesten die großen Schwierigkeiten, mit denen die einzelnen Gemeindeverwaltungen zu kämpfen haben; sie hält krampfhaft an ihren einmal festgelegten Dogmen fest und gestattet nicht, daß da irgendwie eine Grenze überschritten wird. Dadurch sind die Gemeinden in eine derartige Notlage geraten, daß es unverantwortlich wäre, ihnen noch etwas aufzubürden. Besonders heute befinden sich die Gemeinden in ihrer Gesamtheit in einer Krise. Wir möchten davor warnen, sie in einer derartigen Weise zu belasten. Wir hätten erwartet, daß der Provinzialausschuß sich einmal die Frage vorgelegt hätte, ob es nicht angängig wäre, den Fehlbetrag ebenso gut auf Anleihe zu nehmen, wie man das Kleinpflaster, das man plant, durch eine Anleihe decken will. Die Gemeinden sind verschuldet; sie haben alle Möglichkeiten, Anleihen herein zu bekommen, erschöpft. Die Provinz ist von diesem Uebel bisher noch verschont geblieben. Da, meine ich, wäre es angebracht, einmal die Frage zu prüfen, ob nicht auch die Provinz in der heutigen schweren Krise, die wir, gemeindlich genommen, alle schon durchmachen, den Weg beschreiten soll, daß man einstweilen wenigstens die Gemeinden mit diesen Abgaben verschont.

Wir können auf Grund dieser Darlegungen nicht für die Umlage stimmen; wir lehnen sie reiflos ab. Es ist nicht unsere Absicht, daß hier der Provinziallandtag, wie das der Vertreter der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ausführte, für uns Kommunisten die Kastanien aus dem Feuer holt. Seien sie versichert, wir haben bewiesen, daß wir persönlichen Mut genug besitzen, um die Kastanien, die zu holen sind, selbst aus dem Feuer zu holen. Wir lehnen jedwede Unterstützung von bürgerlicher Seite rundweg ab, wenn es sich darum handelt, irgend etwas aus dem Feuer zu holen. Wir lehnen es auch ab, den Boden zu beschreiten, den der Vertreter der B. S. P. D. beschreitet, indem er Euch überreden will, davon Abstand zu nehmen, Euer Klasseninteresse so wahrzunehmen, wie Ihr es tut. Wir sind davon überzeugt, daß die Vertreter des Bürgertums, und wenn man mit Engelszungen redet, von den Vorrechten, über die sie auf Grund ihres Besitzes verfügen, kein Zota abgeben. Noch nie hat eine herrschende Klasse, soweit die Geschichte reicht, freiwillig auf ihre Vor-

rechte verzichtet, sondern sie sind ihr nur durch den schärfsten Klassenkampf abgerungen worden. Wir legen uns keineswegs darauf, irgendetwas zu erbetteln, sondern wir verlangen von der Arbeiterschaft, daß sie eine geschlossene Kampffront herstellt, deren ganze Stoßkraft auf die bürgerliche Gesellschaft gerichtet ist und sie niederringt, und an ihrer Stelle die sozialistische Wirtschaft aufbaut. Es sind Machtfragen, um die es sich hier handelt. Durch Ueberredung bringt man keine Vertreter der bürgerlichen Gesellschaftsordnung von ihrem Standpunkte ab; sie halten alle ihre Positionen fest, sie verteidigen sie mit Nägeln und Klauen, und es wäre zu wünschen, daß die Vertreter der Arbeiter in den Parlamenten auch alle ihre Positionen so mit Nägeln und Klauen verteidigten und sich nicht soviel mit dem Bürgertum einließen, das es versteht, vornehmlich sein egoistisches Interesse wahrzunehmen.

Das ist eine Sprache, die man hier seit der Zeit, daß der Provinziallandtag besteht, nicht gewöhnt ist. Wir sind uns auch darüber im Klaren, daß derartige Ausführungen, die sich in der Auffassung so wesentlich von der Ihren unterscheiden, bei Ihnen nicht das Verständnis finden wie bei den Angehörigen der arbeitenden Klasse. Wir nehmen es auch keinem persönlich übel, wenn er andere Anschauungen hat. Aber wir verteidigen und vertreten unsere Ansichten konsequent und stehen Fuß bei Mal; kein Atom nach rechts oder links abweichend, nehmen wir das proletarische Interesse wahr, und es ist proletarisches Interesse wahrgenommen, wenn wir es ablehnen, die Gemeinden, die sehr viele kulturelle Aufgaben, soweit die Arbeiterschaft in Frage kommt, zu erfüllen haben, noch weiter zu belasten. Wir lehnen also die Umlage ab. (Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Farres: Meine Damen und Herren! Es sind jetzt sämtliche Fraktionen in der ersten Rednerreihe zu Worte gekommen. Zum Wort gemeldet sind noch die Herren Koch und Schröder von der kommunistischen Partei. Ich weiß nicht, wer sich sonst noch zum Worte meldet; davon würde ich es abhängig machen, ob wir jetzt eine Pause eintreten lassen oder nicht. — Herr Eberle meldet sich noch zum Wort. Vom Zentrum ist noch Herr Wönnig zum Worte gemeldet. Dann würden also noch die Herren Wönnig, Eberle, Koch und Schröder zu Worte kommen. In dieser Reihenfolge würde ich, wenn Sie damit einverstanden sind, das Wort erteilen.

Unter diesen Umständen halte ich es für richtig, daß wir jetzt eine kleine Pause eintreten lassen. Wenn Sie damit einverstanden sind, möchte ich vorschlagen, daß wir eine halbstündige Pause einlegen oder, wenn die Fraktionen noch zusammentreten wollen, eine dreiviertelstündige. — Es werden drei Viertelstunden gewünscht. Wir würden also um $\frac{1}{2}$ 3 Uhr fortfahren.

(Schluß 1 Uhr 45 Minuten.)

(Wiederbeginn 2 Uhr 45 Minuten.)

Vorsitzender Dr. Farres: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Wönnig.

Abgeordneter Wönnig: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Kollegen Haas aus Köln veranlassen mich zu einer kurzen Antwort.

Er sprach davon, wie wünschenswert es wäre, daß im Rheinland unter allen Umständen in der jetzigen Zeit die Einheitsfront hergestellt werde, und er beklagte sich dann gleichzeitig darüber, daß diese Einheitsfront einem scharfen Druck durch die Personalpolitik in der Rheinprovinz und insbesondere durch das Benehmen der Zentrumspartei unterliege. (Sehr richtig! links.) Er führte aus, daß hier 11 Posten in der Rheinprovinz zu betrachten seien. Er nannte zunächst den Posten des Staatssekretärs. Er ist vom Zentrum aus besetzt worden, und insofern mögen seine Ausführungen richtig sein. Der Reichskommissar für das besetzte Gebiet ist als Zentrumsmann nicht auf den Posten gekommen; da waren andere Gründe maßgebend. Er gehört meines Wissens auch nicht zur Zentrumspartei und scheidet aus.

Er ist dann auf den Oberpräsidentenposten gekommen. Meine Damen und Herren, ich glaube, die gehobenen Posten in der Provinz müssen doch in einem weiteren Rahmen betrachtet werden, nicht allein innerhalb der Provinz in Verbindung mit den übrigen Posten, die in der Provinz zu besetzen sind. Die Sozialdemokratie hat in Preußen 4 Oberpräsidentenposten besetzt. (Hört! Hört! im Zentrum.) Das Zentrum hat 2 Oberpräsidentenposten und den vor kurzer Zeit noch hinzugekommenen in der kleinen übriggebliebenen Provinz Schlesien. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, daß das Zentrum dabei zu stark bedacht worden sei. Wenn er die Rheinprovinz insbesondere in Betracht zieht, so möchte ich sagen, daß von den 3 Provinzen die Rheinprovinz doch in erster Linie nur in Betracht kommen kann; in der Rheinprovinz, meine ich, könnte das Zentrum am allerwenigsten auf diesen Posten verzichten. Im übrigen habe ich niemals gehört, daß die Vertreter der sozialdemokratischen Partei bei Besetzung dieses Postens Widerspruch erhoben hätten.

Ebenso liegt es wohl auch beim Landeshauptmann. Auch die Landeshauptmannfrage hängt doch mit der großen Frage der Besetzung der Posten in Preußen zusammen. Ich glaube, hier war die Frage ebenso zu lösen, wie die Frage des Oberpräsidenten. Im übrigen hatten auch hier die Vertreter der Sozialdemokratie zugestimmt.

Es bleiben dann noch die 5 Regierungspräsidentenstellen, von denen wir 3 haben. Von einem Posten haben wir erklärt, daß er den anderen Parteien, der Volkspartei, zugute kommen würde. Bezüglich der 3 Posten des Zentrums ist das eine doch zu sagen, daß im Landtage z. B. von den 159 Abgeordneten 84 zum Bezirk Düsseldorf gehören und daß der Düsseldorfer Bezirk durch einen Regierungspräsidenten aus dem Lager der sozialdemokratischen Partei vertreten wird. (Sehr richtig! im Zentrum.) Also der übergroße Teil der Rheinprovinz wird von dem hiesigen Regierungspräsidenten regiert. Man kann nicht sagen, wie Herr Haas und seine Zeitung es tun, daß die Posten nicht nach den Einwohnern zu verteilen seien. Ich glaube, es ist umgekehrt richtig. Ebenso viel Einwohner stehen unter der Regierung des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten wie unter den Regierungspräsidenten, die dem Zentrum angehören. Also irgendeine Uebervorteilung des Zentrums kann nach der Richtung in keiner Weise gesehen werden. (Abgeordneter Haas: Das ist richtig, eine Uebervorteilung des Zentrums nicht, aber der Sozialdemokratie! Heiterkeit.) Ich habe mich versprochen; ich wollte sagen: Die Sozialdemokraten können nicht darüber klagen, daß sie zu schlecht fortgekommen seien, und daß das Zentrum zu viele Stellen habe.

Es bleibt übrig der Posten des Vorsitzenden des Provinzialausschusses und des Reichsratsmitgliedes. Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, was ich dazu sagen soll. (Abgeordneter Dr. Kaiser: Wir auch nicht!) Wenn Sie nichts dazu zu sagen haben, Herr Dr. Kaiser, so muß ich Ihnen sagen, wie Sie es begründen sollen. Ich weiß nicht, was ich dazu sagen soll, daß gerade der Herr Haas und seine Freunde sich hierüber beschweren. Sie haben doch hier bei der Auswahl zugestimmt. Ich glaube, daß Sie bis heute noch keine Gelegenheit gehabt haben, Ihr Votum zu bedauern.

Wenn Sie diese Posten aus diesem Gesichtspunkte betrachten, dann glaube ich, daß Sie an keiner Stelle sagen können, daß das Zentrum schuld daran sei, daß die Einigkeit durch seine Personalpolitik gestört worden ist. Wenn Sie insbesondere die höheren Posten betrachten, so werden Sie doch auch berücksichtigen müssen, daß Sie in den Ministerien besonders gut bedacht sind.

Wenn Herr Haas zum Schluß noch sagt, auch die christlichen Arbeiter hätten die Empfindung, daß man einem Arbeiter, auch wenn er aus dem christlichen Lager käme, nicht mit der Objektivität entgegenkäme, wie es wünschenswert sei, so verstehe ich die Bemerkung nicht. (Abgeordneter Gerlach: Ach!) Das Zentrum hat nur zwei Ministerposten. Von diesen beiden Ministerposten ist der eine immer mit einem Vertreter aus dem Lager der christlichen Gewerkschaften besetzt gewesen. Der heutige Minister Hirtfelder gehört auch diesen Kreisen an. Und wenn Sie die nächsthöheren Posten annehmen, die Oberpräsidenten, so ist auch aus diesem Lager der Oberpräsidentenposten in Westfalen besetzt. Also von 2 Posten ist auch einer aus diesem Lager besetzt. Wenn von den höchsten Stellen aus diesem Lager je die Hälfte besetzt wird, so glaube ich, daß aus diesen Kreisen Klagen nicht laut werden. Mir ist das bisher in der Form auch nicht bekannt gewesen. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Es steht in der Arbeiterzeitung vom 16. Dezember!) Im übrigen glaube ich, Herr Haas, daß die Herren sich selbst genügend wehren können und daß sie auch in unseren Kreisen die Wünsche und Beschwerden vorbringen werden, wenn sie solche haben.

Aber wir unterscheiden uns da von den Vertretern der Sozialdemokratie ganz gewaltig. In der früheren Zeit hat das Zentrum häufig Grund gehabt, darüber zu klagen, daß nicht genügend Posten mit seinen Leuten besetzt wurden. Wir haben aber im Laufe der Zeit Wert darauf gelegt, immer die geeigneten Sachleute anzubieten. Es ist uns in der heutigen Zeit gelungen, daß wir auch mit den Herren, die im Fach vorbereitet waren, Ministerposten haben besetzen können, nicht mehr, als wir aus Gründen der Parität und auf der Basis der Parität für uns zu beanspruchen haben.

Aber, meine Damen und Herren, wir unterscheiden uns da auch noch wesentlich von den Ausführungen, die der Herr Kollege Haas gemacht hat. Er hat gesagt: In der heutigen Zeit muß alles geschehen, um die Einheitsfront besonders in den Rheinlanden hochzuhalten. Wir vom Zentrum haben früher selbst, wenn wir geglaubt hatten, daß wir nicht ganz richtig paritätisch behandelt worden seien und wenn wir auch sonst noch Schmerzen zu haben glaubten, uns niemals von den Regierungsgeschäften zurückgezogen und immer im Staatsinteresse unsere Hilfe angeboten bis in die allerjüngste Zeit hinein. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich möchte auch heute sagen: Wenn es auch heute umgekehrt bei uns wäre, uns wäre der eine Grundsatz doch der höchste, daß wir gerade in der heutigen Zeit alles täten, um unsere Einheitsfront hochzuhalten und sie durch keine Mittel stören zu lassen.

Ich möchte auch die Herren bitten, daß sie ihre Wünsche nicht in der Art und Weise vorbringen, wie Herr Haas es getan hat. (Sehr gut! rechts.) Es ist wohl nicht möglich, daß man in ganz kurzer Zeit plötzlich diese Stellen nach den Wünschen besetzt; dazu gehört doch noch vieles andere; es müssen sachliche und andere Voraussetzungen vorhanden sein, das läßt sich nicht in sechs Wochen erledigen.

Das Zentrum hat stets auf dem Standpunkt gestanden, daß die einzelnen politisch zu besetzenden Stellen selbstverständlich auf der Grundlage einer allgemeinen Parität besetzt werden müssen, und ich glaube, die Herren von der Sozialdemokratie können sich darüber beim Zentrum nicht beklagen. Wenn wir anscheinend

heute mehr Stellen besetzt haben, so ist es auch in Wirklichkeit nur anscheinend. Denn in manchen Verwaltungen sitzen doch außerordentlich wenig Zentrumsleute, es sind noch alles Herren ganz anderer Richtung. Wenn es uns in der letzten Zeit gelungen ist, an einigen Posten uns durchzusetzen, so ist es noch lange nicht richtig, wenn die Sozialdemokratie sagt, wir würden zu stark berücksichtigt. Im Gegenteil, wenn einmal die Statistik im ganzen aufgestellt worden wäre, dann würde auch Herr Haas zu ganz anderen Resultaten kommen; er könnte zu den 11 Posten, die er nun einmal herausgreift, viele andere hinzufügen. Ich glaube, Herr Haas, wenn Sie sich das einmal ruhig überlegen, werden Sie zu ganz anderen Resultaten kommen.

Wenn übrigens sachliche Wünsche vorgebracht werden, dann, glaube ich, werden wir im ganzen Hause uns alle auf dem einen Boden finden, daß wir alle Posten in Frieden und Eintracht unter den verschiedenen Parteien besetzen können. Dadurch darf unter keinen Umständen in der heutigen Zeit die Einheitsfront gestört werden. Ich möchte das wiederum betonen: Seien wir auch in dieser Frage einig! Ich bitte Sie dringend, aus diesen kleinen Verstimmungen — ich nenne sie klein in der heutigen Zeit — doch die große Einheitsfront nicht stören zu lassen. Es steht für uns alle viel mehr auf dem Spiele, als der einzelne wohl ahnt. Nur das Zusammenhalten aller Kreise kann uns über diese Zeit hinwegbringen. Wir wollen uns nicht stören lassen dadurch, daß die Wünsche des einen oder anderen in der Beziehung nicht erfüllt werden. (Beifall beim Zentrum.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Eberle.

Abgeordneter Eberle: Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Lüchem hat seine Ausführungen damit geschlossen, daß er erklärte, die Kommunistische Fraktion lehne die Nachtragsumlage rundweg ab. Er hat diese Ablehnung damit begründet, daß durch diese Umlage die Gemeinden außerordentlich schwer belastet würden und durch die Gemeinden rückwirkend wieder die große Masse der arbeitenden Bevölkerung. An sich ist das richtig. Die Gemeinden werden natürlicherweise durch die Provinzialumlage, besonders, wenn sie so hoch ist, wie sie jetzt beschlossen werden muß, ganz erheblich belastet, und die Gemeinden müssen dann sehen, wie sie die Mittel aufbringen können, die zur Deckung der Provinzialumlage erforderlich sind. Aber Herr Kollege Lüchem hätte doch dabei noch folgendes beachten müssen:

Die Provinzialverwaltung ist nicht in der Lage, aus sich heraus besondere Steuern einführen zu können. Die Provinzialverwaltung ist also an der Art der Aufbringung der Mittel für die Durchführung der Verwaltung in der Provinz unschuldig. Das beruht ja bekanntlich — das weiß Herr Kollege Lüchem — auf bestimmten Gesetzen, die abzuändern nicht in unserer Macht liegt; dazu sind andere Faktoren berufen. Es fragt sich übrigens auch, ob es zweckmäßig ist, der Provinz auch noch ein besonderes Steuerrecht einzuräumen. Wie die Dinge heute liegen, glaube ich, müßte die Frage, ob die Provinz noch ein besonderes Steuerrecht erhalten soll, verneint werden. Weiter ist zu beachten, daß die Ausgaben der Provinz einmal in der Besoldung der erforderlichen Beamten bestehen und dann in der Hauptsache wohl zur Bestreitung der Ausgaben dienen, die für die sozialen Aufgaben, die die Provinz zu erfüllen hat, erforderlich sind. Das ist doch sicherlich auch dem Herrn Kollegen Lüchem bekannt, ebenso wohl den übrigen Kollegen von der Kommunistischen Fraktion.

Unter den Anträgen, die die Kommunisten eingereicht haben, befinden sich, glaube ich, auch Anträge, die sich auf Besserstellung der Beamten beziehen. Ein Antrag fordert sogar 100 Millionen zu Unterstützungszwecken für die Beamten. (Abgeordneter Knab: 10 Millionen!) Dabei kommt man bei den Kommunisten zu dem sonderbaren Schluß: Ablehnung der ganzen Umlage. Ich meine, so kann doch die Sache nicht aufgefaßt werden. Wenn wir der Auffassung sind, daß die Provinzialverwaltung und damit die Lösung der ihr gestellten Aufgaben durchgeführt werden muß, dann muß man ihr auch die Mittel an die Hand geben, das tun zu können. Will man das nicht, dann dürfen nach meiner Meinung auch solche weitgehenden Anträge nicht gestellt werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, Sie verwechseln den Provinziallandtag vielleicht mit dem Landtag oder dem Reichstag. Dort liegt die Sache wesentlich anders; dort hat die Ablehnung des Stats und damit auch der Umlage eine politische Bedeutung. Soviel dazu.

Wir von der Sozialdemokratischen Fraktion sind zu dem Entschluß gekommen, der Umlage, wie sie hier vorliegt, zuzustimmen. Auch die Art der Umlage hat unsere Zustimmung gefunden. Ja, ich kann sagen, daß in unserer Fraktion von vornherein der Standpunkt vertreten worden ist, daß möglichst ein gerechterer Verteilungsmaßstab für die Umlage gefunden werden muß, ohne Rücksicht auf die Interessen irgendeiner Gemeinde, sondern lediglich nach der Gerechtigkeit und der Billigkeit. Und die Rücksicht auf die Gerechtigkeit und Billigkeit ist bei dem heutigen Verfahren nicht in dem Umfange geübt worden, wie es wünschenswert und notwendig ist.

Im übrigen — das möchte ich dem Herrn Kollegen Lüchem noch sagen — ist ja an sich die Belastung der Gemeinden durch die Provinzialumlage im Verhältnis zu dem sonstigen Aufkommen der Gemeinde gering. Es kann wohl nicht gut stimmen, daß das ganze Aufkommen an Einkommensteuer, das irgendeiner Gemeinde vom Staat überwiesen wird, bei der Bezahlung der Provinzialumlagen draufgeht. Das kann schon deshalb nicht stimmen, weil ja das Aufkommen an Einkommensteuer ein Maßstab der Verteilung sein soll. Hat eine Gemeinde ein verhältnismäßig geringes Aufkommen an Einkommensteuer, dann wird auch der Anteil an der

Provinzialumlage entsprechend gering sein. Es ist also ganz undenkbar, daß die Provinzialumlage die ganze Einnahme aus der Reichseinkommensteuer hinwegnimmt.

Wir haben nun durch den Verteilungsmaßstab, wie er vom Sachausschuß I Ihnen zur Annahme vorgeschlagen ist, einmal die Möglichkeit, die Umlage, wie wir sie im vorigen Jahre beschlossen haben, etwas gerechter umzulegen, und dann haben wir weiter die Möglichkeit — das halte ich von großem Wert —, im Laufe des nächsten Jahres über die endgültige Verteilung der Umlage für das Jahr 1921 zu bestimmen. Wir werden durch den jetzt vorgeschlagenen Verteilungsmaßstab sicherere Unterlagen haben. Der jetzige Verteilungsmaßstab lediglich nach der Realsteuer ist wohl nicht aufrecht zu erhalten, schon aus dem einfachen Grunde, weil die Umlage nach der Realsteuer sich nicht aus dem jeweiligen Aufkommen an Realsteuer, sondern aus dem staatlich festgestellten Steuerveranlagungsoll ergibt, und das ist natürlich außerordentlich verschieden, ein schwankender Begriff. Als Einnahme kommt dieses Einkommensteueroll für einen großen Teil der Gemeinden überhaupt nicht in Frage, weil ja besondere Gewerbesteuerordnungen in den meisten preussischen Gemeinden eingeführt sind. Aber die Verteilung nach der Einkommensteuer soll nicht nach dem Veranlagungsoll erfolgen, sondern nach dem tatsächlichen Aufkommen oder nach dem tatsächlichen Ertrag der Einkommensteuer in jeder einzelnen Gemeinde. Damit bekommen wir nach unserer Auffassung einen gerechteren Ausgleich. Wir werden also für den Antrag des Sachausschusses I reiflos stimmen.

Es sind nun bei der Forderung der 800 Millionen für die Herstellung von Kleinpflaster die verschiedensten Wünsche und Anträge eingereicht worden, die von Mitgliedern des Hauses dem Provinzialausschuß zur Erwägung anheimgelassen worden sind. Ich möchte bitten, daß der Herr Landeshauptmann auch alle sonstigen Wünsche, die sich auf diesen Punkt beziehen und die bei der Provinzialverwaltung wohl auch von anderer Seite eingegangen sein werden, bei der Beratung dieses Gegenstandes im Provinzialausschuß mit vorlegt (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!), sodaß dann auch über diese Wünsche mit verhandelt und beschlossen werden kann. Besonders weise ich da auf eine Eingabe des Bürgermeisters von Kettwig an der Ruhr hin, der sich besonders für seinen Bezirk, der auch außerordentlich unter dem Kraftwagenverkehr leidet, einsetzt.

Nun, meine Herren, zum Schluß etwas über das Kapitel, das zuletzt von Herrn Kollegen Münnig noch erörtert worden ist.

Herr Kollege Münnig hat geglaubt, die ganze Angelegenheit auf eine arithmetische Formel bringen zu können. Aber gerade hier finden wir eine außerordentliche Schwäche. Er hat auf die Besetzung der Ministerien in Preußen hingewiesen. Er hat aber dabei vergessen, anzugeben, in welchem Verhältnis die Zahl der Zentrumsabgeordneten zu den Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei steht. Die Sozialdemokraten haben 147 Abgeordnete, das Zentrum 81. Ich glaube also, daß hier doch wohl eine besondere Bevorzugung der Sozialdemokratie nicht in Frage kommt.

Uebrigens, glaube ich, hat die Besetzung der Ministerposten bei dieser Frage auszuschalten. Das sind wechselnde Situationen, mit denen gar nicht gerechnet werden kann (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!) Heute sind es soviel Minister von der einen Partei und soviel von der anderen; sie vergehen manchmal wie die Blumen auf dem Felde; am nächsten Tage sind sie nicht mehr vorhanden, und es ist eine andere Konstellation, eine andere Zusammensetzung da. (Weiterkeit. Abgeordneter Wallraf: Sehr richtig!) Gerade die Besetzung der Ministerposten hat damit nichts zu tun. Wir wollen uns an die Tatsache halten, daß die Zentrumsparlei in der Tat — und das hat auch Herr Kollege Münnig nicht bestritten — in der Rheinprovinz, und damit haben wir es jetzt zu tun (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!), in einer Weise die ersten und maßgebenden Stellen für sich mit Beschlag belegt und besetzt hat, wie es auf die Dauer doch nicht gut mehr tragbar ist. (Zustimmung links.) Meine Herren von der Zentrumsparlei, wenn Sie sich in der Situation befänden, in der wir uns befinden, dann würden Sie sicherlich unseren Standpunkt begreifen. Meine Herren von der Zentrumsparlei, vergessen Sie nicht, was man früher an Ihnen gesündigt hat (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!) Ich habe das früher schon betont: Ich gebe ohne weiteres zu, daß an der Zentrumsparlei manches gutzumachen ist auf diesem Gebiete. Aber überspannen Sie den Bogen nicht! (Abgeordneter Haas: Sehr gut!) Besonders mache ich Sie darauf aufmerksam, daß die Art und Weise, wie das manchmal geschieht, Erbitterung in unserer Partei auslösen muß. (Abgeordneter Bamberger: Sehr richtig!) Ich brauche nur den Namen Koblenz zu nennen, ohne näher darauf einzugehen. Die Art und Weise, wie dieser Fall erledigt worden ist, ist so verlegend, daß dies auf die Dauer nicht gut zu ertragen ist. Ich meine, Sie müssen doch schon etwas Einkehr bei sich halten und dürfen nun nicht so leicht umlernen. Die Allüren, die die anderen früher gegen Sie geübt haben, dürfen Sie sich nicht aneignen, wenn Sie wünschen, daß die fogen. Einheitsfront auch im Rheinlande nicht gestört wird. Was da manchmal geschehen ist, ist wirklich die Grenze des Zulässigen und des Ertragbaren gewesen. Wir Sozialdemokraten haben doch gewiß mehr als einmal bewiesen, daß wir, wenn es gilt, die allgemeinen deutschen Interessen zu wahren, unsere Parteiinteressen zurückstellen (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!). Das kann nicht bestritten werden und ist auch von allen denen

anerkannt worden, die ehrlich die Dinge beurteilen. Wollten Sie aber nun auf einmal daraus den Schluß ziehen, daß man uns schließlich alles zumuten könnte, so würden Sie sicherlich zu einem Trugschluß kommen. Wir sind entschlossen und bereit, nach wie vor unsere bisherige Haltung in der Rheinlandfrage beizubehalten, aber nicht mehr, wenn es so weitergeht, die Einheitsfront. Es ist gar keine Rede davon, daß unsere Stellungnahme zur Rheinlandfrage davon abhängig gemacht werden könnte, wie sich die Zentrumspartei uns gegenüber stellt (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!) Wir denken nicht daran. Uns ist die Zugehörigkeit zum deutschen Reich ebenso sehr eine Herzens- und Gewissenssache wie den übrigen Parteien. (Lebhafte Bravo! rechts.) Wir lassen uns da durch irgendwelche kleinliche Rücksichten nicht beirren.

Ich will Ihnen nur noch ein kleines sagen. Ich besonders habe alle Ursache, diese Stellung einzunehmen, weil ich gerade es manchmal besonders hart empfinden muß, daß meine Heimat im Saargebiet liegt und daß man, um dorthin zu reisen, jedesmal die Genehmigung der Polizeidirektion in Saarbrücken einholen muß. Das sind natürlich Zustände, die jeden einzelnen, der davon betroffen wird, außerordentlich stark persönlich berühren. Diese Dinge, die den einzelnen berühren, finden aber ihren Rückschlag in dem allgemeinen Empfinden des Rheinländers, wenn er sehen muß, wie seine Heimat unter dem Druck der Besatzung zu leiden und zu seufzen hat. Deshalb werden die Sozialdemokraten, ganz gleich, wie die anderen Parteien zur Rheinlandfrage stehen, unerschütterlich und mit allem Nachdruck an dem Grundsatz festhalten, mit aller Macht sich dagegen zu stemmen, wenn es sich darum handeln sollte, irgendein Stück Land vom deutschen Mutterboden abzutreten. (Lebhafte Bravo!) Das haben wir zu jeder Zeit bewiesen, und das werden wir auch in aller Zukunft beweisen. (Lauter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Koch-Kemscheid.

Abgeordneter Koch: Meine Damen und Herren! Einige Worte zur Deckungsfrage.

Zunächst habe ich dem Kollegen Eberle zu erwidern, daß die kommunistische Fraktion nicht etwa deshalb gegen die Vorlage stimmt, weil sie für die Provinz ein besonderes Steuerrecht haben will. Nein, keineswegs! Wir wollen die Steuerfrage nicht noch mehr zerplitttern. Wir wollen, daß das Reich mehr zu den Kosten beiträgt, als es heute der Fall ist. Es geht der Provinz gerade wie den übrigen Selbstverwaltungs-körpern, den Gemeinden: Das Reich lastet ihnen einerseits immer neue Aufgaben auf und nimmt ihnen anderseits vollständig die Einnahmen. Wir haben ja aus den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns gehört, daß noch im Jahre 1898 das Reich 55,5% der Ausgaben der Provinz vollständig deckte, daß aber gegenwärtig das Reich nur noch mit 3% beteiligt ist. Also, verehrte Anwesende, Sie sehen, wir bekommen für die neuen Aufgaben, die die Provinz übernommen hat, nur einen Bettelpfennig, und die Provinz muß sehen, bei ihren übrigen Kostgängern — das sind die Gemeinden, die selbst nichts zu leben haben — ihre Aufwendungen wieder hereinzubekommen. Wir verlangen vor allen Dingen, daß das Reich mehr zu diesen Kosten beiträgt, weil auch andererseits das Reich die Ursache gegeben hat, daß wir in einen derartigen Dales hineingekommen sind. Wir, die Provinz und die Gemeinden, sind nicht diejenigen, die den Krieg begonnen, wir sind auch nicht diejenigen, die eine solche falsche Steuerpolitik getrieben haben, wie sie tatsächlich im Reich getrieben worden ist. Deswegen können wir als Kommunisten hier im Parlament nicht für diese Vorlage stimmen, vor allen Dingen nicht, weil dies ein Monstrum von einer Steuervorlage ist. Wenn ihr auch der Fachauschuß die schlimmsten Gistzähne ausgezogen hat, so bleibt es doch ein Monstrum von Steuervorlage, der man unmöglich seine Zustimmung geben kann.

Verehrte Anwesende, wenn auch heute noch ein Teil dieser Nachtragsforderungen durch die Umlage auf die Realsteuern aufgebracht werden soll, so halte ich mich für verpflichtet, dieses Monstrum etwas näher zu beleuchten, um vor allen Dingen auch zu verhüten, daß diese Veranlagung für die Zukunft in Anwendung gebracht werden kann.

Meine Damen und Herren! Betrachten wir die Zahlen der letzten Provinzialumlage, so sehen wir, daß das platte Land außerordentlich bevorzugt wird gegenüber den Industriestädten. Sehen wir uns einmal die Regierungsbezirke an. Da ist der Regierungsbezirk Trier. Er zahlt 6 Millionen M. zu der Provinzialumlage. (Abgeordneter Klopp: Hört! Hört!) Der Regierungsbezirk Düsseldorf ist vier mal so groß wie der Regierungsbezirk Trier; demnach müßte er vier mal soviel Provinzialumlage zahlen, also 24 Millionen; er zahlt aber keine 24 Millionen, sondern 132 Millionen. Verehrte Anwesende, die Ursache liegt darin, daß die Veranlagung in der Hauptsache nach dem Gewerbesteuerfoll erfolgt. Dieses beträgt für den Regierungsbezirk Düsseldorf 34 239 152 M., während der Regierungsbezirk Trier ein Gewerbesteuerfoll von 1 286 986 M. hat. (Zuruf rechts: Na, also!) Da sehen Sie den gewaltigen Unterschied. „Ja“, wird man sagen, „der Regierungsbezirk Trier ist ein Landbezirk, er wird umso mehr an der Grundsteuer beteiligt sein.“ Das sollte man sagen, ist doch der Regierungsbezirk Trier viel größer als der Regierungsbezirk Düsseldorf, hat er doch einen viel größeren Flächeninhalt. Aber wir sehen, daß der Regierungsbezirk Trier an Grundsteuer nur 498 000 M. aufbringt, während der Regierungsbezirk Düsseldorf 1 565 000 M. aufbringen muß. (Abgeordneter Dr. Saafen: Großstadtgebiet!) Sie sehen den gewaltigen Unterschied. Meine Damen und Herren,

das kommt, wie das auch schon betont ist, daher, daß die Grundsteueranlagung nach dem Jahre 1861 vorgenommen wird, wo der Morgen Land soviel kostete wie heute eine Viertelpfund Butter und daß sie nicht nach dem Ertrage berechnet wird.

Meine Damen und Herren! Den Unterschied zwischen den Landbezirken und den Industriestädten zeigt folgendes Beispiel: Der Landkreis Trier mit seinen ca. 100 000 Einwohnern zahlt 669 000 Mk. Provinzialsteuern. Die Industriestadt Remscheid, welche nur 72 000 Einwohner hat, zahlt 5 639 000 Mk., also 8 mal mehr als der Landkreis Trier. Ich kann Ihnen noch andere Zahlen nennen: St. Wendel mit seinen 55 000 Einwohnern zahlt nur 220 000 Mk. Provinzialsteuern, Merzig 138 000 Mk. usw. Meine Damen und Herren, die Beispiele zeigen eine ungeheure Vergünstigung für das platte Land und eine erschreckende Belastung einzelner Industriestädte. Daß eine derartige Umlage für die Zukunft nicht mehr bestehen kann, liegt klar auf der Hand.

Aber, meine Damen und Herren, nicht allein besteht der Unterschied zwischen dem platten Lande und den Industriestädten, sondern auch unter den Industriestädten selbst. Verschiedene Redner haben bereits hierauf hingewiesen. Man hat hier behauptet: Die Veranlagung nach der Gewerbesteuer sei gerechter, weil sie in jedem Jahre neu vorgenommen wird. Meine Damen und Herren, das letztere stimmt; aber wie wird sie vorgenommen? Es kümmert sich heute kein Mensch mehr darum, wie die Regierung diese Veranlagung vornimmt, weil doch der Staat nicht mehr die Gewerbesteuer nach dieser Veranlagung erhebt und auch die Gemeinden ihre besondere Gewerbesteuerordnung haben. So kommt es, daß auch zwischen den Industriestädten ein großer Unterschied besteht. Das kommt daher, daß verschiedene Städte bis vor kurzem noch die staatliche Veranlagung zugrunde gelegt und ihre Steuerdezernenten bei der Regierung darauf gedrängt haben, daß ihre Zensiten richtig eingeschätzt wurden. Andere Städte, besonders die Industriestädte des Ruhrkohlenbezirks, haben schon länger ihre eigene Gewerbesteueranlagung und haben sich um die staatliche Veranlagung nicht gekümmert. Dieses ist die Ursache, daß in der staatlichen Veranlagung ein so gewaltiger Unterschied besteht.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen noch einige Zahlen vorführen: Remscheid bezahlt 5 639 000 Mk. Provinzialsteuern, die viel größere Stadt Oberhausen nur 2 480 000 Mk., Essen nur 11 772 000 Mk. (Abgeordneter Dr. Klopp: Hört! Hört!) Hier ist das Seltsame zu verzeichnen, daß das Unternehmen Krupp nur mit 300 Mk. bei der staatlichen Gewerbesteueranlagung eingesetzt ist, während es 80 Millionen zu zahlen hatte. (Abgeordneter Eberle: Das ist wohl ein Irrtum!) Dinslaken, das viel größer ist als Remscheid, zahlt nur 775 560 Mk. Das eben schon erwähnte Hamborn, das ebenfalls viel größer ist als Remscheid, zahlt statt 5 1/2 Millionen nur 83 000 Mk. Provinzialsteuern.

Es ist von dem Steuerdezernenten berechnet worden, was auf den Kopf des einzelnen Einwohners entfällt. Da zeigt sich, daß Barmen 15,47 Mk. zahlt, Elberfeld 18,87 Mk., Krefeld 18,33 Mk., Mettmann 19,48 Mk., Rheydt 21,22 Mk., Solingen 21,74 Mk., Remscheid 25,87 Mk. und endlich W. Gladbach 31,83 Mk. Demgegenüber steht Dinslaken mit 2,68 Mk., Duisburg mit 6,11 Mk., Hamborn mit 1,86 Mk., Oberhausen mit 6,93 Mk. usw. (Zuruf rechts: Das wissen wir!) Meine Damen und Herren, welche kolossalen Unterschiede!

Seit 1917 hat sich die Provinzialsteuer für Elberfeld verneunfach, für Remscheid verneunfach! Demgegenüber in Duisburg nicht ganz verdreifacht, in Essen verdreifacht und in Hamborn nur veranderthalbfacht.

Meine Damen und Herren! Wenn man solche Unterschiede sieht, muß man sagen: Eine derartige Veranlagung kann unmöglich zu Recht bestehen. Nach meiner Ueberzeugung ist es auch nicht gerechtfertigt, daß ein Teil dieser Nachtragsforderungen zur Hälfte auf die Realsteuern umgelegt wird. Das ist eine Ungerechtigkeit; ich muß mich dagegen wenden.

Meine Damen und Herren! Vor allen Dingen verlangen wir, daß das Reich stärker zu unseren Lasten herangezogen wird. Man findet keinen parlamentarischen Ausdruck dafür, daß das Reich uns mit 3% der Unkosten abpeist. Da ist darauf zu drängen, daß das Reich zu diesen wichtigen Aufgaben ganz anders herangezogen wird, als es bisher der Fall gewesen ist.

Um dem Kollegen Eberle nochmals zu erwidern: Wir stimmen keineswegs gegen die Vorlage, weil wir eine selbständige Steuergesetzgebung haben wollen, sondern wir stimmen gegen das System, welches durchaus ungerechtfertigt ist. Aus diesen Gründen lehnen wir die Vorlage ab.

Vorsitzender Dr. Farres: Ich erteile das Wort zunächst Herrn Abgeordneten Schäfer.

Abgeordneter Schäfer: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat eben eine Bemerkung in die Welt gesetzt, die ich nicht unwidersprochen lassen darf, wenn ich der Wahrheit die Ehre geben will. Der Herr Vorredner hat eben behauptet, die Firma Krupp sei im Jahre 1920 — das Jahr hat er, glaube ich, nicht einmal genannt — mit 300 Mk. Ertrag zur staatlichen Gewerbesteuer veranlagt worden, während die Stadt Essen 80 Millionen Mk. bezogen habe. Genau habe ich die Äußerung nicht verstanden, dem Sinne nach war sie so. Dazu möchte ich folgendes feststellen:

Es ist richtig, daß im Jahre 1920 die Firma Krupp ertraglos mit 300 Mk. zur staatlichen Gewerbesteuer veranlagt worden ist. (Hört! Hört! links.) Ich will Ihnen auch den Grund dafür sagen: Die Firma Krupp war eines der größten Opfer des Krieges. (Lachen links.) Die Firma Krupp mußte ihre ganzen Betriebe umstellen, die ganzen Maschinen mußten umgeändert werden, die Werkstätten mußten umgeändert werden, und das hatte selbstverständlich zur Folge, daß in dem Jahre irgendein Ertrag nicht da sein konnte. Es ist also eine durchaus selbstverständliche Sache, daß im Jahre 1920 von einem Ertrag nicht die Rede sein konnte, sondern außerordentliche Verluste zu verzeichnen waren. In den Jahren 1921 und 22 haben sich die Dinge allerdings geändert. Wenn hier in einem Schreiben, das den Abgeordneten zugegangen ist — es geht, glaube ich, von Elberfeld aus —, angeführt wird, im Jahre 1920 seien nur 300 Mk. Ertrag angegeben und trotzdem habe die Stadt Essen es verstanden, 80 Millionen an Steuern herauszuholen, so ist leider davon abgesehen worden, festzustellen, daß es sich um zwei verschiedene Dinge handelt. Es handelt sich um das Jahr 1920, das ertraglos war, und um das Jahr 1922, in dem ein Gewinn tatsächlich erzielt worden ist, dessen Besteuerung durch die Gemeinde möglich war. Das Jahr 1922 war eine Zeit, in der die Umstellung auf die Friedensarbeit fast vollendet war. Die Gegenüberstellung ist also unrichtig. Ich möchte nicht den Eindruck aufkommen lassen, als ob wirklich die Möglichkeit bestände, daß ein derartig großes Werk vollständig steuerlos bliebe. Davon kann gar keine Rede sein.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schröer-Essen.

Abgeordneter Schröer-Essen: Meine Herrschaften! Das Verbrechen, das Sie begangen haben, fängt nach und nach an, sich so recht zu kristallisieren. Die Pump- und Schuldenwirtschaft hat so enorm zugenommen, daß sie Ihnen über den Kopf wächst. Aber wenn Sie glauben, mit Ihren Mitteln die Schuldenwirtschaft beheben zu können, so werden Sie in ganz kurzer Zeit ein noch viel größeres Fiasko erleben, als es jetzt bereits eingetreten ist. Es haben bereits mehrere Herren darauf aufmerksam gemacht, daß wir mitten im Zusammenbruch stehen. Wir haben schon seit Anfang der Revolution Ihnen prophezeit, daß es für Sie keine Befreiung gibt, sondern nur einen Untergang. Diesem Untergang wollen Sie selbstverständlich mit allen Mitteln entgegentreten. Natürlich muß jedes dieser Mittel verjagen. Wie weit der Zusammenbruch bei Ihnen bereits gediehen ist, zeigen die Darlegungen der einzelnen Herrschaften selbst.

Aber auch auf sozialem Gebiete tritt der Ruin so kraß in die Erscheinung, daß selbst die Sozialdemokratie sich heute auf den Standpunkt stellen muß: Auch in bezug auf Kultur- und Sozialbedürfnisse müssen unbedingt Einschränkungen gemacht werden. Das ist ein sehr charakteristisches Moment. Von der sozialdemokratischen Partei sollte man mindestens verlangen oder verlangen können, daß sie unter allen Umständen dafür eintritt, daß die sozialen Verhältnisse nicht noch tiefer herabgewirtschaftet werden, daß sie vielmehr aufgebaut werden (Abg. Lüchem: Sehr richtig!), weil sie ein Glied im allgemeinen wirtschaftlichen Aufbau bedeuten. Aber in den Verhältnissen, in denen Sie leben, sehen Sie, meine Herrschaften, nur den Wucher als das geheiligte Sakrament an. Auch die ganze Schuldenwirtschaft, die einreißt, die durch die Vermehrung der Papierzettel immer mehr und mehr den Wucher unterstützt, muß selbstverständlich unmittelbar dazu beitragen, daß auf Grund dieser Entwertung die proletarischen Massen, die Angestellten und Beamten immer mehr und mehr darunter zu leiden haben. Denn daß der Arbeiter und der Angestellte nicht etwa den Realwert bekommt, der der Entwertung der Mark entspricht, darüber sind Sie sich auch im klaren. Im Gegenteil, die Arbeiterschaft muß ihr kärgliches Dasein fristen und soll auch noch dazu Sie aus der Patsche mit heraushefeln. Aber lange werden Sie dieses Experiment nicht machen. Wenn Sie glauben, daß das Proletariat Sie etwa im goldenen Wagen durch die Wüste ins gelobte Land zieht, so werden Sie in ganz kurzer Zeit erleben, daß das Proletariat nicht den Willen dazu hat, auf Ihre Kosten sich auf den Friedhof tragen zu lassen, damit Sie nur weiter schlemmen und prassen können. (Lachen bei den bürgerlichen Parteien. Hu! Hu! = Rufe rechts.) Sie lächeln dazu, meine Herrschaften. Nun, das Prassen und Schlemmen ist eine allbekannte Tatsache. Nicht nur wir behaupten das, sondern auch ehrliche demokratische Zeitungen, und ehrliche demokratische Personen weisen darauf hin, wie ungeheuer gemein die Schlemmerei und Prasserei zunimmt.

Ich will Ihnen nur ein kleines Beispiel auch in dieser Vorlage vor Augen führen; daran können Sie ermessen, ob nicht der Luxus auch in der kurzen Spanne Zeit, die von dem einen Jahr zum andern vergangen ist, ganz ungemein gesteigert worden ist. Wir haben in der Statistik in Drucksache 3 über die Angelegenheit der Kleinpflasterung der Provinzialstraßen zu verzeichnen, daß vom 1. Juli 1921 bis 1. Juli 1922 die Luxusfahrzeuge, die Großkrafttrader und Personenvagen um 78,5 % zugenommen haben, wogegen die Lastkraftwagen, die als notwendige Fahrzeuge in Betracht kommen, sich nur um 61 % vermehrt haben. Im ganzen finden Sie, daß in Deutschland 120 000 Luxus- und 45 000 Kraftfahrzeuge zu verzeichnen sind. Aus dieser kleinen Statistik sehen Sie selbst, daß aus dem Schweiß der Arbeiter der Luxus Orgien feiert. Ich brauche danach wohl nicht noch näher auf die Prasserei und Schlemmerei einzugehen. Meine Herren vom Zentrum, wenn Sie darüber den Kopf schütteln oder eine lächerliche Miene zeigen, so geben Sie diesen Herrschaften noch den Segen dazu. (Lachen im Zentrum.)

Die Ausführungen des Abgeordneten Haas über Kultur- und soziale Bedürfnisse sind ganz eigentümlich. Ebenso merkwürdig ist es, daß der Herr Abgeordnete Haas glaubt betonen zu müssen, daß die Sozialdemokratie immer bestrebt sei, möglichst dort zu nehmen, wo etwas zu holen ist, und dort zu geben, wo es notwendig ist. Aber wir wissen aus der Praxis, daß die Herren von der Sozialdemokratie, sobald es einmal gilt, den höchsten Beamten Gehälter zu zahlen, ob im Reich oder im Land, mag es sein, wo es will, ihre Zustimmung durchaus nicht versagen. Zum andern ist die Sozialdemokratie als ganz wesentlicher Faktor im Reichswirtschaftsrat tätig, der ebenfalls den Wucher der kapitalistischen Kreise mit unterstützt in der Form, daß er an der Preisgestaltung der Ware selbst Anteil nimmt. Wir können ruhig zum Ausdruck bringen, daß nicht nur der illegale Wucher am Volke zehrt, sondern auch bei der allgemeinen Preisfestsetzung, wo Sie mitwirken, wird der Wucher, die Ausbeutung so ungemein betrieben, daß die Arbeiterschaft sich sicherlich nicht mehr lange diese Dinge gefallen lassen wird.

Die Sozialdemokratie versucht hier darzulegen, daß sie bei der Besetzung der Posten in der Provinz ebenso wie in anderen Institutionen benachteiligt worden sei. Nun, wir machen uns keine Sorge darüber. Unsere Parteivertretung sucht nicht nach Posten zu haschen, um dadurch die soziale Frage für sich zu lösen. Wir legen keinen Wert darauf, daß unsere Vertreter in den Parlamenten sich auch an den einzelnen Institutionen beteiligen, um sie zu überwachen und zu verwalten. Wir wollen vielmehr, daß diejenigen, die den eigentlichen Produktionsprozeß und das Wirtschaftsleben selbst in Gang bringen und aufrecht erhalten, in den einzelnen Institutionen bestimmend sein sollen, nicht nur für die sozialen Verhältnisse, sondern für die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt. Wir sehen deshalb nicht unsere Aufgabe darin, uns mit Ihnen in einen Streit zu verwickeln. Die Arbeiterschaft wird sich eines Tages selbst den Weg freimachen und wird Ihnen die Quittung für die Pump- und Schuldenwirtschaft selbst geben. (Abgeordneter Hoff: Ober Ihnen!) Das heißt, sie wird Sie mitsamt Ihrer Schuldenwirtschaft mit eisernem Besen hinausfegen; darauf können Sie sich verlassen. Meine Herrschaften, Sie glauben darüber lamentieren zu müssen. Ich werde Ihnen gleich beweisen, daß bereits ein sehr großer Prozentsatz Ihres Kredits verloren ist. Auf dem letzten Betriebsratkongreß waren nicht nur Kommunisten, sondern auch Arbeiter aus Zentrums- und anderen Kreisen vertreten, von der S. P. D. und U. S. P. gar nicht zu reden. Das zeigt, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, sich verkaufen zu lassen, wie Sie es belieben. Darauf können Sie sich verlassen. Auch der elementare Kampf, der jetzt in Ludwigshafen geführt wird (Zuruf links: Der ist ja schon vorbei!), ist nicht etwa ein Kampf von Kommunisten, sondern dort kämpfen auch Angehörige Ihrer politischen Richtung genau denselben Kampf wie die Kommunisten. (Stimme des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Farres: Ich muß den Herrn Redner unterbrechen. Die 45 Minuten, welche den anderen Fraktionen und auch der kommunistischen Fraktion als Rededauer zugewiesen sind, sind erschöpft. Ich bitte den Herrn Abgeordneten, zu Ende zu kommen. (Abgeordneter Dr. Dichgans: Wie schade!)

Abgeordneter Schröer: Ich bin gleich fertig.

Ich möchte zum Schluß nur noch kurz auf ein charakteristisches Moment hinweisen, das sich in bezug auf den Antrag bemerkbar macht, in dem wir gefordert haben, daß für die Kinder der Kämpfenden in Ludwigshafen eine Beihilfe von Seiten des Provinziallandtages gewährt werden soll. Wir stehen nicht etwa auf dem Standpunkt, daß das Geld dem Streikomitee zugeführt werden soll; es soll vielmehr durch die Gemeinde den Kindern zukommen. Es ist nicht mehr als ein Akt der Menschlichkeit, wenn Sie den armen Kindern, die ja nicht die Streikenden sind, zu Hilfe eilen und versuchen, sie zu retten. Sie rufen sonst immer: Deutsche Kinder in Not! Nun, meine Herren, hier haben Sie die Gelegenheit, zu beweisen, inwieweit Sie für die Kinder eintreten wollen. (Abgeordneter Dichgans: Die Kinder haben Sie auf dem Gewissen!) Ihre brutale Ausbeutung hat sie auf dem Gewissen!

Vorsitzender Dr. Farres (den Redner nochmals unterbrechend): Ihre Zeit ist abgelaufen.

Abgeordneter Schröer: Ich bin gleich fertig. (fortfahrend): Herr Abgeordneter Haas glaubt sich auf die Gewerkschaften berufen zu können. Das ist ein charakteristisches Moment. Ich möchte betonen, daß das Reichstagsmitglied, Herr Dr. Effer, nach der Rheinischen Zeitung damit gedroht hat, bei der Besatzungsbehörde dafür einzutreten, daß eine Bewaffnung gegenüber den Streikenden gestattet werde. Das sind Momente, die eine bedeutende Rolle innerhalb der Arbeiterschaft spielen. Die Arbeiterschaft wird nicht verfehlen, Ihnen die Quittung zu geben, die Ihnen gebührt und die Sie wert sind. (Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Farres: Meine Damen und Herren! Die Rednerliste ist erschöpft. Ich schließe die Erörterung.

Wünschen die Herren Berichterstatter noch das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung,

zunächst zu Punkt 2: Erhebung einer Nachtragsumlage. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die für den Vorschlag des I. Sachausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Die Vorlage ist angenommen.

Wir kommen zu Punkt 3: Ausgabe von Rheinprovinzianleihe Scheinen. Ich bitte die Damen und Herren, die für den Antrag des Fachausschusses sind, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Zu Punkt 4: Bereitstellung von 800 Millionen zur Herstellung von Kleinpflaster auf den Provinzialstraßen bitte ich auch diejenigen Damen und Herren, die für den Antrag des Fachausschusses sind, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen. (Zuruf: Einstimmig!)

Ich bitte dann diejenigen Damen und Herren, die bei Punkt 5: Antrag des Grafen Adelman, betreffend Kleinpflasterung des ungepflasterten Restteils der Provinzialstraße in Horschheim, für den Antrag des I. Fachausschusses sind, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Zu Punkt 6: Antrag des Abgeordneten von Stedman u. a., betreffend Ausbau der Landstraße Siegen—Siegburg, bitte ich diejenigen Damen und Herren, die für den Antrag des Fachausschusses sind, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu Punkt 7: Antrag, betreffend Erhöhung der Beteiligungssumme des Provinzialverbandes an der Rheinischen Wohnungsfürsorge-G. m. b. H. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die für den Antrag des Ausschusses sind, sich zu erheben. — Auch diese Vorlage ist angenommen.

Dann kommt Punkt 9: Antrag des I. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Unterstützung des Oberschlesischen Hilfswerks durch eine Spende von 500 000 Mk. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des Fachausschusses sind, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Schließlich kommt noch Punkt 10: Antrag des I. Fachausschusses zu dem Antrage des Abgeordneten Theissen u. a. auf Bewilligung von 500 000 Mk. zur Beschaffung von Nahrungsmitteln für die Kinder der streikenden Arbeiter der Badischen Anilinwerke Ludwigshafen. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des Fachausschusses, diese Anregung abzulehnen, sind, sich zu erheben. — Dem Antrage des Fachausschusses ist entsprochen.

Wir kommen nunmehr zu

Punkt 8 der Tagesordnung: Antrag der Fachausschüsse I und IIb zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Aufgabe des Betriebes der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Galkhausen.

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten von Itter.

Abgeordneter von Itter: Es ist dem Fachausschuß IIb und dem Fachausschuß I, die sich gestern mit der Angelegenheit befaßt haben, außerordentlich schwer und schmerzlich geworden, den Beschluß zu fassen, dem Antrage des Provinzialausschusses beizutreten und die Anstalt Galkhausen zu schließen.

In dem Fachausschuß IIb lag vor allem ein Antrag der Beamenschaft der genannten Anstalt vor, in dem sie gegen die Schließung Verwahrung einlegte und auch wichtige Gründe anführen zu können glaubte, die eine solche Schließung als nicht angebracht erscheinen ließen. Die Verwaltung hat uns auch zur Beantwortung der Eingabe dieser Beamten entsprechende Zahlen gegeben. In der Kommission wurde der dringende Wunsch geäußert, solche Zahlen in Zukunft überhaupt den Abgeordneten so zur Verfügung zu stellen, daß sie imstande sind, selbst zu urteilen und zu prüfen, da bei bloßer Nennung der Zahlen ein Bild sich doch nicht gestalten kann. Die Kommission hat sich zu guter Letzt mit dem Antrage der Verwaltung zufrieden gegeben, aber mich beauftragt, diesen Wunsch hier zu äußern.

Es wurde uns mitgeteilt, und Sie sehen das ja auch schon aus den Druckfachen, die Ihnen vorliegen, daß im vergangenen Jahre bereits die Provinz einen Zuschuß von 36 Millionen für diese Anstalt zu leisten hatte; im kommenden Jahr werden es voraussichtlich über 100 Millionen.

Wenn auch die Kommission, wie ich eben sagte, schweren Herzens sich damit einverstanden erklärte, daß die Anstalt geschlossen wird, so hat sie doch geglaubt, sich vorher die Garantie geben lassen zu müssen, daß man auch in Zukunft nicht in Verlegenheit kommt, wenn Geisteskranken in den nächsten Jahren untergebracht werden müssen. Sie sehen aus den Druckfachen, daß für die nächsten drei Jahre voraussichtlich mindestens vorgesorgt ist, indem noch in Privat- und Provinzialanstalten annähernd 1000 Plätze frei sind, die belegt werden können, daß ferner beim Abrißen der Besatzung von Bedburg-Hau und Düren wiederum 500 Plätze frei werden. Außerdem ist Galkhausen selbst von der englischen Besatzung belegt, die diese Anstalt zu drei Fünfteln für Lazarettzwecke in Anspruch nimmt. Auch diese Plätze würden nach Abzug der Besatzung frei werden. Selbst bei einem Plus von 300 Geisteskranken pro Jahr würde so immerhin noch für die nächsten 5—6 Jahre gesorgt sein.

Es fragt sich nun, nachdem der Antrag, die Anstalt zu schließen, erledigt ist: Was geschieht mit der Anstalt, was geschieht mit den jetzt frei werdenden Gebäuden? Sie wissen ja und sehen aus den Druckfachen, daß man Versuche angestellt hat, die Gebäude vollwertig auszunutzen, daß aber diese Versuche bezüglich der jetzt schon frei gewordenen Gebäude fehlgeschlagen sind. Es fragt sich: Was geschieht mit den Gebäuden, die

jetzt noch frei werden und die auch schon frei waren, in denen man diese Versuche angestellt hat? Dazu sind drei verschiedene Anträge in der Kommission gestellt worden. Ein Antrag der kommunistischen Fraktion lag bereits vor; er wünschte, daß die Provinzialanstalt Galkhausen den benachbarten bergischen Städten zur Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder zur Verfügung gestellt wird. Die Sozialdemokratische Fraktion stellte den Antrag, daß der frei werdende Teil der Anstalt vorübergehend zu Zwecken der Provinzialfürsorge verwandt werden soll. Außerdem hat ein konfessioneller Verein seine Wünsche bezüglich der Anstalt geäußert. Sie wissen, daß in der Rheinprovinz die Fürsorge für die schulpflichtigen Kinder von der Provinz konfessionellen Vereinen übertragen ist. Der Katholische Erziehungsverein für die Rheinprovinz hat mehrere solcher Häuser. Eins davon liegt in Westfalen: Maria Veer. Es ist dem Verein gekündigt worden, sodaß in absehbarer Zeit 250 rheinische Kinder aus dieser Anstalt verlegt werden müssen. Nun hat dieser Verein seine Wünsche dahin geltend gemacht, diese Kinder und die eventuell noch weiter zufließenden — das sind annähernd 100, vielleicht noch mehr — in den jetzt frei werdenden Gebäuden der Provinzial-Heil- und Pfllegeanstalt Galkhausen unterzubringen.

Meine Damen und Herren! Der Sachausschuß IIb hat dahingehend Beschluß gefaßt, daß die Punkte Nummer 1 und 2, die Sie am Schluß der Drucksache finden, angenommen werden. Bei Nummer 1 soll es aber nicht heißen: „Der Betrieb der Provinzial-Heil- und Pfllegeanstalt Galkhausen wird vom Provinzialverbande aufgegeben“, sondern: „wird vom Provinzialverbande vorläufig aufgegeben“. Das Wort „vorläufig“ ist bei den weiteren Beratungen in der I. Sachkommission wieder gestrichen worden. Dem Punkte 2 haben beide Kommissionen gleichmäßig zugestimmt. Den Punkt 3 hatte die Sachkommission IIb gestrichen. Er ist aber bei den Beratungen in der I. Sachkommission wieder in der alten Fassung aufgenommen worden.

Nun finden Sie die neuen Drucksachen von heute. Da heißt es:

„1. Der Betrieb der Provinzial-Heil- und Pfllegeanstalt Galkhausen als Irrenanstalt wird vom Provinzialverband aufgegeben.“

Das ist der endgültige Beschluß der kombinierten Kommission. Ich betonte eben schon, daß die Kommission IIb das Wort „vorläufig“ hinzugewünscht hat. Es heißt weiter:

„2. Die in den von der englischen Besatzungsbehörde nicht beschlagnahmten Krankengebäuden zurzeit untergebrachte Heilstätte und Erholungsheim werden im Einvernehmen mit dem Hauptversorgungsamt Coblenz und der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte der Rheinprovinz sobald als möglich aufgelöst.“

3. Der Provinzialausschuß wird ermächtigt, über die Verwendung der dadurch freiwerdenden Gebäude zu anderen Zwecken und ebenso über die Verwendung der in der Anstalt freiwerdenden Beamten und Angestellten Beschluß zu fassen. Der Provinzialausschuß wird ferner ermächtigt, die zur Durchführung dieser Maßnahmen notwendigen Mittel zunächst vorschußweise bei der Landesbank zu entnehmen.“

Dann kommt zu Nummer 3 ein zweiter Abschnitt; da heißt es:

„Die vorliegenden Anträge auf Verwendung der Anstalt werden dem Provinzialausschuß zur Erwägung überwiesen.“

Die Kommission möchte nämlich dem Provinzialausschuß Wünsche mit auf den Weg geben; sie lauten folgendermaßen:

„Der Provinziallandtag überweist folgende Vorschläge dem Provinzialausschuß zur Erwägung:

- a) Der freiwerdende Teil der Anstalt soll vorübergehend zu Zwecken der Provinzialfürsorge verwandt werden.
- b) Dem Katholischen Erziehungsverein für die Rheinprovinz soll der freiwerdende Teil der Anstalt zeitweilig für seine Zwecke überlassen werden.
- c) Der Provinzialausschuß möge erwägen, ob dem Antrage der kommunistischen Fraktion entsprochen werden kann, Teile der Anstalt den benachbarten Städten vorübergehend als Kindererholungsheim zu überlassen.“

In dem letzten Abschnitt heißt es:

„Die vorliegenden Anträge auf Verwendung der Anstalt werden dem Provinzialausschuß zur Erwägung überwiesen. Bei der Beschlußfassung hat der Provinzialausschuß möglichst dafür Sorge zu tragen, daß die Anstalt, sobald es erforderlich wird, für die früheren Zwecke wieder zur Verfügung steht.“

Dem Gedankengang des Sachausschusses IIb entsprach es, das Wort „möglichst“ zu streichen; in dem Sachausschuß I ist es mit in die Vorlage verarbeitet worden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Kaiser.

Abgeordneter Dr. Kaiser: Meine Damen und Herren! Meine Freunde haben zu dem Antrage in folgender Weise Stellung genommen. Wir bitten, den Betrieb der Anstalt sofort einzustellen, weil das aus finanziellen Gründen sich als absolut notwendig erweist. Wir sind aber weiter der Meinung, daß die Anstalt unter allen Umständen der Provinz erhalten werden muß, vielleicht zu dem Zwecke, zu dem wir sie bisher benutzt haben, vielleicht auch zu anderen Zwecken. Nicht überall ist die Meinung vorhanden, daß die abnehmende Zahl der Geisteskranken eine fernere Benutzung der Anstalt auf die Dauer unnötig mache. Wir können da leicht schlimme Ueberraschungen erleben. Sodann ist in bestimmte Aussicht zu nehmen, daß für Fürsorgezwecke

der Provinz weitere Räumlichkeiten zurzeit erstellt oder aus den vorhandenen Räumlichkeiten genommen werden müssen. Deswegen halten wir es für unbedingt notwendig, daß diese Verwendungszwecke schon jetzt in Erwägung gezogen werden. Die größten Bedenken sind übrigens erhoben worden gegenüber der auch geäußerten Absicht, die Räume ganz oder zum Teil zu Wohnungen umzubauen. Ganz abgesehen davon, daß das ganz ungeheure Kosten verursachen würde, sind wir der Meinung, daß, wenn einmal die Räume ganz oder zum Teil zu Wohnzwecken in Anspruch genommen sind, sie für andere Zwecke der Provinz einfach verloren sind. (Zustimmung.)

Meine Freunde glauben nun, diesen Gedanken am besten dadurch Ausdruck geben zu können, daß sie, wie es auch bereits von der II-Kommission in Vorschlag gebracht worden ist, zu dem Antrag unter Nummer 1 beantragen, vor „aufzugeben“ wieder das Wort „vorläufig“ einzusetzen, so daß der Antrag lauten würde:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen:

Der Betrieb der Provinzial-Heil- und Pflgeanstalt Galkhausen als Irrenanstalt wird vom Provinzialverband vorläufig aufgegeben.“

Wir beantragen ferner, daß unter Nummer 3 im letzten Satz das Wort „möglichst“ wieder gestrichen wird, damit der Provinzialausschuß eine ganz bestimmte Weisung bekommt und nicht das Wort „möglichst“ dahin ausgelegt werden kann, daß man die Sache doch auf eine andere Weise verwendet. Deswegen beantragen wir, daß der letzte Satz so gefaßt wird:

„Bei der Beschlußfassung hat der Provinzialausschuß dafür Sorge zu tragen, daß die Anstalt, sobald es erforderlich wird, für die früheren Zwecke wieder zur Verfügung steht.“

Stellvertreter der Vorsitzender Ullenbaum: Meine Damen und Herren! Der Abänderungsantrag der Arbeitsgemeinschaft steht mit zur Beratung. Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Das Wesentliche zur Begründung der Vorlage habe ich gestern schon angeführt. Die Vorlage ist die erste größere Sparmaßnahme, die dem Provinziallandtag vorzulegen ich Gelegenheit habe, und zwar auch gleich eine Sparmaßnahme, die finanziell sich in ziemlich nachdrücklicher und auch für die Provinzialumlage spürbarer Weise auswirken wird. Gerade nachdem der vorige Provinziallandtag das Sparprogramm in so nachdrücklicher Weise der Verwaltung ans Herz gelegt hat, habe ich geglaubt, in den Vorschlägen, die ich dem Provinzialausschuß und durch den Provinzialausschuß dem Provinziallandtage gemacht habe, diesen Gesichtspunkt im vorliegenden Falle in die vorderste Linie stellen zu müssen. Es kam hinzu, daß auch tatsächlich ohne Beeinträchtigung der Aufgaben der Provinz sich zurzeit die Anstalt schließen und die Maßnahme sich durchführen läßt. Daß wir selbstverständlich darauf halten müssen, nach Möglichkeit die Anstalten, wenn wir sie nötig haben, wieder in Besitz zu bekommen, ist klar. Gerade das ist ja das Bedenkliche an der ganzen Maßnahme, daß, wenn man heute ein Gebäude aus der Hand gibt, es so schwer hält, es wieder zu bekommen. Infolgedessen kommt als erste Verwendungsmöglichkeit in Betracht, irgendein Abkommen zu treffen, sei es mit den Städten des bergischen Landes, wenn sie es machen wollen, sei es mit irgendeiner Korporation, daß ein Wohlfahrtszweck in der Anstalt betrieben wird, der jeden Augenblick wieder aufgegeben werden kann, wenn wir es wünschen. Es wird nur notwendig sein, eine Korporation oder eine Stadt zu finden, die die recht, recht teure Wirtschaft, die sich in der Anstalt, besonders in dem kleinen Umfange, ergeben wird, auf sich zu nehmen gewillt ist. Wenn sich diese Möglichkeit findet, wird sie selbstverständlich ergriffen.

In der I. Fachkommission habe ich nun gewünscht, daß das Wort „möglichst“ eingefügt wird, um dem Provinzialausschuß nicht die Hände in der Weise zu binden, daß, wenn sich diese Möglichkeit nicht findet, dann mit dem Defizit von 100, vielleicht 150 Millionen die Anstalt weiter betrieben werden muß. Vorläufig braucht aber m. E. diese Frage nicht zu praktischer Entscheidung gebracht zu werden, weil über dem Suchen nach dieser Möglichkeit einige Monate vergehen werden. Würde sich dann die Möglichkeit nicht ergeben, so glaube ich, daß es im Sinne des hohen Hauses liegen würde, daß dann der Provinzialausschuß erneut an das Haus herantreten und von der Situation Mitteilung machen würde. Dann würde das Haus zu entscheiden haben, ob nunmehr die Anstalt weitergeführt werden soll oder vielleicht doch eine andere Verwertung, sei es im Notfalle zu Wohnzwecken, in Frage kommen könnte.

In diesem Sinne kann ich mich mit den beiden Abänderungsanträgen, im Satz 1 das Wort „vorläufig“ hinzuzufügen und im Satz 3 das Wort „möglichst“ zu streichen, mit der Maßgabe einverstanden erklären, daß dann eventuell im März oder April nochmals auf die Sache zurückgekommen wird.

Stellvertreter der Vorsitzender Ullenbaum: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Lopp.

Abgeordneter Dr. Lopp: Meine Damen und Herren! Ehe wir zu einer derartig starken Sparmaßnahme übergehen, müssen wir selbstverständlich untersuchen, ob es uns möglich ist, dies zu verhindern. Vor allen Dingen haben wir zu untersuchen, ob die Verwaltung alles getan hat, um die Anstalt solange zu halten, wie es eben möglich ist. Wir können heute nicht einfach sagen: Der Antrag ist anzunehmen oder abzulehnen, ohne daß wir näher auf die wirklichen Ursachen eingegangen sind.

Die Hauptursache, warum die Anstalt zugemacht werden soll, liegt wohl darin, daß ein Teil der Anstalt von dem Versorgungsamt der Schwerverkriegsbeschädigten besetzt ist oder dem Versorgungsamt überlassen ist, um den Kriegsoptionen ihre Gesundheit wiederzugeben. Ich habe das Wort „Kriegsoption“ gebraucht, um dem Hause zu sagen, wo die wirklichen Opfer des Krieges sind. Dazu gehört nicht etwa Krupp, wie eben Herr Abgeordneter Schäfer meinte. Die wirklichen Opfer des Krieges liegen vielmehr in den Häusern, von denen wir heute eins schließen wollen.

Der Herr Landeshauptmann erklärte gestern, daß man trotz dieses scharfen Eingriffes in die Wohlfahrtspflege noch zu weiteren Einschränkungen der Wohlfahrtspflege übergehen müsse. Er erklärte wörtlich: „Auch in der Wohlfahrtspflege muß versucht werden, mit geringeren Mitteln auszukommen“. Wenn das so gemeint ist, daß man dadurch Mittel einsparen will, daß man die Verwaltungskosten herunterdrückt, sind wir damit einverstanden. Wir müssen uns aber auf das Schärfste dagegen wenden, wenn vielleicht Ersparnisse dadurch herausgeholt werden sollen, daß die Pflege oder die Ernährung eine schlechtere wird.

Betrachten wir einmal, was zur Ernährung und Verpflegung der Kranken gebraucht wird. Im Jahre 1914 wurde für einen Korrigenden 1,55 Mk. den Tag verausgabt, für einen Geisteskranken 1,95 Mk. und für einen Fürsorgezögling 2,50 Mk. Nach den Angaben, die der Herr Landeshauptmann gestern an dieser Stelle gemacht hat, betragen die Ausgaben nunmehr pro Kopf des Korrigenden 800 Mk., für den Geisteskranken 1000 Mk. und für den Fürsorgezögling 1500 Mk. Nehmen wir die inländischen Geldwerte, so dürfen wir wohl diese Zahl durch 1000 teilen; dann ergibt sich gegenüber dem Friedensstande eine Ausgabe von 80 Pfennig für den Korrigenden, von 1 Mk. für den Geisteskranken und von 1,50 Mk. für den Fürsorgezögling. Wir haben also bei dem Geisteskranken — immer nach unserem inländischen Geldwerte gerechnet — bereits 50% weniger ausgegeben, als wir es 1914 getan haben. Es ist deshalb wohl ausgeschlossen, daß wir noch zu weiteren Maßnahmen auf diesem Gebiete schreiten können.

Wir haben uns ferner bei Schließung der Anstalt zu fragen: Sind die Ersparnisse, die gemacht werden, wirklich so groß, daß wir auf die sozialen Aufgaben, die diese Anstalt zu erfüllen hat, Verzicht leisten können? Wenn wir näher untersuchen wollen, wieviel in Wirklichkeit gespart wird, dann müssen wir das, was hier gesagt wurde, daß 80—100 Millionen Mark durch Schließung der Anstalt gespart werden, aus den verschiedensten Gründen bestreiten. Wir nehmen an, wenn dem Vorschlage der Verwaltung, daß ein Teil der Anstalt zu Wohnungen eingerichtete werden soll, Rechnung getragen wird — was allerdings von der Kommission abgelehnt wurde —, daß dann die Unkosten, die uns entstehen, den größten Teil der Ersparnisse wieder wegessen. Der Herr Landeshauptmann sagt in seiner Vorlage, daß wir für rund drei Jahre in eigenen und Privatanstalten Betten zur Verfügung haben, daß wir für fünf Jahre genügend Betten haben, wenn die Besatzung bis dahin, was wir ja wohl alle hoffen, die Anstalten räumt. Er rechnet mit einem normalen Zugang von 300 Kranken pro Jahr. Verehrte Anwesende, alle diejenigen, die im Produktionsprozeß stehen, wissen, daß die Zahl von 300 Kranken für die Zukunft bedeutend zu niedrig ist. Wir alle wissen, daß wir in einer Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs leben und daß wir demnächst eine Zeit großer Arbeitslosigkeit werden durchmachen müssen; darüber sind sich sämtliche Wirtschaftler ziemlich einig. Diese Zeit der Arbeitslosigkeit und des wirtschaftlichen Niedergangs bringt selbstverständlich weitere Volksschichten zur Verzweiflung, bringt weitere Schichten der Bevölkerung wieder dahin, daß sie aufnahmefähig werden, sei es für Irrenhäuser, sei es für Siechenhäuser. Ich glaube nicht, daß ein Mediziner den Mut hat, abzustreiten, daß gerade in Zeiten der Arbeitslosigkeit, der größten Not die Anstalten stärker in Anspruch genommen werden, als wenn wir in Zeiten der Hochkonjunktur, des wirtschaftlichen Aufstieges stehen. Deshalb zweifeln wir die Zahl des Herrn Landeshauptmanns an; wir glauben nicht, daß für fünf Jahre die Betten vorhanden sind. Sind sie aber nicht vorhanden, so müssen wir dazu übergehen, in einigen Jahren wieder Anstalten zu belegen, wir müssen die Umzugskosten der Beamten tragen und neue Wohnungen für diejenigen schaffen, die nicht in den Anstalten wohnen. Deshalb kann ich mich nicht mit den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns einverstanden erklären, der sagte: Wir wollen im Februar einmal wieder beraten, ob wir nicht doch einen Teil der Anstalt zu Wohnzwecken verwenden. Gegen die Errichtung von Wohnungen in der Anstalt wenden wir uns grundsätzlich.

Wir haben uns ferner zu fragen: Hat die Provinz alles getan, um nach Möglichkeit den Betrieb wirtschaftlich zu gestalten? Jeder Kommunalpolitiker weiß, daß wir in den Städten alles zu tun haben, um unsere Gebührenordnungen und Preise für sämtliche Artikel, die die Stadt liefert, der Geldentwertung anzupassen. Ist das in dieser Anstalt geschehen? Ich behaupte: Nein. Die Unterlagen, die uns in der Kommission gegeben worden sind, waren äußerst spärlich; der Herr Berichterstatter hat schon gesagt, daß uns sozusagen jede Unterlage fehlte. Die Unterlagen gingen von folgenden Voraussetzungen aus: Der Verpflegungssatz beträgt 450 Mk., die wirklichen Kosten betragen rund 1200 Mk. Meine Damen und Herren, wenn die wirklichen Kosten 1200 Mk. betragen, dann muß die Verwaltung selbstverständlich darauf dringen, höhere Kosten als 450 Mk., was rund ein Drittel ist, hereinzubringen. Nun wird die Verwaltung sagen: Ja, wir konnten das

nicht. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Landesversicherungsanstalt in Denklingen von dem Versorgungsamt pro Kranken, der versichert ist, ein tägliches Verpflegungsgeld von 1220 Mk. bekommt. Wenn die Landesversicherungsanstalt das kann, muß selbstverständlich auch die Provinz darauf dringen, daß die Verpflegungssätze mit der Geldbewertung mitgehen. Im großen und ganzen scheint mir der Apparat innerhalb der Provinz überhaupt nur sehr schwer in Gang gebracht werden zu können. Der Bürokratenschimmel scheint ziemlich schlecht in Trab zu bringen sein.

Um die Betriebe wirtschaftlicher zu gestalten, könnten wir verschiedene Vorschläge machen. Wir wollen uns aber die Sache für die Kommission vorbehalten, die in einiger Zeit doch wieder zusammentreten muß; wir werden dort nähere Vorschläge machen. Eins sei aber an dieser Stelle gesagt: Wenn man unsere Betriebe wirtschaftlich gestalten will, dann ist es notwendig, mehr als seither die Vertreter der Beamten, Angestellten und Arbeiter zu sich heranzuziehen und es nicht so zu machen wie die Verwaltung der Provinz, daß man einfach dem Betriebsrat, der in wirtschaftlichen Fragen mitzusprechen will, erklärt: Auf Grund des § 66 des B. R. G. steht dir das Recht nicht zu, in wirtschaftlichen Fragen mitzusprechen; ergo lehnen wir das ab. Das ist der alte Herrenstandpunkt; das ist der Standpunkt, den wir bis zum Zusammenbruch gewohnt waren, an dem wir letzten Endes zugrunde gegangen sind. Das ist der Standpunkt, an dem man heute noch in Arbeitgeberkreisen festhält, daß man sagt: Der Buchstabe des Gesetzes sieht das nicht vor, und weil dem nicht so ist, deshalb steht dir das Recht nicht zu. So kann man keinen Betrieb, der in öffentlich-rechtlicher Verwaltung steht, leiten. Man soll nicht jedes Fingerbreit Recht von dem Arbeitnehmer erkämpfen lassen, sondern man soll ihm die Hand geben und mit ihm zusammen versuchen, die Betriebe so wirtschaftlich zu gestalten, wie es eben möglich ist. Die Arbeitnehmer stellen dieses Ansinnen nicht, um mehr Arbeit zu bekommen, sondern weil sie sich sagen: Öffentlich-rechtliche Betriebe müssen Musterbetriebe sein, und, sollen sie das sein, dann müssen wir mitarbeiten, weil die Verwaltungsbürokratie allein niemals zu einem guten Ende kommt. Beweise dafür sind genug zu erbringen. Eine Vorlage läuft mehrere Monate; man kommt aus den Beratungen nicht heraus. Ein Teil der Handwerker und der Angestellten wird mit niederen Arbeiten beschäftigt; auf der anderen Seite beschäftigt man Privatunternehmer; obwohl man selbst die Leute dafür hat. Aber auch dies sind Fälle, auf die wir in der Kommission zurückkommen können.

Ich muß noch eins zurückweisen, was der Herr Landeshauptmann gestern in seiner Staatsrede sagte. Er führte den Fehlbetrag im Etat neben den hohen Gehältern und Löhnen, die gezahlt werden müssen, auch auf den Achtstundentag zurück. Er ist allerdings diesmal bei der Staatsrede ziemlich zurückhaltend gewesen; er hat den Achtstundentag nur mit einem Satz gestreift. Wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit? Liegen sie so, daß der Achtstundentag überhaupt erst die Unwirtschaftlichkeit dieses Betriebes bewiesen hat? Meine Damen und Herren, 1913 und 14 arbeiteten die Pfleger 14 Stunden pro Tag. Im Jahre 1913/14 waren in dieser Anstalt 800—840 Kranke. Es waren 56 Pfleger und 48 Pflegerinnen vorhanden oder insgesamt 104 Pflegepersonen. Das auf 800—840 Kranke verteilt, ergibt auf 8 Kranke eine Pflegeperson. Das war bei der 14stündigen Arbeitszeit. Im Jahre 1922, nachdem auf Grund der Demobilisierungsverordnung auch in diesen Anstalten, die niemals eine menschenwürdige Arbeitszeit gekannt hatten, der Achtstundentag eingeführt war, sind in der Anstalt im Durchschnitt 300 Kranke. Bei den 300 Kranken sind 24 Pfleger und 12 Pflegerinnen oder insgesamt 36 Pflegepersonen. Bei achtstündiger Arbeitszeit ergibt dies für 8,3 Kranke einen Pfleger. Es entfällt jetzt also eine größere Krankenzahl auf den einzelnen Pfleger, als es 1914 gewesen ist. Es wird also praktisch trotz achtstündiger Arbeitszeit in der Anstalt, die heute hier zur Erledigung steht, mehr geleistet, als es 1913/14 der Fall gewesen ist. Nun wird die Verwaltung nachher kommen und sagen: Ja, das sind keine Geistesranke, sondern Lungenranke; diese bedürfen nicht solcher Pflege. Ich will dem direkt vorbeugen, damit ich nicht nachher noch einmal zu sprechen brauche. Die Sache liegt hier nämlich so: Wenn in einer Irrenanstalt Geistesranke sind, dann verrichten diese einen großen Teil der Arbeit, die eigentlich die Pfleger besorgen müßten. Namentlich besorgen die Kranken das Reinigen der Böden und der Zimmer. Der Schwerekriegsbeschädigte lehnt das selbstverständlich ab. Diese Arbeit wird dann nicht mehr von dem Kranken, sondern von dem Pfleger selbst gemacht. Die Arbeit hat also gegen damals nicht abgenommen, sondern zugenommen.

Stellvertretender Vorsitzender Ullenbaum (den Redner unterbrechend): Ich mache den Herrn Redner darauf aufmerksam, daß seine Redezeit abgelaufen ist.

Abgeordneter Dr. Lopp: Einen Augenblick noch, wenn Sie erlauben; ich bin gleich fertig.

Nun sind in Galkhausen ja allerhand Leute überzählich. Ich möchte darauf hinweisen, wie die Belegschaft zu der damaligen Zeit gewesen ist. Man hat von 56 Pflegern auf 24 Pfleger abgebaut. Wie sieht es nun mit den anderen aus? Wir hatten 1913/14 einen Direktor, 6 Ärzte, einen Apotheker, einen Oberpfleger, eine Oberin, 6 Stationspfleger, 5 Stationspflegerinnen und 5 Bürogehilfen bei 800—840 Kranken. Wie sieht es heute aus? Heute haben wir bei 300 Kranken einen Direktor, 4 Ärzte, einen Oberapotheker, einen Oberpfleger, eine Oberin, 5 Stationspfleger, 2 Stationspflegerinnen, eine Laborantin und

6 Bürogehilfen. Also praktisch keine Verminderung in der Zahl der Angestellten, wie es bei der Verringerung der Kranken notwendig war. Wir vermuten auch stark, daß, wenn die Anstalt jetzt geschlossen wird, wiederum an den untersten Angestellten und Arbeitern gespart wird und daß man auch hier wieder versuchen wird, die Leute, die nach unserer Auffassung zum aller größten Teil schon vor Jahresfrist hätten abgelöst werden müssen, nach wie vor in der Anstalt belassen werden.

Leider ist meine Redezeit abgelaufen. Wir hoffen, daß der Provinzialausschuß dahin entscheidet, daß die Anstalt nicht endgültig abgegeben und nicht auf 5 oder 10jährige Frist vermietet wird, sondern daß wir jederzeit in der Lage sind, die Anstalt wieder für unsere Zwecke zu benutzen. Wir schließen uns deshalb dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft an.

Stellvertretender Vorsitzender Ullenbaum: Das Wort hat der Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Meine Damen und Herren! Im Austrage unserer Fraktion habe ich zu erklären, daß wir uns der Fassung des Antrages, wie sie vom Sachausschuß I und vom Sachausschuß II b für richtig befunden worden ist, nicht anschließen können.

Herr Landeshauptmann Dr. Horion glaubte eben erklären zu können, mit der Vorlage, die der Provinzialausschuß dem Provinziallandtage gemacht habe, sei der erste Schritt von seiner Seite geschehen, größere Sparmaßnahmen durchzuführen. Ich glaube nicht nur für unsere Freunde, sondern auch für weitere Kreise unserer Volksgenossen im Rheinland dem Herrn Landeshauptmann versichern zu können, daß er mit dieser ersten Sparmaßnahme sehr wenig Ehre eingelegt hat. Insbesondere wird es auch bei den Arbeiterkreisen des Zentrums, die sich noch ein gewisses soziales Denken bewahrt haben, merkwürdig berühren, daß die erste Sparmaßnahme unseres neuen Landeshauptmanns sich gerade auf eine der sozialsten unserer Einrichtungen erstreckt hat. Ich glaube, daß dieses Empfinden nicht nur bei uns, sondern auch noch bei Vertretern des Zentrums und der Rechten vorzufinden ist.

Durch die Abänderungsanträge, die von der Arbeitsgemeinschaft im Plenum gestellt worden sind, ist aber eine neue Situation geschaffen worden. Wir hatten Abänderungsanträge zu dem Beschluß des Provinzialausschusses gestellt, die letzten Endes den Zweck hatten, eine vollständige Preisgabe der Provinzialanstalt Galkhausen zu verhindern, um zu verhüten, daß diese Anstalt auf Rimmerwiedersehen aus den Händen der Provinz verschwindet und, wie es im Zuge der kapitalistischen Entwicklung liegt, in die Hände Privater zu gelangen. Durch unseren Antrag beabsichtigten wir zunächst einmal, die Preisgabe auf höchstens vier Jahre zu beschränken, die Anstalt sollte also im Eigentum der Provinz verbleiben und spätestens nach einem Zeitraum von vier Jahren wieder ihrem ursprünglichen Zwecke zugeführt werden. Zu diesem Termin sind wir einerseits auf Grund der Darlegungen des Herrn Landeshauptmanns und des Provinzialausschusses gekommen, andererseits aber auch auf Grund der Denkschrift des Betriebsrats der Beamten und Angestellten von Galkhausen. Beide Darstellungen deckten sich im wesentlichen darin, daß nach einem Zeitraum von drei bis vier Jahren die übrigen Freistellen in Provinzial- und Privatanstalten der Rheinprovinz belegt sein würden und daß man dann vor der Frage stehen würde: Wo wollen wir den neuen Zuwachs unterbringen? Es sind da nur geringe Differenzen in den Ansichten der Verwaltung und den Ansichten des Betriebsrates. Es ist, glaube ich, eine Differenz von 80 Betten oder Freistellen festzustellen. Im wesentlichen decken sich also die beiden Ansichten. Deshalb haben wir beantragt, daß nach dem voraussichtlichen Zeitraum von vier Jahren die Anstalt ihrem eigentlichen Zweck wieder zugeführt wird.

Wir hatten aber weiter in unseren Abänderungsanträgen den Antrag gestellt, daß auch in diesem Zeitraum von vier Jahren die Anstalt einem öffentlichen Zwecke dienen sollte, d. h. es muß verhindert werden, daß der Provinzialausschuß irgendeinem Restekanten von privater Seite die Räume der Anstalt zuführt, selbst für einen Zeitraum von vier Jahren. Vielmehr sollte irgendeine öffentliche Körperschaft — wir haben dabei die Kommunen besonders in den Vordergrund gerückt — in den vier Jahren die Anstalt zur Einrichtung eines Kinderheims benutzen. Wer im Volksschuldienste steht, weiß, daß unsere Schulärzte in den Großstädten ständig darüber klagen, daß es ihnen nicht möglich ist, die große Anzahl der unterernährten Kinder in Erholungsheimen unterzubringen, weil nicht genügend freie Stellen zur Verfügung stehen. (Sehr richtig!) Das wird uns wiederholt nicht nur in Köln, sondern auch in anderen Groß- und Mittelstädten von den Schulärzten versichert. Wir hatten geglaubt, daß auch die Mehrheit dieses Hauses sich bereit gefunden hätte, einem dahingehenden Antrage, der bei der großen Not der proletarischen Schichten durchaus berechtigt ist, zuzustimmen, um damit die Initiative zur Verwendung der Anstalt aus den Händen des Provinzialausschusses heraus in die Hände des Provinziallandtages zu legen; denn der Provinzialausschuß in seiner jetzigen Zusammensetzung gibt uns nicht die Gewähr, daß er darauf bedacht sein wird, die Anstalt für die Unterbringung der Geisteskranken zu erhalten. Die Vorlage, als deren Erzeuger sich der Herr Landeshauptmann bekannt hat, zeigt uns zur Genüge, daß von dem Herrn Landeshauptmann oder der Verwaltung beabsichtigt war, die Anstalt gänzlich aufzugeben. Wir können also feststellen: Die erste Sparmaßnahme des Herrn Landeshauptmanns ist am unrechten Ende angefangen worden.

Durch den Abänderungsantrag der Arbeitsgemeinschaft, in Punkt 1 das Wörtchen „vorläufig“ einzufügen, ergibt sich für uns auch eine andere Stellungnahme. Unter diesen Umständen könnten wir natürlich für Punkt 1 stimmen, wenn auch nicht die ganz bestimmte Frist von vier Jahren eingesetzt ist. An und für sich würde dieses Wörtchen „vorläufig“ nicht genügen, um unsere Zustimmung zu der ganzen Vorlage zu erzielen, wenn nicht die Arbeitsgemeinschaft in Ergänzung dieser Aenderung beantragt hätte, in dem Punkt 3, Abschnitt 2, das Wörtchen „möglichst“ wieder zu streichen. Wir haben es so aufgefaßt, daß die Arbeitsgemeinschaft damit dem Provinzialausschuß die große Bewegungsfreiheit, die ihm hier durch das Wörtchen „möglichst“ gegeben worden ist, beschränken will. (Abgeordneter Dr. Kaiser: Ganz richtig!) Das soll also bedeuten: Ergibt sich für die Provinz nach einiger Zeit die Notwendigkeit, die Räume wieder ihrem ursprünglichen Zwecke zuzuführen, dies auch unter allen Umständen geschehen kann. (Zustimmung rechts.) Wenn wir den Antrag der Arbeitsgemeinschaft so richtig verstanden haben, kann ich namens meiner Freunde erklären, daß wir dann der Vorlage in dieser Fassung zustimmen werden. (Bravo! rechts.)

Stellvertretender Vorsitzender Ullenbaum: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß es in Ihrer Absicht liegt, daß ich auf die Einzelheiten, die die beiden Herren Vorredner angeführt haben, noch eingehe, zumal sie auch schon in der Fachkommission vorgebracht und erörtert worden sind und das Schlüssergebnis ja auch dahin geht, daß die beiden Herren Vorredner der Vorlage in den wesentlichen Punkten zustimmen. Ich möchte nur, um die Beweiskraft solcher Zahlenzusammenstellungen zu erläutern, auf eine der interessantesten Zusammenstellungen hinweisen, die der Herr Abgeordnete Dr. Lopp gemacht hat. Er sagt: Man sieht, wie billig in Wirklichkeit in Provinzialanstalten verpflegt wird. (Abgeordneter Dr. Lopp: In dieser Anstalt, habe ich gesagt!) Sie haben die allgemeinen Zahlen angeführt, Herr Dr. Lopp, die ich über Korrigenden, Geistesfranke und Fürsorgezöglinge angegeben habe, und haben gesagt: Wir müssen diese Zahlen durch 1000 dividieren und dann einmal mit den Friedensziffern vergleichen, dann bekommen wir erst ein richtiges Bild. Das ist selbstverständlich ein vollständiger Trugschluß (Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Sehr richtig!), und zwar deshalb, weil zunächst einmal der wichtigste Ausgabeposten: die Beamtengehälter, nicht um 1000 gestiegen sind und nicht mit 1000 zu multiplizieren sind. In der Provinzial-Fürsorgeerziehungsanstalt Fichtenhain haben im Jahre 1913 die Gehälter der Beamten und Angestellten 71 500 Mk. betragen. Nach der Logik des Herrn Dr. Lopp müßten sie heute sich auf 71½ Millionen Mk. belaufen. Sie betragen aber in Wirklichkeit nur 28 Millionen, also noch nicht die Hälfte dieser Zahl. Dadurch wird das Bild vollständig verschoben. Daß ferner in bezug auf die bauliche Unterhaltung der Anstalten auch heute nicht mehr so vorgegangen werden kann wie früher, daß das Türpfelchen auf dem „i“ in dieser Beziehung geleistet wird, wie wir das früher gewohnt waren, ist auch selbstverständlich. Auch hier können wir nicht das Tausendfache der Friedensaufwendungen nehmen. Und so ist es noch mit verschiedenen Punkten. Wir müssen uns in den sachlichen Aufwendungen von selbst einschränken. Infolgedessen wird auch der Gesamtpreis am Schlusse geringer. Sie sehen, daß die Beweiskraft solcher Zahlenzusammenstellungen doch nicht immer ohne weiteres gegeben ist.

Stellvertretender Vorsitzender Ullenbaum: Herr Abgeordneter von Itter hat das Schlußwort.

Abgeordneter von Itter: Meine Damen und Herren! Es wurde gestern in der Kommission bereits mit Recht darauf hingewiesen, daß eigentlich eine Beschlußfassung über die Schließung der Anstalt nicht jetzt erfolgt, sondern schon längst erfolgt ist durch den 59. Provinziallandtag.

Der Antrag der kommunistischen Fraktion, in der Anstalt ein Kindererholungsheim einzurichten, ist des näheren geprüft worden. Es wurden einige Bedenken dahingehend geäußert, daß wohl eine solche Anstalt als Kindererholungsheim für benachbarte Städte schwer zu halten sein werde; es müßten darüber die Fachleute gehört werden. Es wurde mit Recht betont, es würde nur eine einseitige Möglichkeit, die Kinder unterzubringen. Solche Kinder sind entsprechend ihrem Gesundheitszustande unterzubringen. Das kann ein Erholungsheim auf dem Lande, im Gebirge oder an der See sein, es kann auch ein Solbad sein, sodaß vielleicht die bergischen Städte recht bald die Belegung der Anstalt nur noch schwer durchführen könnten, weil es nur eine einseitige Möglichkeit wäre, die Kinder zu versorgen.

Der Antrag der Arbeitsgemeinschaft entspricht der Grundauffassung der IIb-Fachkommission. Sie war einstimmig, sodaß ich wohl glaube, daß der Beschluß auch einstimmig gefaßt werden kann. (Bravo!)

Stellvertretender Vorsitzender Ullenbaum: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Wir haben zuerst über den 1. Abänderungsantrag der Arbeitsgemeinschaft abzustimmen, welcher dahin geht, in den ersten Absatz vor dem Worte „aufgegeben“ das Wort „vorläufig“ einzufügen, sodaß dieser Absatz alsdann lauten würde: „Der Betrieb der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Galkhausen als Irrenanstalt wird vom Provinzialverband vorläufig aufgegeben“. Wer für diesen Abänderungsantrag ist, den bitte ich, sich zu erheben.

— Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Weiter ist beantragt worden, im letzten Satz das Wort „möglichst“ zu streichen, sodaß dieser Satz lauten würde: „Die vorliegenden Anträge auf Verwendung der Anstalt werden dem Provinzialausschuß zur

Erwägung überwiesen. Bei der Beschlussfassung hat der Provinzialausschuß dafür Sorge zu tragen, daß die Anstalt, sobald es erforderlich wird, für die früheren Zwecke wieder zur Verfügung steht.“ Wer für diesen Abänderungsantrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Ich danke Ihnen. Das ist die große Majorität.

Was die Anträge der kommunistischen Partei anbelangt, so hat ja gestern der Fachauschuß beschlossen — das liegt ja auch in der Vorlage Ihnen vor —, daß die sämtlichen vorliegenden Anträge auf Verwendung der Anstalt dem Provinzialausschuß zu überweisen sind. Auch die Anträge der kommunistischen Partei sind demnach dem Provinzialausschuß überwiesen; es wird uns später Bericht darüber gegeben werden. Ich glaube, damit sind die Herren auch einverstanden.

Ich lasse jetzt, nachdem die Abänderungsanträge angenommen worden sind, über den Antrag der I- und IIb-Fachauschüsse abstimmen. (Zuruf: Ist erledigt!) Nein, ich habe bisher nur über die Abänderungsanträge abstimmen lassen. Wer für die Anträge der Fachauschüsse mit den Änderungen ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle fest, daß die Anträge einstimmig angenommen sind.

Wir kommen nunmehr zu

Punkt 11: Antrag des I. Fachauschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Wahl des Landesverwaltungsrats Dr. Riß zum Landesrat.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Hagen. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Hagen: Meine Damen und meine Herren! Dem I. Fachauschuß hat der Antrag vorgelegen, die Wahl des Landesverwaltungsrats Dr. Riß zum Landesrat vorzunehmen. Grund für diesen Antrag bildet in der Hauptsache die unbestrittene Tüchtigkeit des Herrn Dr. Riß, der als Regierungsassessor in die Provinzialverwaltung eingetreten ist und sich in derselben außerordentlich bewährt hat. Das Wohlfahrtsministerium in Berlin hat den Wunsch gehabt, Herrn Dr. Riß als Beamten ins Ministerium zu ziehen. Derselbe war nur für die Provinzialverwaltung zu erhalten, wenn er zum Landesrat befördert wurde. Da eine etatsmäßige Stelle für einen Landesrat vorhanden ist, schlägt der I. Fachauschuß dem Plenum vor, dem Wunsche der Verwaltung entsprechend den Herrn Dr. Riß zum Landesrat zu ernennen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort zu diesem Vorschlage wird nicht gewünscht. Widerspruch ist nicht laut geworden. Dann stelle ich die Annahme dieses Antrages fest.

Ich darf mitteilen, daß im Anschluß an diese Vollsitzung eine Sitzung des Provinzialausschusses drüben im Sitzungssaale stattfindet.

Rheinlandkundgebung.

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende unserer Tagesordnung. Es würde aber in den Rheinlanden, in Deutschland und meiner Ueberzeugung nach in der ganzen Welt nicht verstanden werden, wenn der Rheinische Provinziallandtag unter den schweren Wetterwolken, welche ihre Schatten auf die deutsche und die rheinische Zukunft werfen, schweigen wollte. So frei vom Herzen reden, wie wir es möchten, dürfen wir ja nicht. Das Recht der freien Meinungsäußerung, daß jedem Menschen auf der Welt zusteht, uns Rheinlandern ist es versagt! Aber wir wollen doch in unzweideutigen Entschließungen zum Ausdruck bringen, wie es uns ums Herz ist. Da habe ich im Namen der drei größten Fraktionen dieses Hauses gleich eine übereinstimmende Erklärung zu verlesen. Neben dieser Erklärung ist aber noch eine Entschließung der Fraktion der kommunistischen Partei des Provinziallandtages eingegangen, auf deren Verlesung Wert gelegt wird. Ich erteile zu dieser Verlesung Herrn Abgeordneten Lütchem das Wort.

Abgeordneter Lütchem:

Erklärung

der Fraktion der kommunistischen Partei des Provinziallandtages.

„Die Kommunisten erheben als Vertreter des Klassenbewußten, revolutionären, rheinisch-westfälischen Proletariats den schärfsten Protest gegen die durch Poincaré verlautbarten Pläne des französischen Imperialismus auf militärische Besetzung des Ruhrgebietes und gegen die durch Loucheur geäußerten Pläne der Loslösung der Rheinlande von Deutschland.

Die Kommunisten haben von jeher den Vertrag von Versailles als einen unerträglichen Gewaltfrieden bezeichnet, für dessen Aenderung und Beseitigung sie alle Kraft einsetzen.

Zugleich bekundet die kommunistische Partei aufs neue ihre

schärfste Verurteilung der separatistischen Loslösungsbewegung,

da eine solche Entwicklung weder im Interesse der rheinisch-westfälischen, noch der deutschen Arbeiterschaft liegt. Die Behauptungen der Separatisten, daß es den arbeitenden Schichten in einer selbständigen rheinischen Republik wirtschaftlich und politisch besser gehen werde, sind ein gefährlicher Schwindel. Eine solche rheinische Republik unter dem Protektorat des Ententekapitals würde dieselben kapitalistischen Ausbeutermethoden gegen das arbeitende Volk anwenden, wie sie jetzt von der deutschen herrschenden Klasse ausgeübt werden. Die Lage

der Arbeiterschaft im Saargebiet, wo das Kapital genau so rücksichtslos und brutal gegen die Arbeiter vorgeht, wie überall, und wo jetzt schon etwa 4000 Proletarier arbeitslos sind, ist dafür der beste Beweis. Auch die völlige politische Entrechtung der Arbeitermassen des Saargebietes unter dem Protektorat des Völkerbundes, diesem willigen Organ des internationalen Kapitals, zeigt in aller Klarheit, was die Arbeiterschaft Rheinlands-Westfalens von einem „Rheinischen Freistaat“ zu erwarten hat.

Die Arbeiterklasse kann den Kampf um ihre Befreiung nur international führen und eine Trennung der rheinischen Arbeiterschaft von der deutschen Arbeiterklasse würden diesen Kampf nur hemmen und schwächen. Denn nur im engsten Zusammenhang mit dem revolutionären deutschen Proletariat wird es auch im Rheinland gelingen, die kapitalistische Herrschaft durch eine sozialistische, proletarische Herrschaft zu ersetzen.

Bei ihrer Stellungnahme gegen den Vertrag von Versailles und gegen die Besetzung des Ruhrgebietes, gegen die Loslösung der Rheinlande wenden sich die Kommunisten aber zugleich aufs schärfste gegen jede nationalistische Ausnützung der Methoden der Entente-Sieger durch die deutsche Bourgeoisie.

Erstens haben dieselben Wortführer der bürgerlich-kapitalistischen Parteien und besonders die Führer der Schwerindustrie alle, auch die brutalsten Unterdrückungs- und Vergewaltigungsmethoden des deutschen kaiserlichen Imperialismus gegen die besiegten Völker gutgeheißen, unterstützt und ausdrücklich gefordert; zweitens werden dieselben Führer der bürgerlichen Parteien sofort für die Loslösung der Rheinlande vom „deutschen Vaterlande“ eintreten, wenn es in Deutschland zu einer Arbeiterregierung, zu einer proletarischen Herrschaft kommen wird. Diesen Herrschaften hat noch von jeher der Geldsack und ihr Profit weit höher gestanden, als ihr phrasenhafter Patriotismus. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Drittens sind die Führer des deutschen Schwerkapitals auf dem besten Wege, eine „Verständigung“ mit dem französischen Kapital herbeizuführen, natürlich auf Kosten der deutschen, wie auch der französischen Arbeiter, wobei diese Herren haben wie drüben es wiederum glänzend verstehen werden, von neuem ungeheure Wucherprofite in ihre Taschen zu führen. Während die arbeitenden Schichten Deutschlands, Englands, Frankreichs immer tiefer im Elend versinken, die Not von Tag zu Tag steigt, verstehen es diese kapitalistischen Kreise in allen Ländern, ungeheure Profite und Reichtümer aufzuhäufen und damit ihre Klassenherrschaft aufrecht zu halten.

Diese Herrschaft der Kapitalisten aller Länder kann nur beseitigt werden durch den gemeinsamen Klassenkampf der Proletarier aller Länder, durch den Kampf auch gegen jede nationalistische Verhetzung der Arbeiter des einen Landes gegen das andere. Die kapitalistischen Ausbeuter haben es von jeher verstanden, durch nationalistische Phrasen die Arbeiter zu verwirren und dadurch ihren Kampf zu schwächen. Denkt an den nationalistischen Schwindel, mit dem man euch vier Jahre auf den Schlachtfeldern ganz Europas herumgeführt hat. Fort deshalb mit allen nationalistischen Phrasen!

Das revolutionäre Proletariat Rheinlands-Westfalens lehnt es deshalb auch in dieser Frage ausdrücklich ab, mit den deutschen Kapitalisten und deren bürgerlichen Wortführern irgendwelche gemeinsame Sache zu machen. Die deutsche Arbeiterklasse wendet sich aber in brüderlicher, ernster Aufforderung an die ausgebeuteten arbeitenden Schichten Frankreichs, Englands, Belgiens und Italiens, sie in ihrem Kampfe gegen den Vertrag von Versailles, gegen die imperialistischen Pläne des Ententekapitals, insbesondere auch gegen die geplante Besetzung des Ruhrgebietes zu unterstützen.

Die gemeinsame Kampffront der deutschen Arbeiterklasse und der der Ententeländer muß noch weit enger geschlossen werden als bisher. Nur durch die gemeinsamen Anstrengungen der Ausgebeuteten aller Länder wird auch die Arbeiterschaft von Rheinland-Westfalen von dem Druck des Vertrages von Versailles und seinen Auswirkungen befreit werden.

Es wird und muß die Stunde kommen, in der das Weltproletariat unter Führung der kampfbereitesten kommunistischen Internationale der kapitalistischen Ausbeutung und damit auch jeder nationalistischen Unterdrückung ein Ende bereitet“. (Bravo! bei den Kommunisten, Heiterkeit bei den übrigen Parteien.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Sie haben aus der eben verlesenen Entschließung der kommunistischen Fraktion gehört, daß dieser Teil des Hauses sich nicht hat entschließen können, an einer gemeinschaftlichen Kundgebung teilzunehmen. Die übrigen drei großen Fraktionen haben eine gemeinschaftliche Entschließung gefaßt, die ich verlesen werde. (Die kommunistischen Abgeordneten verlassen den Saal.)

Bevor ich das tue, habe ich das Bedürfnis — und ich glaube, in diesem Punkte entspreche ich den Gefühlen des ganzen Hauses —, der Reichs- und Staatsregierung unseren Dank dafür zu sagen, daß sie wiederholt und nachdrücklich betont hat, daß sie unter keinen Bedingungen und niemals besetztes Gebiet preisgeben werde (Bravo!) Wir haben auch aus den starken und festen Ausführungen, mit denen der Herr Oberpräsident die Tagung eröffnet hat, denselben Geist vernommen und danken ihm dafür. (Bravo!) Aber, meine Damen und Herren, unser Dank geht weiter. Wir haben in den letzten Wochen, wo die Sorge und die Not

unsere Herzen bestemmte, aus dem ganzen deutschen Vaterlande so viele stärkende und erhebende Beweise des Gemeinfinns mit uns Rheinländern bekommen, daß wir fühlen und fühlen dürfen: Wir stehen nicht auf verlorenem Posten, und wir stehen namentlich nicht allein. Allen diesen deutschen Volksgenossen auf das herzlichste zu danken, ist uns eine liebe Pflicht! (Beifall.)

Ich habe selbst vor kurzem an der erhebenden Veranstaltung der Rheinländer im Reichstage zu Berlin teilgenommen, wo alle Gruppen von Rheinländern zu Worte kamen und wo ein Treuegelöbniß zur rheinischen Heimat zum Ausdruck kam, das wirklich herzerquickend war. Wir haben in den Zeitungen gelesen, wie man in allen Gegenden des Vaterlandes mit uns fühlt. Die hunderte von Kundgebungen, die ergangen sind, kann ich nicht verlesen. Aber eine kleine Auslese von dem, was in diesen Tagen und gerade in letzter Stunde noch angekommen ist, möchte ich Ihnen nicht vorenthalten.

Der Verein der Rheinländer, Ortsgruppe Magdeburg, telegraphiert:

„Tausend rheinische Männer und Frauen aller Parteien erheben feierlichst Protest gegen Frankreichs Gewaltpolitik und bitten die Reichsregierung, mit allen Mitteln derartige Pläne abzulehnen. Die Rheinländer Magdeburgs geloben, gleich ihren Brüdern und Schwestern am Rhein, aufs neue unverbrüchliche Treue dem angestammten deutschen Vaterlande“. (Bravo!)

Der Kreistag in Prenzlau drückt uns in einem langen Telegramm seine Teilnahme aus. Er sagt, wie er mit warmem deutschem Herzen an unserem Lose teilnimmt, und teilt dabei gleichzeitig mit, daß der Kreistag in Prenzlau 100 000 Mk. für die Rheinlandhilfe gezeichnet habe. (Bravo!)

Und eben geht ein Telegramm von der Rheinländervereinigung in Greifswald ein. Sie telegraphiert kurz und bündig:

„Tausende aller Parteien versichern Rheinländer absoluter Solidarität, verlangen energisch Hilfe für unsere rheinischen Brüder. Kein Teufel soll uns trennen. Haltet aus! Ganz Deutschland steht hinter Euch!“ (Bravo!)

Was uns aber besonders wohlgetan hat, das war die Kundgebung des letzten westfälischen Provinziallandtages, der berufenen Vertretung unserer westfälischen Schwesterprovinz. Auf diesem Landtage wurde folgende Entschliebung angenommen:

Der 66. Westfälische Provinziallandtag gedenkt bei seinem Wiederzusammentritt mit größter Teilnahme der bedrängten Volksgenossen in der Rheinprovinz, die nun schon seit vier Jahren die schweren Lasten der Besatzung zu tragen haben und erneuten Bedrohungen ausgesetzt sind.

Der Westfälische Provinziallandtag weiß sich in dieser Anteilnahme eins mit dem gesamten deutschen Volke, das trotz aller Stammeseigentümlichkeiten in einem einzigen deutschen Reiche die sicherste Gewähr für die Zukunft des deutschen Vaterlandes erblickt.

In dem Bestreben, ihre Freiheit, Unabhängigkeit und Staats- und Reichszugehörigkeit zu verteidigen, können die Rheinländer der nachhaltigsten Unterstützung der Westfalen stets gewiß sein.

Der Westfälische Provinziallandtag bittet die Bewohner der benachbarten Rheinprovinz, auszuhalten in dem schweren Kampfe um ihr deutsches Volkstum, und gibt der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck, daß sie allen Verrätern nach wie vor entschlossen entgentreten werden“. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Solcher Gruß von Haus zu Haus ist viel wert. Wir danken den fernigen Westfalen von ganzem Herzen für das, was sie uns damit gesagt, ja, was sie damit für uns getan haben. Wir rufen ihnen mit unserem herzlichsten Danke zu: Sie können sich darauf verlassen, daß wir im Rheinlande die Zusammengehörigkeit zum deutschen Vaterlande und namentlich auch zu der mit uns wirtschaftlich so eng verbundenen Schwesterprovinz Westfalen in Treue halten werden. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Die drei Fraktionen haben mich beauftragt, folgende Entschliebung vorzutragen: (Die Mitglieder des Hauses erheben sich.)

„Der 64. Rheinische Provinziallandtag als die berufene Vertretung des rheinischen Volkes wiederholt und bekräftigt die aus allen Kreisen des Rheinlandes mit elementarer Wucht hervorbrechende Willensmeinung der Rheinländer durch das Gelöbniß:

Keine Not, keine Drohung, keine Vortäuschung wirtschaftlicher Vorteile können unsere deutsche Gesinnung und das Gefühl unlösbarer Zusammengehörigkeit mit der deutschen Volksgemeinschaft je ins Wanken bringen. In tiefster Zeit wahren wir Preußen und dem in der deutschen Republik geeinten Reich erst recht und unweigerlich die Treue!“

Das ist unser Vorsatz, den Sie in dieser feierlichen und heiligen Stunde für die Rheinlande zum Ausdruck gebracht haben.

Damit ist unsere Tagesordnung erschöpft. Ich habe dem Herrn Landtagskommissar mitzuteilen, daß unsere Geschäfte erledigt sind.

Oberpräsident Dr. Fuchs: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie stehen am Ende einer kurzen, aber besonders bedeutungsvollen Tagung. Die Vorlagen, die Ihnen die Provinzialverwaltung gemacht hat, waren nicht zahlreich, aber von weittragender Bedeutung. Sie haben der Landesverwaltung trotz der Not der Zeit und trotz des Steuerdrucks, der bereits gewaltig auf den Kommunalverbänden sowie der Bevölkerung lastet, die Mittel zur Verfügung gestellt, der die Provinz zur Weiterführung der Geschäfte dringend bedarf und die darüber hinaus nötig sind, um weitere wirtschaftliche Aufgaben, zu denen die Lage drängt, übernehmen und erfüllen zu können. Sie haben damit bewiesen, daß trotz der Not der Zeit die Rheinländer nicht verzweifeln, sondern daß sie soweit wie möglich auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens mutig fortschreiten wollen.

In einmütiger Kundgebung haben Sie als die berufensten Vertreter des rheinischen Volkes, die Sie auf Grund des freiesten aller Wahlrechte gewählt sind und aus allen Schichten und Berufsständen sich zusammensetzen, erneut ein Treuebekenntnis zum preussischen Staate und zum deutschen Reiche abgegeben, das sowohl im Inlande wie im Auslande seinen Eindruck nicht verfehlen kann.

Ich danke Ihnen namens der Staatsregierung herzlich für die treue Hingabe, mit der Sie auch diesmal Ihre Arbeiten durchgeführt haben.

Wenn Sie nunmehr wieder nach Hause und zu Ihren Berufen zurückkehren und wenn wir in den nächsten Tagen wiederum die verheißungsvolle Weihnachtsbotschaft vom Frieden auf Erden vernehmen werden, dann, meine Damen und Herren, möchte ich die Hoffnung aussprechen, daß auch uns endlich nach den langen und schweren Kriegs- und Nachkriegsjahren ein wahrer Frieden ohne Druck und Drohung wieder beschieden sein möchte, der uns Deutschen und insbesondere uns Rheinländern letzten Endes das Leben erst wieder lebenswert und die Arbeit wieder wertvoll machen kann. (Bravo!)

Mit diesem Wunsche, meine Damen und Herren, erkläre ich namens der Preussischen Staatsregierung den 64. Rheinischen Provinziallandtag für geschlossen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Hagen.

Abgeordneter Dr. Hagen: Meine Damen und meine Herren! Ich bin überzeugt, nicht nur in Ihrem Sinne zu handeln, sondern auch Ihrem Herzenswunsche zu entsprechen, wenn ich unser aller aufrichtigen Dank dem sehr verehrten Herrn Präsidenten und seinen Vertretern für die unparteiische, energische und uns allen so sympathische Geschäftsführung zum Ausdruck bringe. (Beifall.) Ich möchte aber diesen Dank vertiefen in dem Gedanken, daß er uns allen mit seinen warmherzigen Worten einen Schlußakt bereitet hat, der uns für Lebenszeit unvergeßlich bleibt. (Erneuter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Farres: Ich danke Herrn Dr. Hagen für die freundlichen Worte. Ich schließe damit den Landtag und wiederhole: In Treue und Einigkeit fest!

(Schluß 4 Uhr 50 Minuten.)

